



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Solidarität oder Skepsis? Paradoxien österreichischer
Außenpolitik anhand der Beziehungen zur Volksrepublik
Polen sowie zur unabhängigen Gewerkschaftsbewegung
Solidarność 1980 – 1983

verfasst von / submitted by

Christoph Beitzl, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 665

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Interdisziplinäres Masterstudium Zeitgeschichte
und Medien

Betreut von / Supervisor:

Ass.-Prof. Dr. Elisabeth Röhrlich

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Forschungsziel und Fragestellungen	3
1.2	Methodische, theoretische und inhaltliche Überlegungen.....	5
1.3	Forschungsstand	9
2	Eine kurze Geschichte der Solidarność und der Ereignisse in Polen.....	13
2.1	Polen in den 1960er Jahren.....	13
2.2	Die Streikbewegungen der 1970er Jahre	14
2.3	1980 und die Entstehung der Solidarność	16
2.4	Die Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 und dessen innerpolnische Konsequenzen.....	20
2.5	Aufhebung des Kriegsrechts.....	22
3	Détente und das Ende der Entspannungspolitik.....	23
4	Neutralität im Kalten Krieg.....	26
5	Österreichs außenpolitische Konzeption nach 1945 und die Beziehungen zu Polen.....	31
5.1	Besuchsdiplomatische Beziehungen zwischen Polen und Österreich.....	39
5.2	Kulturaußenpolitik.....	44
5.3	Österreichs Perzeption in Polen unter Bundeskanzler Bruno Kreisky (1970 – 1983)	47
6	Österreichische Flüchtlingspolitik während der polnischen Fluchtbewegungen.....	49
7	Österreichische Außenpolitik 1980 bis zum 12. Dezember 1981	63
7.1	Österreich und die Anfänge der „polnischen Krise“ im Jahre 1980.....	63

7.2	Österreichische Reaktionen auf die Entstehung der Solidarność	64
7.3	Dissonanzen im bilateralen Außenhandel	67
8	Österreichs politische Reaktionen nach dem 13. Dezember 1981	71
8.1	Kreiskys innenpolitische Kontroverse mit der katholischen Kirche	76
8.2	Österreich und die Frage der Sanktionen im internationalen Kontext	82
8.3	Bilaterale Stabilität in Zeiten des Kriegsrechts	87
9	Resümee und Ausblick.....	99
10	Quellen- und Literaturverzeichnis.....	104
10.1	Archivquellen.....	104
10.2	Monographien & Sammelbände	104
10.3	Artikel in Periodika, Lexika & Fachjournalen.....	115
10.4	Online-Ressourcen.....	117
10.5	Publizierte Dokumente.....	118
10.6	Zeitschriften und Tageszeitungen	119
10.7	Vortrag	120
11	Abkürzungsverzeichnis	121
12	Abstract	124
12.1	Abstract – English Version	125

DANKSAGUNG

An dieser Stelle möchte ich jenen Personen meine Wertschätzung kundtun, welche auf unterschiedlichste Art und Weise einen gewichtigen Anteil am Erfolg dieser Arbeit und in meinem bisherigen Studium hatten.

Ein großer Dank geht an Frau Ass. Prof. Dr. Elisabeth Röhrlich. Sie hat mir beim Verfassen dieser Thesis reichlich Freiraum gewährt und war von der Anfrage der Betreuung bis zur hier vorliegenden Arbeit eine sehr kompetente und wertschätzende Betreuerin. Ein weiterer Dank ergeht an Dr. Maximilian Graf, welcher mein Interesse an dem Thema erst durch seine Publikationen weckte.

Bei meinem Studienkollegen und Freund Jonathan möchte ich mich für viele inspirierende Semester im gemeinsamen Masterstudium sowie unseren vergnüglichen Backgammonabenden bedanken. Für seine wertvollen Anregungen zu dieser Masterarbeit möchte ich zudem meinem Bonner Studienkollegen Daniel danken.

Eine herzliche Danksagung ergeht an meine Mama und Günter für das unbändige Vertrauen in mich und deren stolze Teilhabe bei all meinen bisherigen Entwicklungsschritten. Die frühe Begeisterung für Politik und Zeitgeschichte habe ich meinem Papa und meinem Bruder zu verdanken.

Mein besonderer Dank ergeht an Lisa, die mich seit Jahren begleitet und in den schier endlosen Monaten der Covid-19 bedingten Archivschließungen die blühende Fauna des nahe gelegenen Wienerwalds als Substitut zu den ersehnten Akten des Außenministeriums offenbarte. Zudem lotste sie mich zu meiner Freude nach themenbedingten "Zeitreisen" stets in die gegenwärtige Dekade zurück.

1 Einleitung

Im August des Jahres 2020 sind seit der Entstehung der unabhängigen polnischen Gewerkschaft Solidarność und der Unterzeichnung des „Danziger Abkommens“ vierzig Jahre vergangen. Die vorliegende Arbeit untersucht die Reaktionen der österreichischen Politik und zahlreicher anderer Akteur*innen auf die Entstehung der Solidarność sowie die folgenden Jahre des Kriegsrechts. Ein wichtiger und spannender Aspekt dieser Arbeit ist daher die quellenbasierte Darlegung österreichischer Außenpolitik während der „polnischen Krise“ unter Bruno Kreisky, welcher zeitlebens im internationalen Kontexten dachte. Dieser maß bereits 1960 als Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Polen sowie Jugoslawien eine Sonderrolle in den Beziehungen zu den kommunistischen Staaten bei. Neben zahlreichen nationalen und internationalen Akteur*innen nimmt Kreiskys Rolle als Taktgeber der österreichischen Außenpolitik eine wichtige Rolle bei der Bearbeitung der Themenstellung ein. Schon viele seiner Zeitgenoss*innen betrachteten sein Wirken mehr als eine Ära, denn als eine Episode. Dies mag nicht nur an seiner langen Kanzlerschaft gelegen haben, sondern hat u.a. mit der aktiven Außenpolitik Kreiskys zu tun. Die außen- und innenpolitischen Maßnahmen des Kanzlers während der „polnischen Krise“ wurden bisher weniger berücksichtigt¹ und durchaus kritisch betrachtet. Hans Rauscher, Journalist der linksliberalen Tageszeitung „Der Standard“ und seit Jahrzehnten ein breitenwirksamer und pointierter Journalist, sowie Josef Achleitner von den „Oberösterreichischen Nachrichten“ betonten die Defizite der sozialdemokratischen Außenpolitik während der „polnischen Krise“.²

Die geopolitischen als auch die gesellschaftlichen Entwicklungen in Polen läuteten das letzte Jahrzehnt des Kalten Krieges ein und legten den Grundstein für die größte ökonomische und politische Transformation³ im ausgehenden 20. Jahrhundert. Bereits einige Monate nach ihrer Gründung zählte die erste freie und unabhängige Gewerkschaft östlich des „Eisernen Vorhang“ ca. 10 Millionen Mitglieder. Die Ausrufung des Kriegsrechts durch General Wojciech Jaruzelski in Polen im Dezember 1981 zerstörten die letzten europäischen und amerikanischen Hoffnungen auf die Fortsetzung der Détente. Die Härte der polnischen Maßnahmen offenbarte sowohl die Fragilität als auch die mangelnde Legitimation der polnischen Regierung. Dabei

¹ Diese DVD-Publikation nimmt keine Bezugnahme zu Kreiskys Außenpolitik während der „polnischen Krise“, wengleich sie eine überaus spannende und bereichernde audiovisuelle Quelle darstellt: Peter Huemer, Karin Moser (Hg.), Die Ära Kreisky, Historische Filmdokumente und Zeitzeugeninterviews, Wien 2011.

² Hans Rauscher, Als Kreisky auf die Solidarność böse war. In: Der Standard 6.9.2014.; Josef Achleitner, Mit dem Polen-Aufstand hatten Kreisky und Benya keine Freude. In: Oberösterreichische Nachrichten 17.8.2020.

³ Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2016.; Philipp Ther, Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation, Berlin 2019.

stand die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Polen für viele zeitgenössische Beobachter*innen als pars pro toto für die anderen kommunistischen Länder und deren Bewohner*innen in Ostmitteleuropa. In der letzten heißen Phase des Kalten Krieges, häufig auch als „Zweiter Kalter Krieg“ bezeichnet, wurde ebenso Österreich unter der Regierung Kreisky von der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen tangiert. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979, die Raketenstationierungen der UdSSR auf osteuropäischen Boden der Warschauer Pakt Staaten und der darauf konternde Doppelbeschluss der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten in Brüssel zeigten Ende der 1970er Jahre ein ernüchterndes Bild der erneut politisch und ideologisch verhärteten Ost - West Fronten. Weiters folgte ein Boykott der Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau durch zahlreiche westliche Nationen, welchem sich Österreich aus diplomatischen Kalkül und außenhandeltaktischen Überlegungen aufgrund massiver Handelskontakte mit der Sowjetunion nicht anschloss.⁴ Österreich nahm, ebenso wie Finnland, durch seinen Status als neutraler Staat, mit direkter Angrenzung an den „Eisernen Vorhang“, eine Sonderrolle ein. Die Dimension der Streiks, die Stellung der Kirche und die Opposition dienen auch für Historiker*innen als Beleg der Besonderheiten der „polnischen Krise“ im Vergleich zu anderen blockinternen Konflikten.⁵ Polen und die Solidaritätsbewegung erlangten über den „Eisernen Vorhang“ hinweg eine große Strahlkraft und trugen einen gewichtigen Teil zu der Erosion des Staatssozialismus bei. Rätselhaft erschien das große Interesse der westlichen Staaten an der polnischen Innenpolitik, ausgelöst durch die Gründung der Solidarność.⁶ Die anfänglichen Proteste lösten bei weitem nicht die internationale Breitenwirkung vorangegangener Krisen innerhalb der Warschauer Pakt Staaten aus. Im Unterschied zu den Protesten der Jahre 1956 in Ungarn⁷ und 1968 in der Tschechoslowakei ging es um innerpolnische Angelegenheiten. Die dabei artikulierte Kritik richtete sich nicht gegen die sowjetische Hegemonialmacht und hatte deshalb anfänglich keine großen Implikationen für ebenjene.⁸ Im Umgang mit der „polnischen Krise“ vermischten sich

⁴ Agnes Meisinger, Die österreichische Haltung zum Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980. In: Maximilian Graf, Agnes Meisinger (Hg.), Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext (Zeitgeschichte im Kontext 11), Göttingen 2016, 175–207.;

Vgl. Agnes Meisinger, Die österreichische Haltung zum Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980 unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Bruno Kreiskys. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien 2012, 87.

⁵ Vgl. Andrzej Paczkowski, Malcom Byrne, The Polish Crisis. Internal and International Dimensions. In: Andrzej Paczkowski, Malcom Byrne, Gregory F. Domber (Hg.), From Solidarity to Martial Law. The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History, Budapest/New York 2007, 1-44, 1.

⁶ Vgl. Helene Sjursen, The United States, Western Europe and the Polish crisis. International relations in the Second Cold War, Basingstoke 2003, 1.

⁷ Für einen österreichischen Umgang mit der Krise 1956, Siehe: Erwin A. Schmidl (Hg.), Die Ungarnkrise 1956 und Österreich, Wien 2003.

⁸ Vgl. Paczkowski, Byrne, The Polish Crisis, 3.

unterschiedliche Konzepte und Auffassungen hinsichtlich ökonomischer, sicherheits- und geopolitischer sowie humanitärer Interessen. Die hier vorliegende Arbeit belegt, dass Österreich davon nicht ausgenommen war. Die Komplexität, Transnationalität und Vielschichtigkeit der „polnischen Krise“ verstärkt die Faszination an diesem Thema und stellt eine lohnende Herausforderung für eine wissenschaftlichen Bearbeitung dar.

1.1 Forschungsziel und Fragestellungen

Das Ziel der Masterarbeit ist die quellengestützte Erforschung der Rolle Österreichs in der „polnischen Krise“. Dabei strebt die Thesis nach einer Einbettung Österreichs in transnationale, historische Fragestellungen zur Kalten Kriegsforschung. Die zentrale forschungsleitende Frage befasst sich mit der österreichischen Außenpolitik und geht der Reaktion Österreichs Politik auf die Entstehung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność nach: Wie wurde von der österreichischen Regierung, der Diplomatie und anderen Akteur*innen auf die Entstehung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność und in weiterer Folge auf die Ausrufung des Kriegsrechts durch die polnische Regierung reagiert?

Diese Arbeit beschäftigt sich intensiv mit Bundeskanzler Kreiskys Rolle als Taktgeber der österreichischen Außenpolitik und seinem Verständnis der bilateralen Beziehungen zu Polen, welche sich besonders dadurch kennzeichneten, dass Kreisky als einer der wenigen europäischen Spitzenpolitiker die westliche „mental map“ eines monolithischen „Ostblocks“⁹ durchbrach.¹⁰ Deshalb sollen die transnationalen Beziehungen im Kalten Krieg¹¹ und die Rolle Österreichs als neutraler Staat herausgearbeitet werden, um dessen Reaktionen und deren Hintergründe nachzuvollziehen. Überdies soll dadurch die wichtige Bedeutung Österreichs, als „diplomatischer Briefkasten“¹² (K. Bachmann) zwischen Ost und West, insbesondere für Polen

⁹ Die Begrifflichkeit „Ostblock“ entstammt der oftmals aufgezwungenen Zugehörigkeit der ostmitteleuropäischen Länder zu der sowjetischen Einflussphäre, welche durch die geopolitische Machtsituation nach dem zweiten Weltkrieg in großen Maße verstärkt bzw. ermöglicht wurde. Siehe: José M. Faraldo, *Europavorstellungen im Ostblock. Zwischen Aneignung und Ablehnung*, In: José M. Faraldo, Paulina Gulińska-Jurgiel, Christian Domnitz (Hg.), *Europa im Ostblock. Vorstellungen und Diskurse- 1945- 1991. Europe in the Eastern Bloc. Imaginations and Discourses. 1945 – 1991 (Zeithistorische Studien 44)*, Köln/Weimar 2008, 11-21, 14.

¹⁰ Vgl. Elisabeth Röhrlich, *Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (Zeitgeschichte im Kontext 2)*, Göttingen 2009, 220f.

¹¹ Für eine Kritik an dem in dieser Arbeit verwendeten Terminus Kalter Krieg sowie dessen Verwendung und Intention. Siehe: Gottfried Niedhart, *Der Ost-West-Konflikt. Konfrontation im Kalten Krieg und Stufen der Deeskalation*. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, 50 (2018), 557-594.

¹² Vgl. Klaus Bachmann, *Poland and Austria*. In: Arnold Suppan, Wolfgang Mueller (Hg.), *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989*, Wien 2009, 363–392, 364.

skizziert werden. Als Resultat dieses Befundes waren sich die beiden Staaten ohne gemeinsame Grenze, mit Ausnahme der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen¹³, zumeist nicht als Land per se bedeutend genug.¹⁴ Der Historiker Michael Gehler betont, dass außenpolitische Sachzwänge und innenpolitische Notwendigkeiten das oft widersprüchliche Bild der österreichischen Europapolitik prägten.¹⁵ Ebendieses Abbild führt zur einer weiteren Fragestellung und einer ersten These dieser Arbeit. Wie wurde die Flüchtlingsthematik instrumentalisiert und wie wirkte sich die innenpolitische Haltung zu der Flüchtlingsthematik auf die österreichische Außenpolitik aus? Der zunehmend xenophobe Umgang Österreichs mit polnischen Flüchtlingen und dem daraus resultierenden innenpolitischen und öffentlichen-massenedialen Druck beeinflusste das außen- und innenpolitische Handeln der Regierung Kreiskys. Die wichtigen ökonomischen Verflechtungen zwischen Polen und Österreich, welche aus umfangreichen und hohen Krediten an Polen bestanden, im Gegenzug für bestehende Abhängigkeiten von Kohlelieferungen nach Österreich, bildeten die Rahmenbedingungen für weitere heftige innenpolitische Kontroversen. Diese wirtschaftspolitische Thematik, mit all ihren komplexen ökonomischen Ursachen und Wirkungen, soll in der Arbeit nur grob skizziert und zur Verständniserklärung dargelegt werden, da eine intensive Fokussierung den Rahmen und die Zielsetzung der Arbeit verlassen würde. Eine weitere spannungsgeladene Kontroverse lieferte sich Kreisky in seinem Konflikt mit der katholischen Kirche, welcher ebenfalls thematisiert wird. Daraus ergeben sich weitere untergeordnete Forschungsfragen, welche im Verlauf dieser Arbeit analysiert und mit Hilfe zahlreicher Archivquellen und Fachliteratur beantwortet werden.

Neben der übergeordneten, zentralen Frage stellen sich zahlreiche Einzelfragen, die hier präzisiert werden. Inwiefern wurde Österreichs Neutralität in der zweiten Republik konzipiert und in der politischen Praxis des Kalten Krieges umgesetzt? Wie prägten Kreiskys außenpolitische Leitlinien die Reaktion auf die „polnische Krise“? Ein weiteres Ziel ist es, gemäß der gestellten Forschungsfragen, die Rolle Österreichs als neutrales Land zu beleuchten sowie die Vorstellungen von Polen und „Osteuropa“ als topographischen und mentalen Raum in den Blick zu nehmen. Diese These konzentriert sich daher verstärkt auf die bilateralen

¹³ Für einen kompakten Einblick in die ökonomischen Aspekte der bilateralen Beziehungen. Siehe: Piotr Franaszek, Die Handelsbeziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und Österreich in der Zeit von 1945–1989. In: Gertrude Enderle-Burcel, Dieter Stiefel, Alice Teichova (Hg.), Zarte Bande. Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder, Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs Sonderband 9, Innsbruck 2006, 185-196.

¹⁴ Vgl. Klaus Bachmann, Poland and Austria, 364.

¹⁵ Vgl. Michael Gehler, Der lange Weg nach Europa. Darstellung, Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU, Bd. 1. Darstellung, Innsbruck/Wien 2002, 605.

Kontakte zwischen Österreich und Polen, sie impliziert aber auch die Betrachtung eines internationalen und multilateralen Rahmens.

1.2 Methodische, theoretische und inhaltliche Überlegungen

Diese Arbeit fokussiert sich besonders auf die Akteur*innenebene und die politischen Dimensionen ihres Wirkens. Die vorliegende Thesis versteht sich ebenso als einen ergänzenden Beitrag der Geschichte der österreichischen Diplomatie- und Außenpolitik und wird von der intendierten Inklusion transnationaler Bezüge geleitet. Stefan Jordan meint in seinem mehrfach aufgelegten Standardwerk „Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft“ des Jahres 2018 dazu: „Ihr besonderes Profil gewinnt die Zeitgeschichte damit nicht aus spezifischen Methoden (sieht man davon ab, dass in ihr als einziger Epoche Oral History betrieben werden kann), sondern aufgrund einer spezifischen Quellenlage oder spezifischer thematischer Gegenstände“¹⁶. Das gesichtete umfangreiche Quellenmaterial des Außenamtes im Österreichischen Staatsarchiv /Archiv der Republik sowie im Archiv der Bruno Kreisky Stiftung (StBKA) offenbaren die Möglichkeiten, das Thema dieser Arbeit in eine Internationale Geschichte des Kaltes Krieges einzubetten und gleichzeitig Österreichs (außen)politische Geschichte zu erforschen. Das erschlossene Archivmaterial bildet den Kern dieser Arbeit und stellt die wichtigste Quellekategorie dieser Arbeit dar. Dabei zeigen die vorhandenen Primär- sowie weitere Sekundärquellen die Vielschichtigkeit sowie die „Gesamtheit internationaler historischer Prozesse“, welche andeuten, dass das Thema der Solidarność nicht nur „Regierungshandlungen und Diplomatie, sondern auch Kulturarbeit und internationale Pressekontakte und Freundschaftsnetzwerke aufzeigt“¹⁷. Einen Schwerpunkt dieser Arbeit stellt die diplomatische und politische Ebene dar. In den theoretischen Überlegungen soll auch der zeitgenössische Blick im Kalten Krieg und die falsche Suggestion eines homogenen „Ostblocks“ behandelt werden. Kreiskys Idee der „Koexistenz“ mit den Warschauer Pakt Staaten und den daraus resultierenden Glauben an die Wichtigkeit der Détente wird selbstverständlich in der hier vorliegenden Thesis untersucht. Die „polnische Krise“ und deren Vorbedingungen für die Entstehung der Solidarność keimen zu jener Zeit auf, als Meinungsumfragen in Österreich aus dem Jahre 1980 eine besonders ausgeprägte gesamtösterreichische Identität konstatieren.¹⁸ Diese, in den Jahren nach dem Staatsvertrag

¹⁶ Stefan Jordan, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, Paderborn 2018, 148.

¹⁷ Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik, 24.

¹⁸ Vgl. Ebd., 31.

zunehmend konstruierte Identität¹⁹, präsentierte sich in Briefen der österreichischen Bevölkerung an Kanzler Kreisky leider auch von ihrer negativen Seite und offenbarte rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen.²⁰ Diesen xenophoben Quellen aus der Bevölkerung soll insgesamt nicht zu viel Aufmerksamkeit geschenkt werden, dennoch sind sie Teil des schon vorhin erwähnten Diskurses um das Thema Zuwanderung in Österreich.²¹ 1980 offenbarte sich zunehmend das Schwinden von Kreiskys internationalem Einfluss, einhergehend mit einer noch stärkeren Zuwendung auf die Außenpolitik sowie eine vermehrte Verschlechterung seines Gesundheitszustandes. Österreich wählte als neutrales Land einen anderen Weg als zahlreiche westeuropäische Länder, welche Sanktionen gegen das polnische Kriegsrechtsregime kritisierten, aber diesen trotzdem zustimmte. Besonders aufschlussreiche Erkenntnisse lassen sich aus den theoretischen Überlegungen über Neutralität im Kalten Krieg von Forscher*innen der globalen Beziehungen sowie deren Perspektiven auf weitere neutrale und blockfreie Länder gewinnen. Diese Thesis möchte einen problemorientierten Einblick in Österreichs Außenpolitik geben, denn die Entstehung der „polnischen Krise“ eröffnete neue Problem- und Fragestellungen für Österreichs Politik und Gesellschaft.

Im Mittelpunkt der hier vorgelegten Forschung steht die intensive Analyse der Primärquellen des Archivs der Republik im Österreichischen Staatsarchiv, um zu neuen Aspekten und Schlüssen hinsichtlich der gestellten Forschungsfragen beizutragen. Ergänzend zu den hier umfangreich verwendeten Akten des Außenministeriums fanden auditive und audiovisuelle Quellen des Österreichischen Rundfunks (ORF) Eingang in diese Arbeit. Der Vorteil lässt sich zum einen dadurch begründen, dass nicht jedes medial thematisierte und gesprochene Wort zur „polnischen Krise“ in den vorhandenen Akten Erwähnung fand. Ein weiterer Vorteil liegt im methodischen Vorgehen begründet. Audiovisuellen Medien ist es möglich, „dass sie über die Narrative von Ereignissen hinaus Sinneseindrücke vermitteln, denen freilich schwer ein wissenschaftlicher Text in seiner normierten schriftlichen Form gerecht werden kann“²². Zudem bezeichnet Eva Reder den Umgang mit Audiomaterial als „kompliziert, man kann es nicht querlesen und überfliegen, sondern muss es oft mehrmals anhören, vor- und

¹⁹ Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015, Wien 2015.

²⁰ Siehe hierzu diverse Briefe an Kreisky. In: StBKA, Länderbox Polen 6.

²¹ Eine besondere Bedeutung kommt hierbei dem Aufsatz von Börries Kuzmany von 2018 zu, welcher sich aus der Längsschnittperspektive dem Thema Flüchtlinge in Österreich widmet. Vgl. Börries Kuzmany, Changes and Continuities in Austria's Coping with Refugee Crises over Three Centuries. In: Journal of Austrian-American History, Vol.2 (2018) 2, 116-141.

²² Eva Reder, Audiomaterial als wissenschaftliche Quelle. Die Ö1 Mittagsjournale der 1990er. Perspektiven, Probleme, Editionsmöglichkeiten, <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/audiomaterial-als-wissenschaftliche-quelle/> (24.7.2020).

zurückspielen, um einen speziellen Erkenntnisgewinn zu erhalten“²³. Diese Erkenntnis kann nach eingehender und intensiver Nutzung des Audiomaterials für diese Arbeit bestätigt werden. Durch die Nutzung der archivierten Tonaufnahmen wird dem, in seiner ursprünglichen intendierten flüchtigen Form des Radios, ein neuer Erkenntnisgewinn in den Geschichts- und Kulturwissenschaften zugefügt. Sofern sich ein Mehrwert hinsichtlich des Verständnisses und der weiteren Verdeutlichung thematischer und diskursiver Zusammenhänge ergibt, finden hier auch Tageszeitungen unterschiedlicher politischer Spektren als zeithistorische Quellen Eingang. Weitere höchst eindrucksvolle Einblicke in die österreichische Politik liefern die Tagebücher des sozialdemokratischen Handelsministers Josef Staribacher, welche dieser in seiner 13-jährigen Amtszeit von 1970 - 1983 anlegte. Für die österreichische Zeitgeschichtsforschung offenbart dieses einzigartige Quellenmaterial informelle Gedankengänge, Gesprächsinhalte und ressortübergreifende Einschätzungen des Handelsministers. Als weitere aufschlussreiche Quelle hätten sich noch Ministerratsprotokolle erweisen können. Laut Auskunft der Archivar*innen des Österreichischen Staatsarchivs sind diese im hier behandelten Zeitraum nicht in jener Form verfügbar und zugänglich, wie dies noch für die Jahre davor gilt.

Die hier vorliegende Arbeit widmet sich, wie eingangs erwähnt, der österreichischen Außenpolitik. Gleichwohl bedarf es einer Präzisierung des schwammig anmutenden Begriffs Außenpolitik. Dabei orientiere ich mich u. a. an Kernelementen anhand der Definition von Gehler wonach:

„die Außenpolitik im engeren Sinne, d.h. hier geht es um die Rolle des Außenamts/Außenministeriums (in der Regel nicht der Außenminister) und das Diplomatenkorps mit seinem Eigenlegen und Individualismus, sein Tätigwerden und sein Agieren eingeschlossen die Auslandskulturarbeit [...] sowie die Aktivitäten der einzelnen Außenminister/innen und Regierungen, die als politisch Verantwortliche einschließlich ihrer Parteien und des Parlaments begriffen werden“²⁴.

Unter Außenpolitik wird das politische, wirtschaftliche, militärische und soziokulturelle Handeln eines Staates bzw. eines Staatenbundes gegenüber anderer Staaten, Staatenverbindungen, internationalen Organisationen sowie deren Umsetzung im Rahmen völkerrechtlicher Verträge verstanden. Durch die zunehmende Entstehung von demokratischen

²³ Ebd.

²⁴ Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, 2 Bd. – hier Bd.1, Innsbruck/Wien 2005, 15.

Verfassungsstaaten fand damit einhergehend auch eine Demokratisierung der Außenpolitik statt.²⁵ In der Politikwissenschaft koexistieren und konkurrieren verschiedenste Deutungsansätze über den Terminus „Außenpolitik“.²⁶ Bereits Ende der 1990er Jahre kamen Stimmen auf, welche die Begrifflichkeit Außenpolitik aufgrund der zunehmenden komplexeren Interdependenz als anachronistisch wahrnahmen. In der zunehmend komplexen Interdependenz beeinflussen sich politische und/oder wirtschaftliche Faktoren wechselseitig und werden durch die neuen technologischen Kommunikationsformen beschleunigt.²⁷ Das gestiegene Interesse der Politikwissenschaft an interdisziplinären außenpolitischen Analysen offenbart der Blick auf die Landschaft der Journale sowie ambitionierte damalige neue und nach wie vor erscheinende Publikationen²⁸ dieser Teildisziplin. Eine weitere Erklärung des Politikwissenschaftlers Herbert Dittgen geht von der Annahme aus, dass die internationale Position eines Staates durch die „materiellen Strukturen des internationalen Systems“ erklärt werden kann.²⁹ Österreichs Außenpolitik, und das zeigt diese Arbeit deutlich, wird demnach sowohl durch die Handlungsspielräume, Einschränkungen und Abhängigkeiten des internationalen Systems, als auch durch innenpolitische Stimmungslagen und Gegebenheiten geprägt. Im Falle dieser Arbeit liegt der Fokus verstärkt auf die außenpolitischen Intentionen und Aktivitäten der Regierung Kreisky und des parteilosen Außenministers Willibald Pahr, welche als politisch Verantwortliche für die Außenpolitik herangezogen werden.³⁰ Bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Außenpolitik drängten sich bereits in der frühen, theoretischen Konzeption dieser Arbeit Eckpfeiler auf, welche sich mit den von Gehler entwickelten Kriterien decken.³¹ Zu diesen Kriterien zählen u.a. die zeitgenössischen Ziele der österreichischen Außenpolitik, die Auswirkungen der österreichischen Innenpolitik auf die Außenpolitik (und Vice versa), die Stimmungslage in den internationalen Beziehungen und der Weltpolitik sowie die ausländische Perzeption und Fremdeinschätzung Österreichs.³² Bereits Anfang der 2000er stieg das Interesse der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft an der internationalen Geschichte und der internationalen Politik als Teilbereich der internationalen Beziehungen. Der

²⁵Vgl. Herbert Dittgen, Außenpolitik. In: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller (Hg.), Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart 2009. 25-28, 26.

²⁶ Vgl. Ebd., 27.

²⁷ Vgl. Robert O. Keohane, Joseph S. Nye, Power and Interdependence in the Information Age. In: Foreign Affairs Vol. 77 (1998) 5, 81-94, 83. Siehe auch: Robert O. Keohane, Joseph S. Nye. Power and Interdependence, New York 2001.

²⁸Vgl. Valerie M. Hudson, Foreign Policy Analysis. Actor-Specific Theory and the Ground of International Relations. In: Foreign Policy Analysis, Vol. 1 (2005) 1, 1-30.

²⁹Vgl. Dittgen, Außenpolitik, 27.

³⁰ Vgl. Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik, Bd.1, 15.

³¹ Vgl. Ebd., 16.

³² Vgl. Ebd., 16f.

Wandel der Geschichte der internationalen Beziehungen ist untrennbar mit unseren Deutungen und Anschauungen verbunden. Der strukturelle und theoretische Rahmen hat insgesamt erneut an Dichte und Breite gewonnen. Dazu zählen die hier ebenso behandelten Themen wie Migration und Formen des Kulturtransfers, welche besonders seit dem „cultural turn“ an Signifikanz gewonnen haben.³³ Für den Historiker Jürgen Osterhammel verdeutlicht sich die Geschichte der internationalen Beziehungen im Raum, mehr als dies auf andere Teildisziplinen der Geschichte zutrifft.³⁴ Die u.a. in dieser Thesis behandelten Themen wie Handel, wenn auch hier bewusst nicht in seiner ganzen wirtschaftshistorischen Dimension behandelt, und Migration sind für ihn die „großen Motoren internationaler Vernetzung“ und demnach Bewegungen in Zeit und Raum.³⁵ Der Kalte Krieg war demnach weitaus mehr als nur eine Teilung Europas in zwei ideologische Lager. Bei näherer Betrachtung gab es über das geteilte Europa hinweg aufschlussreiche und bemerkenswerte Verbindungen.³⁶ Diese Arbeit will einen zusätzlichen Beitrag zur vertiefenden Analyse ebenjener Aspekte ermöglichen.

1.3 Forschungsstand

Oliver Rathkolb legte 2010 seinen Aufsatz³⁷ zum „ambivalenten“ Umgang der österreichischen Gewerkschaften und politischen Parteien mit der Solidarność vor, welcher mich neben Elisabeth Röhrlichs Publikation zu Kreiskys Außenpolitik und den Beiträgen von Maximilian Graf zur Bearbeitung dieses Themas motivierte und eine erste wichtige Inspiration darstellte. Elisabeth Röhrlich widmet sich in ihrer 2008 publizierten Dissertation „Kreiskys Außenpolitik - Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm“ Kreiskys außenpolitischen Bestrebungen. Mit einer Fülle an Quellenmaterial erforscht sie anhand eines biographischen Zugangs den gewichtigen Einfluss seiner Sozialisation auf sein politisches

³³ Eckart Conze, Ulrich Lappenküper, Guido Müller, Einführung. In: Eckart Conze, Ulrich Lappenküper, Guido Müller (Hg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln 2004, 1-14, 3.

³⁴ Jürgen Osterhammel, *Raumbeziehungen. Internationale Geschichte, Geopolitik und historische Geographie*. In: Wilfried Loth, Jürgen Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte. Themen - Ergebnisse - Aussichten*, München 2000, 287-308, 287.

³⁵ Ebd.

³⁶ Vgl. Simo Mikkonen, Pia Koivunen, *Beyond the Divide*. In: Simo Mikkonen, Pia Koivunen (Hg.), *Beyond the Divide, Entangled histories of Cold War Europe*, New York 2015, 1-22, 1f.; Siehe auch: Sonja Grossmann, *Dealing with "Friends". Soviet Friendship Societies in Western Europe as a Challenge for Western Diplomacy*. In: Simo Mikkonen, Pia Koivunen (Hg.), *Beyond the Divide. Entangled Histories of Cold War Europe*, New York 2015, 196-217.

³⁷ Oliver Rathkolb, *Austria. An Ambivalent Attitude of Trade Unions and Political Parties*. In: Idesbald Goddeeris (Hg.), *Solidarity with Solidarity. Western European trade unions and the Polish crisis, 1980 – 1982* (The Harvard Cold War studies book series) Lanham 2010, 269-288.

Leben und Wirken. Dabei verdeutlicht sie die Zusammenhänge Kreiskys politischer Prägungen in der Zwischenkriegszeit sowie dessen Jahre im schwedischen Exil mit seinem aktiven und internationalen Programm in der Zweiten Republik. Am häufigsten zur „polnischen Krise“ und Österreich hat bisher Maximilian Graf zu all den unterschiedlichen Facetten und Widersprüchen geforscht und damit neue Fragestellungen und Arbeitsfelder angeregt. In seinen Arbeiten skizziert er die vielschichtige innen- und außenpolitischen Haltung Österreichs zur „polnischen Krise“ und verdeutlicht damit das ambigue Verhalten Österreichs. Zudem widmete er sich bereits intensiv der österreichischen „Ostpolitik“ im Kalten Krieg. Für die zeithistorische Erforschung der Zweiten Republik hat der Historiker Oliver Rathkolb einen gewichtigen Anteil geleistet. Dieser erkannte bereits Mitte der 1990er Jahre als erster Historiker die quellengestützte Erforschung der österreichischen „Ostpolitik“ im Kalten Krieg als ein zukunftsträchtiges Forschungsfeld.³⁸ Zudem liegen zahlreiche Arbeiten zu Bruno Kreiskys Wirken vor. Zu den Pionier*innen der neueren österreichischen Außenpolitikforschung zählt Michael Gehler, welcher der Geschichtswissenschaft mit seinem zweibändigen Standardwerk „Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik“ Mitte der 2000er Jahre einen grundlegenden und gehaltvollen Gesamtüberblick verschaffte. Einen weiteren wichtigen Beitrag zur österreichischen Außenpolitikforschung leistet der Band „Österreich im Kalten Krieg“. Mit ebenjenem Sammelband bereichern Maximilian Graf und Agnes Meisinger die Forschungslandschaft. Die darin enthaltenen Beiträge setzen neue Impulse und deklarieren weitere Forschungsdesiderata für Historiker*innen. Der Osteuropahistoriker Wolfgang Mueller liefert in den letzten Jahren kontinuierlich anregende und gewichtige Beiträge, welche sich besonders auf Österreich und seine selbsterklärte Position als neutrales Land und deren Umgang mit Osteuropa beziehen. Eine weitere Erforschung dieses Themenkomplexes stellt ebenso wie eine umfassend quellengestützte Arbeit zu den gesamten österreichisch-polnischen Beziehungen im Kalten Krieg ein Desiderat der Zeitgeschichtsforschung dar.³⁹ Österreichische Bezüge zur letzten Hochphase des Kalten Kriegs Ende der 1970er und Anfang der 1980er- Jahre wurden nur am Rande der Forschungen thematisiert.

³⁸ Maximilian Graf, Kreisky und Polen. Schlaglichter auf einen vernachlässigten Aspekt der österreichischen „Ostpolitik“. In: Lucile Dreidemy, Richard Hufschmied, Agnes Meisinger et al. (Hg.), Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert, Wien 2015, 692–706, 692.

³⁹ Vgl. Ein herzlicher Dank ergeht an Maximilian Graf für die Überlassung des Manuskripts. Maximilian Graf, Peter Ruggenthaler, Entspannung trotz Krisen? Zu den Beziehungen zwischen Österreich und Polen vom Staatsvertrag bis zum Ende des Kalten Kriegs 1955–1990. In: Peter Ruggenthaler, Wanda Jarzabek (Hg.), Österreich – Polen. Stationen gemeinsamer Geschichte im 20. Jahrhundert, Graz 2020 im Druck, 1f. Anmerkung: Die Seitenanzahl bezieht sich ausschließlich auf das Beitragsmanuskript.; Vgl. Graf, Kreisky und Polen, 692.

In der internationalen Forschungslandschaft ist die „polnische Krise“ und somit ein blockinterner Konflikt des Kalten Krieges bereits ein intensiv erforschter Bereich in der Geschichte des späten Kalten Krieges. Bis heute steht dahingegen eine Monographie zu Österreichs erratischen Umgang mit der Solidarność, von der Gründung ebendieser bis zur Beendigung des Kriegsrechts, aus. In der Historiographie des Kalten Krieges dominierte in den ersten Jahrzehnten die Perspektive auf die Supermächte USA und UdSSR. Seit dem Ende des Kalten Krieges erlauben ideologieärmere Forschungsansätze und neu verfügbare Quellen, besonders in den ehemaligen kommunistischen Ländern der Sowjetunion, differenziertere und globalgeschichtlichere Perspektiven.⁴⁰ Zudem fokussiert sich die neuere Forschung zunehmend auf „kleinere“ und neutrale Akteure im Kalten Krieg. Im vergangenen Jahrzehnt erschienen wichtige und rezente, vorwiegend englischsprachige Impulse weiterer österreichischer und internationaler Forscher*innen, welche in Form von Aufsätzen in zahlreichen Sammelbänden und namhaften Fachzeitschriften zur Erforschung des Kalten Krieges publiziert wurden. Erwähnt sei die Publikation „Perforating the Iron Curtain“ von Poul Villaume und Odd Arne Westad.⁴¹ Die Autor*innen des Bandes erkennen die Bedeutung der Détente als Wendepunkt im Kalten Krieg an. Diese Textsammlung bereichert die Forschungslandschaft mit bis dato unbearbeiteten, privaten und staatlichen Quellen aus West- und Osteuropa und lässt dabei aufstrebende sowie bereits renommierte Wissenschaftler*innen zu Wort kommen. Nicht unerwähnt soll die dokumentengestützte Publikation von Paczkowski und Byrne bleiben, welche sich besonders der Korrespondenz zwischen dem polnischen und sowjetischen Politbüro widmet und eine gute Übersicht über die blockinterne Stimmungslage liefert, welche in dieser Arbeit nur peripher behandelt werden kann.⁴²

Hinsichtlich der polnischen Historiographie stellen diplomatische Beziehungen und politische Kontakte zwischen Österreich und Polen in den Jahren 1970-1989 nach wie vor eine Seltenheit dar. Häufig fanden Diskurse hinsichtlich der polnisch - deutschen und der polnisch-sowjetischen Beziehungen statt.⁴³ Die Beziehungen zwischen Polen und Österreich in den Jahren 1955 – 1989 waren für die Zeitgeschichtsforschung bisher kaum von Interesse.⁴⁴

⁴⁰ Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters. 1947 – 1991*, München 2007.; Odd Arne Westad, *The Cold War. A World History*, London 2017.

⁴¹ Vgl. Poul Villaume, Odd Arne Westad (Hg.), *Perforating the Iron Curtain. European détente, transatlantic relations and the Cold War 1965-1985*, Kopenhagen 2010.

⁴² Andrzej Paczkowski, Malcom Byrne, *From Solidarity to Martial Law. The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History*, Budapest 2007.

⁴³ Vgl. Sylwia Syndoman, *Polsko – austriackie stosunki dyplomatyczne i kontakty polityczne w latach*. In: Agnieszka Kisztelińska-Węgrzyńska, Krzysztof A. Kuczyński (Hg.), *Austria i relacje polsko-austriackie w XX i XXI wieku. Polityka, kultura, gospodarka*, Łódź 2014, 103-116, 103.

⁴⁴ Vgl. Klaus Bachmann, *Poland and Austria*, 363.

Dennoch konnten für diese Arbeit, hinsichtlich der weiteren Analyse der bilateralen Beziehungen, wichtige Beiträge polnischer Forscherinnen herangezogen werden.⁴⁵ Die österreichische Forschung entdeckte in den letzten Jahren erst zögerlich die Hinwendung zu den Beziehungen zwischen Österreich und den ostmitteleuropäischen Staaten.

⁴⁵ Syndoman, Polsko – austriackie.; Joanna Gajdek, Der mittelbare Nachbar. Österreichvorstellungen in Polen 1970 – 1995. In: Oliver Rathkolb, Otto M. Maschke, Stefan August Lütgenau (Hg.) Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955 – 1990. Bd.2, Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Wien 2002, 647 – 676.

2 Eine kurze Geschichte der Solidarność und der Ereignisse in Polen

Die folgenden Unterkapitel enthalten eine kompakte Schilderung der Vorgänge in der polnischen Volksrepublik ausgehend von den 1960er Jahren bis zur Aufhebung des Kriegsrechts im Juli 1983. Aufgrund der formalen Beschränkungen kann diese Arbeit nicht jedes Detail behandeln. Um einer etwaigen späteren Redundanz vorzubeugen, fokussieren sich die Themen auf die Ereignisse in Polen. Dadurch soll ein grundlegendes Verständnis der Entstehung der Solidarność vermittelt werden.

2.1 Polen in den 1960er Jahren

Kirchliche Symbolik und die Gefolgschaft des polnischen Volkes hatte und hat im tiefreligiösen katholischen Polen, bedingt durch die Christianisierung Polens, bereits seit über tausend Jahren eine hohe Bedeutung. Historisch bedingt wurde diese durch die Annahme des lateinischen Christentums durch Herzog Mieszko I im Jahre 966. In der Volksrepublik Polen blieb die Amtskirche eine stetige Konstante im Kampf um die ideologische Vormachtstellung. Ein Umstand der besonders in den Jahren der Solidaritätsbewegung relevant wurde. Die PZPR (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza - dt. Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) hatte mit der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung hinsichtlich der polnischen Einheit von Kirche und Nation stets seine Schwierigkeiten. Unter Parteichef Władysław Gomułka verfolgte die Staatsführung seit 1958 einen zunehmend antiklerikalen Kurs. Der Religionsunterricht wurde aus der Schule verbannt. Ein Novum, denn dies konnte selbst im Stalinismus nie zur Gänze umgesetzt werden.⁴⁶ Der Kirche wurde vorgeworfen, in der Bevölkerung eine ideologische Umorientierung des polnischen Volkes gen Westen zu betreiben.⁴⁷ Diese antiklerikale Haltung der Regierenden wurde mit einer der größten Propagandakampagnen gegen die katholische Kirche nach 1956 flankiert. Doch die Gläubigen blieben auf der Seite der Bischöfe. Ende des Jahres 1966 beendete Gomułka die antiklerikale Kampagne, welche schlussendlich der hohen gesellschaftlichen Reputation der polnischen Kirche keinen Schaden zugefügt hatte.⁴⁸ Hinsichtlich der innenpolitischen Stimmung der Volksrepublik Polen wurde es nicht ruhiger. Im Herbst 1966, zehn Jahre nach den versprochenen Reformen, zeigten sich Intellektuelle von der „vernichtenden Bilanz“ enttäuscht und gingen zunehmend auf Konfrontationskurs mit der

⁴⁶ Vgl. Włodzimierz Borodziej, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010, 309.

⁴⁷ Ebd., 310.

⁴⁸ Ebd., 311.

Partei.⁴⁹ Diese zeigte sich nach dem Sechstagekrieg 1967, und dem folgenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Israel, durch offenen Antisemitismus und ständigen Forderungen nach der Emigration von Israel- Sympathisant*innen.⁵⁰ Der Versuch mit einem latenten Antisemitismus von den eigenen Schwierigkeiten abzulenken, zerstörte die internationale Reputation Gomulkas vollends. Zu diesem Befund gelangte auch die zeitgenössische österreichische Diplomatie.⁵¹

2.2 Die Streikbewegungen der 1970er Jahre

Ab Mitte der 1970er Jahre sowie zu Beginn der 1980er Jahre befanden sich weite Teile der Weltwirtschaft in einer Rezession, welche auch vor den planwirtschaftlichen Ländern des „realen Sozialismus“ nicht Halt machte und aufgrund der dortigen ökonomischen Misswirtschaft noch stärker als im Westen spürbar war. Bereits seit einigen Jahren verschlechterten sich in Polen die Lebensbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger, welche nach den Blütejahren 1971 bis 1975 und dem daraus resultierenden Kontrast wohl noch offensichtlicher wirkte. 1970 kam es an der Spitze des Zentralkomitees der PZPR zu einem Führungswechsel. Auf den immer unbeliebteren „nationalkommunistischen“ Władysław Gomułka, dessen frühere Popularität und Amtszeit als widersprüchlich wahrgenommen wurde, folgte Edward Gierek. Dieser verfolgte zwar keine Neugestaltung des sozialistischen Systems, bemühte sich aber um die Rationalisierung der Wirtschaft sowie der Verwaltung und eine grundsätzlichere Offenheit gegenüber Reformideen.⁵² Diese Jahre brachten eine stärkere Öffnung Polens gegenüber dem Westen, inklusive der Wirtschaft, mit sich.⁵³ Geprägt waren diese durch eine an den Westen angelehnte Jugendkultur, die sich besonders über den veränderten Konsum von Mode und Medien kennzeichnete.⁵⁴ Überdies kam es vorwiegend durch westliche Kredite finanziert zu verstärkter Bautätigkeit und Planung von Großprojekten, zur Erhöhung der Urlaubstage für Werktätige, einer erhöhten und erleichterten Reisefreiheit in das sogenannte „nichtsozialistische Ausland“ sowie bereits 1971 zu einer

⁴⁹ Vgl. Ebd., 313.

⁵⁰ Ebd., 315.

⁵¹ Vgl. Graf, Kreisky und Polen, 698.

⁵² Borodziej, Geschichte Polens, 341.

⁵³ Vgl. Jürgen Heyde, Geschichte Polens, München 2011, 115.

⁵⁴ Vgl. Borodziej, Geschichte Polens, 342.

Einkommenssteigerung von 11%.⁵⁵ Der durch das „deficit spending“ und die westlichen Kredite ermöglichte, aber nur vordergründige, Aufschwung, beschränkte in späterer Folge den ökonomischen Handlungsspielraum der polnischen Regierung.⁵⁶ Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die Jahre 1971 – 1975 Polen „ein stark beschleunigtes Wirtschaftswachstum und eine Anhebung des Lebensstandards gebracht“ haben.⁵⁷ Anzumerken ist aber auch, dass dieser Anstieg des Lebensstandards von einem sehr geringen Grundwert ausging. Durch den scheinbaren Erfolg der Investitionen gewährten die westeuropäischen Staaten weitere relativ hohe Kredite und Finanzausschüsse.⁵⁸ Die Kredite wurden vermehrt in die Schwerindustrie reinvestiert. Bemerkbar machte sich die enorm kritische Wirtschaftslage unter anderem durch unregelmäßige Stromabschaltungen, Importdrosselungen, lange Schlangen vor Lebensmittelläden, hervorgegangen aus gekürzten Lebensmittelsubventionen seitens der Partei- und Staatsführung und Ernteausfällen in der Landwirtschaft. Zudem erschwerten Produktionsausfälle in der Industrie sowie resultierende Realeinkommensverluste durch die vorherrschende Inflation, Polens Bevölkerung das Leben.⁵⁹

Die blutige Niederschlagung von Streiks und Arbeitsniederlegungen hatte in der sozialistischen Volksrepublik Polen eine traurige Tradition. Im Dezember des Jahres 1970 kam es in den Städten Gdańsk (Danzig), Gdynia (Gdingen) und Szczecin (Stettin) zu Massenstreiks und Protesten, ausgelöst durch die Erhöhung von Lebensmittelpreisen.⁶⁰ Im Juni 1976 traten aufgrund der parteilich verordneten massiven Lebensmittelpreiserhöhungen zwischen 50 und 100% auf Fleisch, Zucker, Butter und Käse, „in mehreren Betrieben 50 000 bis 70 000 Arbeiter in Streik“⁶¹. Die Arbeiter*innen revolte wurde gewaltsam aufgelöst, im zentralpolnischen Radom verstarben zwei Menschen infolge der Unruhen.⁶² Dennoch wurden die Preiserhöhungen von Ministerpräsident Jaroszewicz noch am selben Abend zurückgenommen.⁶³ In Radom wurden 1000 Mitarbeiter fristlos entlassen, insgesamt über 9000

⁵⁵ Es bleibt anzunehmen, dass Borodziej von einer 11% Steigerung im Vergleich zum Vorjahr (1970) ausgeht. Eine präzisere Information, auf welchen Ausgangswert er sich bezieht, lässt sich aus dem Text leider nicht entnehmen. Vgl. Borodziej, Geschichte Polens, 345.

⁵⁶ Zur selben Ansicht gelangt der Osteuropahistoriker Martin Schulze Wessel. Siehe: Martin Schulze Wessel, Konvergenzen und Divergenzen in der europäischen Geschichte vom Prager Frühling bis heute In: Geschichte und Gesellschaft Vol. 43 (2017) 1, 92 – 109, 99.

⁵⁷ StBKA, VII.1. Länderbox Polen 3, Information für den Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, Zur Wirtschaftslage Polens, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien 19.11.1979.

⁵⁸ Vgl. Gajdek, Nachbar, 655.

⁵⁹ Ebd., Siehe auch: Borodziej, Geschichte Polens, 344f. Sowie: Hartmut Kühn, Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980- 1990, Berlin 1999, 14.

⁶⁰ Vgl. Kühn, Jahrzehnt, 15.

⁶¹ Borodziej, Geschichte Polens, 353.

⁶² Vgl. Ebd.

⁶³ Vgl. Ebd.

„Unruhestifter*innen“ verhaftet und angeklagt. Währenddessen wurde die Gesellschaft für Kundgebungen zur Unterstützung der Staatsgewalt mobilisiert. Die Preiserhöhungen sowie die erneute Anwendung von Gewalt, auch die Misshandlung der Festgenommenen, wie 1970 unter Parteichef Gomułka, bedeuteten einen nicht mehr vermuteten Rückschritt staatlicher Herrschaftsausübung in die jüngere Vergangenheit. Die Ereignisse zeigten der Bevölkerung die Wirksamkeit von Streiks und offenbarten bereits frühe Anzeichen der Schwäche der regierenden Personen. Während das Vertrauen in die PZPR stetig sank, festigte die katholische Kirche ihre Bedeutung und erhöhte durch die Wahl des polnischen Kardinals Karol Wojtyła und späteren Papstes Johannes Paul II. erneut ihre Reputation. Wojtyła war bereits seit 1964 Erzbischof von Krakau, diente der Kirche ab 1967 als Kardinal und wurde am 16. Oktober 1978 als erster Nicht - Italiener seit dem 16. Jahrhundert in das Amt des Papstes gewählt. Durch seine Wahl avancierte er für viele Oppositionelle zum Hoffnungsträger eines freien und demokratischen Polens. Im Juni 1979 fand die erste offizielle Polenreise des neuen Papstes statt. Für Frank Bösch sind die Verbindungen zwischen dem Papstbesuch und den bald darauffolgenden Massenprotesten „unübersehbar“.⁶⁴ Mueller sah in jener Reise „eine eminente moralische Unterstützung“ für die Solidaritätsbewegung.⁶⁵ Die große Bedeutung der Kirche für das öffentliche und geistige Leben bewegte auch während des Kriegsrechts das Jaruzelski Regime zu einer *raison d'état* hinsichtlich der Beziehungen zwischen Kirche und Staat.

2.3 1980 und die Entstehung der Solidarność

Auslöser für die Streiks waren die durch die Regierung veranlassten Erhöhungen der Fleischpreise ab 1. Juli 1980. Die kritischen Stimmen entstanden nicht in einem luftleeren Raum. Bereits nach den Protesten im Sommer des Jahres 1976 und der folgenden gewaltsamen „Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“ bildete sich im Herbst desselben Jahres eine kritische Gruppierung von Intellektuellen und namhaften Personen des polnischen Lebens namens KOR (Komitet Obrony Robotników – dt. Komitee zur Verteidigung der Arbeiter). Das KOR setzte die vorhandenen Ambitionen um und publizierte das illegale Periodikum „Robotnik“. Jene Publikation war eine von bis zu geschätzten hundert illegal verbreiteten Druckschriften diverser Organisationen.⁶⁶ Am 14. August 1980 forderten Tausende Streikende

⁶⁴ Vgl. Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019, 78.

⁶⁵ Wolfgang Mueller, *Osteuropa vom Zweiten Weltkrieg zur Jahrtausendwende*. In: Wolfgang Mueller, Michael Portmann, (Hg.), *Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende*. Wien 2007, 9-36, 26.

⁶⁶ Vgl. Paczkowski, Byrne, *The Polish Crisis*, 5.

in Gdańsk die entlassene Arbeiterin Anna Walentynowicz⁶⁷ wiedereinzustellen. Walentynowicz war seit über 30 Jahren im Betrieb der Werft und galt der Betriebsführung mit ihrer kritischen Stimme seit Jahrzehnten als unbequeme Zeitgenossin und wurde im August 1980 aus vermeintlich disziplinären Gründen entlassen.⁶⁸ Die aus politischen Gründen für den polnischen Sozialismus prestigeträchtige Lenin-Werft stellte gleichzeitig eine der größten Betriebe in Polen dar. Das Betriebsgelände der Gdańsker Lenin-Werft wurde von tausenden Arbeiter*innen besetzt und neben sozialen Forderungen wie verbesserten Lebensbedingungen und Lohnerhöhungen standen alsbald auch politische Postulate an der Tagesordnung der Streikleitung. Zu dieser zählten ca. 50 Personen aus dem Kreis der sogenannten „Freien Gewerkschaften“.⁶⁹ Noch am selben Tag verhandelte der arbeitslose Elektriker Lech Wałęsa, einst Mitarbeiter an der Werft und nunmehriger Teilnehmer des Streiks mit der Betriebsleitung.⁷⁰ Am 15. August griffen die Streiks auf andere Bereiche über, auch die zweite Große Werft in Polen wurde bestreikt. Der Direktor der Lenin-Werft akzeptierte am 16. August die Forderungen der Streikenden, darunter die Wiedereinstellung von Anna Walentynowicz und Lech Wałęsa, Lohnerhöhungen für alle Werftangehörigen sowie die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Dezemberstreiks 1970.⁷¹ Doch das vermeintliche Ende des Streiks, die Einigung und damit der Erfolg der Arbeiter*innen trat nicht sofort ein. Einige der Streikenden meinten, dass die Solidarität nicht nur mit Zugeständnissen an die Lenin-Werft enden dürfte, andere wiederum misstrauten den Zusagen seitens der Werks- und Parteileitung.⁷²

Die Solidarność war seit Beginn an aber weit mehr als nur eine Arbeiter*innenvertretung. Viele der „21 Forderungen“, auf die sich das MKS (Międzyzakładowy Komitet Strajkowy - dt. Überbetriebliche Streikkomitee) einigte und welche später in einer landesweiten Zeitung publiziert wurden, enthielten gesamtgesellschaftliche Forderungen wie der Wunsch nach weniger Zensur sowie einem humanistischeren und sozial gerechteren Polen.⁷³ Ab dem 23. August 1980 wurden unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Mieczysław Jagielski Verhandlungen mit dem MKS geführt.⁷⁴ Die beschwichtigenden und zur Ruhe mahnenden Aufrufe und Forderungen Edward Giereks sowie des prominenten und

⁶⁷ Im „100 Women of the Year Project“ des US-Magazin „Time“ wurde Anna Walentynowicz retrospektiv zur Frau des Jahres 1980 gekürt. <https://time.com/5793658/anna-walentynowicz-100-women-of-the-year/> (7.9.2020).

⁶⁸ Vgl. Kühn, Jahrzehnt, 15.

⁶⁹ Vgl. Borodziej, Geschichte Polens, 360.

⁷⁰ Vgl. Kühn, Jahrzehnt, 23.

⁷¹ Vgl. Ebd., 24.

⁷² Vgl. Ebd., 28f.

⁷³ Vgl. Ebd., 29f.

⁷⁴ Vgl. Borodziej, Geschichte Polens, 362.

einflussreichen Primas Wyszyński an das Volk, schmälerten jedoch nicht die Entschlossenheit des MKS und seiner Anhänger. Am 31. August unterzeichneten Mieczyslaw Jagielski und Lech Wałęsa das sogenannte „Danziger Abkommen“. Jagielski gab in den meisten der „21 Forderungen“ nach.⁷⁵ Das Abkommen ermöglichte bald darauf die erste unabhängige Gewerkschaft in einem sozialistischen Staat. Die neu gegründete Solidarność zählte bis Juni 1981 ca. 9,5 Millionen Mitglieder.⁷⁶ Dies war mehr als die Hälfte der polnischen Arbeitnehmer*innen. Die PZPR hingegen verlor bis Sommer 1981 über zehn Prozent ihrer drei Millionen Mitglieder. Dies geschah überwiegend aus dem Personenanteil der Betriebe.⁷⁷ Die Entwicklungen in Polen, einhergehend mit dem zunehmend sichtbaren Machtverlust der PZPR und deren Unfähigkeit die Lage unter Kontrolle zu bringen, veranlasste alsbald die Sowjetunion zu Gedankenspielen. Włodzimierz Borodziej meint, dass es Anfang Dezember Pläne seitens der UdSSR und deren verbündeten Truppen aus der DDR (Deutsche Demokratische Republik) und der Tschechoslowakei, gab in Polen einzumarschieren.⁷⁸ Bis heute ist die Frage nach einem möglichen Einmarsch der Sowjetunion ein, nicht nur in der Forschungslandschaft, heikles und umstrittenes Thema.⁷⁹ In der Periode von Ende November 1980 bis April 1981, erwogen die handelnden Akteure im Politbüro der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) zumindest die Möglichkeiten einer militärischen Intervention.⁸⁰ Die Sowjetunion übte jedenfalls Druck auf die PZPR aus. Damit einhergehend, so Borodziej, bevorzugte die Sowjetunion insgesamt eine innerpolnische Lösung.⁸¹ Wie die Geschichte zeigte, erfolgte kein Einmarsch der Sowjetunion. Unbeirrt davon blieben die Aktivitäten der Solidarność. Für Borodziej blieb die Solidarność:

„heterogen und mehrschichtig. Sie war zugleich sozialistisch, sozialdemokratisch und katholisch, fundamentalistisch und reformorientiert, Gewerkschaft und nationale Partei, antikommunistische Protestbewegung, Debattierklub und institutionalisierte Bürgergesellschaft in einem“⁸².

⁷⁵ Vgl. Ebd.

⁷⁶ Vgl. Ebd., 365.

⁷⁷ Vgl. Ebd., 364.

⁷⁸ Vgl. Ebd.

⁷⁹ Auch 25 Jahre nach seinem Erscheinungsdatum bietet folgende Publikation noch immer einen guten Überblick über die Ansichten der DDR und den daraus resultierenden Druck auf Polen. Siehe:

Michael Kubina, Manfred Wilke (Hg.), "Hart und kompromißlos durchgreifen". Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung. Berlin 1995.

⁸⁰ Vgl. Jerzy Holzer, Drohte Polen 1980/81 eine sowjetische Intervention? Zur Verkündung des Kriegsrechts in Polen am 13.12.1981. In: Forum für osteuropäische Ideen -und Zeitgeschichte, Vol. 1 (1997) 1, 197–230, 228f.

⁸¹ Vgl. Borodziej, Geschichte Polens, 364f.

⁸² Ebd., 365.

Besonders dieser realpolitisch schwer einzuordnende und zielsicher treffende Befund dieser Bewegung führte in westlichen Staaten, aber ebenso in Österreich, zu nicht unerheblichen Konfusionen und Missverständnissen. Der August 1980 war zwar ein entscheidender Monat in der Entwicklung Polens, welcher schließlich zum 13. Dezember 1981 führte, aber nicht der Wendepunkt, welcher alles erklären könnte, was später in diesem Land geschah. Die bereits erwähnten Versorgungsschwierigkeiten begleiteten Polen auch zu Beginn der 1980er Jahre und übertrafen weit jene der 1960er und 1970er Jahre.⁸³ Am 21. Oktober 1980 berichtete die österreichische Botschaft in Warschau durch eine als streng vertraulich gekennzeichnete Nachricht an das Außenministerium in Wien von der divergenten Lage innerhalb der Führung der PZPR. Die Wahrnehmung eines stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie eines weiteren Regierungsmitgliedes, legte deutlich, dass ein weitverbreiteter Mangel an ökonomischem Verständnis herrsche und die Lage der Regierung zu entgleiten drohte.⁸⁴ Das andere Lager innerhalb der polnischen Parteiführung plädierte für eine gewaltsame Lösung um den Entwicklungen beizukommen.⁸⁵ Am 11. Februar 1981 wurde der langjährige Verteidigungsminister und General Wojciech Jaruzelski neuer Ministerpräsident Polens und löste den erfolglosen Józef Pińkowski ab. Infolgedessen übernahmen vermehrt Militärs die entscheidenden Schaltstellen des Landes.⁸⁶

Im Vergleich zu den Kampagnen Gomułkas gegen die Kirche hat sich der Klerus in den folgenden Jahren seine bedeutende gesellschaftliche Stellung bewahrt. Im Juli 1981 wurde der Bischof von Warmia Józef Glemp als Nachfolger des überaus beliebten und im Mai 1981 verstorbenen Kardinal Wyszyński zum Erzbischof von Gniezno ernannt. Als Primas übt er das ranghöchste Amt der katholischen Kirche in Polen aus. Für Zanetti galt Glemp als ein Mann des Ausgleichs, welcher ein profunder Kenner der speziellen Beziehung zwischen Kirche und Staat sei,⁸⁷ und stets für den Premierminister und Parteichef als auch für die führenden Akteur*innen der Solidarität zu sprechen war⁸⁸. Am 5. September 1981 begann in Danzig der erste Landeskongress der offiziell lautenden NSZZ - Niezależny Samorządny Związek Zawodowy (dt. unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft) Solidarność. Der Kongress, seine

⁸³ Vgl. Kühn, Jahrzehnt, 179; Vgl. Borodziej, Geschichte Polens, 366.

⁸⁴ StBKA, VII.1. Länderbox Polen 5, 25183 sowie 25184, Zanetti an BMAA. Warschau 21.10.1980.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Vgl. Borodziej, Geschichte Polens, 365.

⁸⁷ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1981, Zl. 317-RES/81, Erzbischof Jozef Glemp neuer Primas von Polen. Gezeichnet Zanetti. Warschau 13.7.1981.

⁸⁸ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1981, Zl. 471-RES/81, Zur innenpolitischen Lage. Gezeichnet Zanetti. Warschau 27.10.1981.

Appelle und Forderungen verstärkte die schwierige und angespannte Lage innerhalb Polens.⁸⁹ Besonderes internationales Aufsehen erregte die „Botschaft an die Werktätigen Osteuropas“, worin die Arbeiter*innen in den Ländern des „Ostblocks“ begrüßt wurden und Unterstützung im Kampf für freie Gewerkschaftsbewegungen zugesagt wurde.⁹⁰ Für die Regierungen der adressierten Länder mussten solche Ansagen wohl oder übel provokant erscheinen. Bei der Wahl zum Vorsitzenden der Solidarność wurde Lech Wałęsa in seinem Amt bestätigt. Die Heterogenität der unterschiedlichen Interessensansichten und Ideen zur Umsetzung der geplanten Ziele zeigten sich auch bei der Wahl zum Vorsitzenden. Mit 462 von 844 abgegeben Stimmen (55,2%) setzte Wałęsa sich mit seiner ausgleichenden, kompromissbereiten und defensiveren Haltung gegenüber dem offensiven, radikalen Flügel um die Personen Marian Jurczyk (24,01%), Andrzej Gwiazda (8,8%) und Jan Rulewski (6,21%) durch.⁹¹ Zu den Forderungen im neuen Programm gehörten unter anderem eine „selbstverwaltete Republik und Gesellschaft“ sowie ein „neues gesellschaftliches Übereinkommen“ mit dem Ziel der „Gerechtigkeit, Meinungsfreiheit, Menschenwürde und Demokratie“.⁹² Doch zur baldigen Umsetzung dieser Forderungen, etwaige Diskussionen um eine friedliche Ablösung der PZPR, Volksbefragungen oder gar demokratischen Wahlen kam es nicht mehr.

2.4 Die Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 und dessen innerpolnische Konsequenzen

Von den Reformvorschlägen und einer etwaigen Umsetzung weiterer Forderungen der Solidarność an die Regierung, welche von vielen Menschen in der Zivilbevölkerung unterstützt und erwartet wurden, zeigte sich die PZPR unbeeindruckt. Ideen und Vorschläge für ein menschenfreundlicheres und demokratischeres Polen wurden als staatsfeindlich abgestuft und Reformvorschläge für den Sozialismus als unterminierend stigmatisiert. Die von einigen Historiker*innen als „Junta“ oder „Staatsstreich“ bezeichnete Ausrufung des Kriegsrechts, ein Ausnahmezustand war in der Verfassung von 1952 nicht vorgesehen⁹³, erfolgte durch den Staatsrat und wurde der Bevölkerung durch den Premier- und Verteidigungsminister, den Ersten Sekretär der PZPR, General Wojciech Jaruzelski via Fernsehen verkündet. Es ist mehr als nahe liegend, dass der Staatsstreich schon länger in den Gedankenspielen der PZPR als

⁸⁹ Vgl. Borodziej, Geschichte Polens, 365.

⁹⁰ Vgl. Kühn, Jahrzehnt, 200.

⁹¹ Vgl. Ebd., 217.

⁹² Ebd., 222f.

⁹³ Vgl. Borodziej, Geschichte Polens, 365.

Option diene.⁹⁴ Bei der Ausrufung des Kriegsrechts stand eine Invasion durch die Sowjetunion bei den Mitgliedern des Politbüros der KPdSU bereits nicht mehr zur Disposition, was in diesem Falle zu einer Abkehr der Breschnew Doktrin führte.⁹⁵ Der Preis und die Risiken für einen erneuten militärischen Einsatz, nach der Invasion Afghanistans im Jahre 1979, und damit eine erneute Konfrontation und dem abrupten Ende der Détente mit dem Westen erschienen zu hoch. Wilfried Loth meint, dass es der UdSSR gelang sich taktisch klug zu verhalten und der polnischen Regierung Druck zu machen, aber die Entscheidung vordergründig ihnen zu überlassen.⁹⁶ Das Innen- und Verteidigungsministerium arbeitete in den Jahren 1980/1981 ohne Streiks sowie Einflüssen von außen weiter und hatte durch die juristisch abgesicherte Waffenhoheit ohnehin große Vorteile gegenüber der Zivilbevölkerung.⁹⁷ Die Telefon- und Telexverbindungen wurden gekappt und erschwerten selbst den Vertretungsbehörden die Arbeit. Ferner wurden Grenzen sowie Tankstellen geschlossen, Druckgeräte konfisziert, die Streik- und Versammlungsfreiheit für aufgehoben erklärt und in den größeren Städten fuhren Panzer ein. In einer Grube in Kattowitz erschoss die Polizei neun Bergleute.⁹⁸ Unter dem neu gegründeten WRON (Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego – dt. Militärischer Rat der Nationalen Rettung) unter der Leitung von Jaruzelski, wurden ca. 3000 Solidarność Funktionär*innen verhaftet, interniert und auf mehreren Werksgeländen marschierte die Polizei und das Militär auf.⁹⁹ Die Idee eines solchen Rates zirkulierte in den höchsten Regierungskreisen bereits seit geraumer Zeit.¹⁰⁰ Bis zur Aufhebung des Kriegsrechts im Juli 1983 wurden rund 12.000 Personen vorwiegend durch Militärgerichte verurteilt sowie tausende Sympathisant*innen und Funktionär*innen der Solidarność von ihren Arbeitsplätzen entfernt und entlassen.¹⁰¹ Auch der Solidarność Vorsitzende Lech Wałęsa wurde ein Jahr interniert und viele seiner prominenten Kolleg*innen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.¹⁰² „Individuelle Haltungen, Handlungen und Unterlassungen“ Untergrundpublikationen und illegale Massenaufmärsche zählten zu den wichtigsten Widerstandsformen in der Zeit des Kriegsrecht,

⁹⁴ Eine erkenntnisreiche und detaillierte Perspektive auf Basis der polnischen Quellen. Siehe: Andrzej Paczkowski, Malcolm Byrne, *From Solidarity to martial law. The Polish crisis of 1980 – 1981. A documentary history*, Budapest/ New York, 2007.

⁹⁵ Matthew J. Ouimet., *The rise and fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet foreign policy*. Chapel Hill, 2003, 234.

⁹⁶ Wilfried Loth, *The Cold War. What it was about?* In: Poul Villaume, Odd Arne Westad (Hg.), *Perforating the Iron Curtain. European détente, transatlantic relations and the Cold War. 1965-1985*, Kopenhagen 2010, 19-34, 27.

⁹⁷ Vgl. Ebd., 368.

⁹⁸ Vgl. Kühn, *Jahrzehnt*, 271.; Vgl. Borodziej, *Geschichte Polens*, 368f.

⁹⁹ Vgl. Borodziej, *Geschichte Polens*, 369.

¹⁰⁰ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/324-II.3/81, Gespräch: Rudolfsky-Wiejacz, Eingelangt, 21.10.1981.

¹⁰¹ Vgl. Borodziej, *Geschichte Polens*, 369.

¹⁰² Vgl. Ebd., 371.

welche die Solidarność an Hochschulen und in den Betrieben durch Formen passiven Widerstands am Leben hielt.¹⁰³

2.5 Aufhebung des Kriegsrechts

Nach über 19 Monaten sicherheitspolizeilicher Repressionen, Zensur und harter Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung wurde der WRON mit der formalen Aufhebung des Kriegsrecht am 22. Juli 1983 aufgelöst. Die Politik unter Jaruzelski war gescheitert, aber deshalb noch lange nicht am Ende. Die ökonomische Lage durfte als desaströs bezeichnet werden. Mit Hilfe des Kriegsrechts verhängte die Regierung im Februar 1982 erhebliche Preiserhöhungen, die Lebensmittelpreise stiegen um 240%, die Energiepreise über 70% bei einem sinkenden Bruttosozialprodukt und einem Reallohnrückgang von 25%.¹⁰⁴ Große immaterielle, moralische Unterstützung erhielt die Solidarność und die polnische Bevölkerung durch die Solidarität und das Mitgefühl des Papstes Johannes Paul II. Verstärkt wurde die Hoffnung durch seinen Besuch in Polen, welcher vom 16. bis zum 23. Juni 1983 dauerte. Es kam zu vertraulichen Gesprächen des Papstes zwischen Jaruzelski, aber auch zwischen Lech Wałęsa und dem Papst. Bei der offenkundigen Begeisterung für den Papstbesuch gelang es den Anhängern der Solidarność religiöse Symbole mit denen der Solidarność zu verknüpfen.¹⁰⁵ Durch die Rede des Papstes und die Betonung der „friedlichen Entwicklung“ sahen die polnischen Machthaber eine Verschiebung von einer momentanen politischen Konfrontation hin zu einem ideologischen Konflikt.¹⁰⁶ Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Solidarność durch die lange Zeit im Untergrund und das Fehlen wichtiger internierter Akteur*innen durch die machterhaltende, autoritäre und gewaltausübende Politik Jaruzelskis zermürbt wurde. Dennoch konnte die Solidarność im Untergrund überleben und mit ihren Debatten um eine Änderung des Regimes im Gespräch bleiben. Die PZPR und ihre Funktionäre sollten durch die Ausrufung des Kriegsrechts ihre politische Lebensdauer noch bis zur Zusammenkunft des „Runden Tisches“ und den ersten teilweise freien Wahlen in Polen seit Ende des Zweiten Weltkriegs im Juni 1989 verlängern.

¹⁰³ Vgl. Ebd., 370.

¹⁰⁴ Vgl. Ebd., 372.

¹⁰⁵ Vgl. Kühn, Jahrzehnt, 332.

¹⁰⁶ Vgl. Jonathan Luxmoore, Jolanta Babiuch, The Vatican and the red flag. The struggle for the soul of Eastern Europe, London 1999, 256.

3 Détente und das Ende der Entspannungspolitik

In den hier skizzierten vorausgegangenen Entwicklungen der „polnischen Krise“ lässt sich die anfängliche Unruhe und das Unbehagen in den westlichen und neutralen Regierungen nachvollziehen. Für Helene Sjursen zeigt sich in den Ereignissen in Polen, mit ihren unzähligen globalen Akteur*innen, dass der Kalte Krieg eben mehr als „nur“ die Konfrontation zweier Supermächte war, wie dies Studien über den Kalten Krieg mitunter nahelegen.¹⁰⁷ Eine gewisse Anspannung und Angst um die zunehmende international gefährdete Sicherheitslage, als auch die Sorge um die Verletzung demokratischer Grundsätze sowie die nicht zu unterschätzenden eigenen ökonomischen Interessen um Polens hohe unbezahlte Schulden bildeten die österreichische außenpolitische *Mélange* während der „polnischen Krise“.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, brachten die letzten Jahre der 1970er zunehmende Spannungen und Verschärfungen in die von beiden ideologischen Lagern forcierte Ost-West Entspannungspolitik. Die Bedeutung der Détente und die Sorge um deren jähes Ende zogen sich durch Kreiskys Äußerungen während der polnischen Krise, weshalb sie auch Eingang in diese Arbeit findet. Die der polnischen Krise vorrangegangene Détente, mit all ihren vielfältigen Facetten, lässt als Phase der Entspannung¹⁰⁸ im Kalten Krieg viele Interpretationsmöglichkeiten zu. Dabei ist der Begriff der Détente, genauso wie der Terminus „Kalter Krieg“, in der Geschichtswissenschaft nicht gänzlich unumstritten. Gottfried Niedhart verweist auf die Doppelbödigkeit der Détente und plädiert für deren separate Betrachtung im Ost-West-Konflikt.¹⁰⁹ Eine Abwechslung zur landläufigen Forschungsmeinung hinsichtlich der Dauer bietet Csaba Békés. Dieser verortet aufgrund vieler Faktoren der wechselseitigen Beziehungen den Beginn einer Détente bereits 1953 und sieht sie erst mit dem Ende des Zusammenbruchs der Sowjetunion 1991 enden. Ein Hauptargument seiner These beruht auf den vorhandenen Interdependenzen und den daraus resultierenden Zwängen.¹¹⁰ Zwar erscheinen manche seiner Argumentationen durchaus plausibel. Dennoch halte ich die gewagten Thesen, trotz der hervorragenden Sekundärliteratur welche Békés verwendet, für

¹⁰⁷ Sjursen, *The United States*, 2.

¹⁰⁸ Einen breiten und dennoch kompakten Überblick bietet: Michael Borchard, Stefan Karner, Hanns Jürgen Küsters (Hg.), *Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE*, Graz/Wien 2020.

¹⁰⁹Vgl. Gottfried Niedhart, *East-West Conflict. Short Cold War and Long Détente. An Essay on Terminology and Periodization*. In: Oliver Bange, Poul Villaume (Hg.), *The Long Détente. Changing Concepts of Security and Cooperation in Europe, 1950s-1980s*, Budapest 2017, 19-30, 21;28.

¹¹⁰Vgl. Csaba Békés, *Cold War, détente and the Soviet bloc. The evolution of intra-bloc foreign policy coordination, 1953-1975*. In: Mark Kramer, Vít Smetana (Hg.), *Imposing, maintaining, and tearing open the Iron Curtain. The Cold War and East-Central Europe 1945-1989*, (The Harvard Cold War studies book series) Lanham 2014, 247-276, 248f.

nicht vollständig überzeugend. Obwohl Békés folgerichtig verschiedene Phasen der Entspannung erkennt, ordnet er diese aber einer linearen Entwicklung, nämlich einer langen Détente, unter. Viel eher stellt die Lesart der zeitgenössischen Forschung ein Plädoyer für die wechselnden Phasen der erbitterten Konfrontation, als auch der Entspannung und Kooperation im Duell beider Systeme dar und inkludiert so stetige Veränderungen in den Beziehungen. Aufgrund dieses Umstandes wird sie in der Forschungslandschaft zumeist als Phase zwischen 1969 und 1975¹¹¹ definiert, in welcher erfolgreiche Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Rüstung zwischen den Supermächten USA und der Sowjetunion abgeschlossen wurden. Diese führten zu verschiedenen rüstungsbegrenzenden Verträgen, darunter auch der berühmte SALT (Strategic Arms Limitation Talks) 1 Vertrag. Zu den weiteren Meilensteinen in der Entspannungspolitik zählte der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21. Dezember 1972 sowie die symbolisch bedeutungsvolle Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) - Schlussakte von Helsinki¹¹² am 1. August 1975. Der Erfolg, welcher die Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE in Helsinki 1975 durch wesentliche Staaten des Westens, inklusive der USA sowie den Ländern der Warschauer Pakt Staaten mit sich brachte, drohte Ende der 1970er Jahre und zu Beginn der 1980er Jahre zu verglühen. Der Korb III, ein ideologisch besonders hart umkämpfter Block in den multilateralen Verhandlungen, inkludierte humanitäre Anliegen, Menschenrechte und menschliche Kontakte über die Blockgrenzen hinweg. Wie trügerisch die Détente sein konnte zeigte sich bereits Mitte der 1970er bei globalen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Supermächten USA und der Sowjetunion. 1976 setzte sich in Angola, nach über zwei Jahren Bürgerkrieg, die von der UdSSR unterstützte MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola, dt. Volksbewegung zur Befreiung Angolas) gegen die von den USA unterstützten FNLA (Frente Nacional de Libertação de Angola, dt. Nationale Front zur Befreiung Angolas) durch.¹¹³ Die folgende Phase zwischen 1979 und 1982/83 wird mitunter als „dritter Kalter Krieg“¹¹⁴ bezeichnet. Als Grund dieser Charakterisierung dienen verschiedene Problemstellungen wie die Krise um die Positionierung der Mittelstreckenraketen, den Afghanistaneinmarsch der UdSSR 1979 sowie die polnische Krise, welche drohten den Konflikt zu einem „heißen Krieg“ werden zu lassen. So sehr mitunter über die Anfänge einer

¹¹¹ Das diese Periodisierungsphasen nicht in Stein gemeißelt sind, betont Niedhart und erwähnt verschiedene Zeiträume als mögliche Abgrenzung. Niedhart, East-West, 22-23.

¹¹² Eine profunde, quellenbasierte Studie über die Rolle der neutralen und blockfreien Staaten im Helsinki Prozess. Siehe: Thomas Fischer, Neutral Power in the CSCE. The N+N States and the Making of the Helsinki Accords 1975, Baden-Baden 2009. Für Österreichs Rolle im Besonderen: Benjamin Gilde, Österreich im KSZE-Prozess 1969-1983. Neutraler Vermittler in humanitärer Mission, München 2013.

¹¹³ Westad, The Cold War, 483.

¹¹⁴ Jost Dülffer, Europa im Ost-West-Konflikt. 1945 – 1991, München 2014, 5.

Entspannung in der Geschichts- und Politikwissenschaft debattiert wird, hinsichtlich des Endes 1979/1980 schien es zeitgenössisch einen breiten Konsens zu geben. Auch Bruno Kreisky nannte Afghanistan „eine schwere Hypothek auf der Entspannungspolitik“ und betonte den „prekären Zustand“ und dass sich seit Afghanistan „in Europa glücklicherweise noch nichts ereignet“ habe.¹¹⁵

¹¹⁵ Bruno Kreisky, Ost-West Symposium. Referat anlässlich eines vom ORF veranstalteten Symposiums. 28/29-10.1981. In: Johannes Kunz (Hg.), *Ausgew., bearb., u. mit Zwischentexten vers. von Gerald Hutterer, Bruno Kreisky, Ansichten des sozialdemokratischen Staatsmannes*, Wien 1993, 232-241, 239.

4 Neutralität im Kalten Krieg

Etymologisch entstammt das Wort Neutralität der lateinischen Sprache, „neuter“ bedeutet so viel wie kein(er) (von beiden).¹¹⁶ So eindeutig wie das lateinische Wörterbuch das Wort neuter definiert, so schwierig ist die Anwendung der Neutralität auf Staaten und deren Politik. Der Militärhistoriker Mikael Nilsson betont die Problematik der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Neutralitätskonzepten und der grundlegenden Definition neutraler Staaten.¹¹⁷ Weiters argumentiert Nilsson, dass dieser Terminus trotz der Verankerung von Neutralität im Rahmen des internationalen Rechts sich weiterhin schwer fassbar anmutet.¹¹⁸ Dies liegt darin begründet, dass bisweilen jedes neutrale Land den Begriff Neutralität, mit all seinen Facetten, nach seinen eigenen Ansichten und Ausprägungen definiert.¹¹⁹ Doch auch in der wissenschaftlichen Perspektive auf neutrale Länder während des Kalten Kriegs gibt es unterschiedliche Analysen¹²⁰ hinsichtlich der Resultate und Ergebnisse der Neutralität. So lassen sich zwar alle neutralen Länder während des Kalten Krieges unter dem Begriff der Neutralen Staaten subsumieren, in der Praxis lassen sich aber stark divergierende außenpolitische Handlungsmuster der vier europäischen neutralen¹²¹ Staaten Schweiz, Schweden, Finnland sowie Österreich konstatieren. Erwin A. Schmidl misst besonders Finnland und Österreich, trotz ihrer unterschiedlichen Auslegungen und Formen der Neutralität, eine Sonderrolle zu. Diese Erkenntnis sieht er durch ihre direkte geographische Angrenzung an die Staaten des „Eisernen Vorhangs“ gegeben.¹²² Nilsson stützt sich in seinem Studienartikel auf die Definition des Politikwissenschaftler Harto Hakovirta, welcher zwei verschiedene Typen von Neutralität unterscheidet. Demnach fällt Österreich in die erste Kategorie der permanenten Neutralität, welche sich durch die Grundvoraussetzung für die österreichische Neutralität die Einbettung in internationales und nationales Recht sowie ein Anerkennen der Neutralität durch das Gros der internationalen Staatengemeinschaft kennzeichnet.¹²³ Zudem müssen die führenden Weltmächte von der Neutralität des Landes

¹¹⁶ J. M. Stowasser, Neuter. In: Lateinisch-deutsches Schulwörterbuch, 2., verb. u. mit Nachtr. vers. Aufl., fotomechan. Nachdr. d. Ausg. 1900. Wien 1969, 692.

¹¹⁷ Vgl. Mikael Nilsson, The United States and Neutral Countries in Europe, 1945–199. In: Journal of Cold War Studies, Vol. 21 (2019) 4, 208-230, 208.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Ebd., 208f.

¹²⁰ Für eine völkerrechtliche Perspektive empfiehlt sich folgende veröffentlichte Dissertation: Julia Schreiner, Neutralität nach "Schweizer Muster"? Österreichische Völkerrechtslehre zur immerwährenden Neutralität, 1955-1989 (Studien zur Geschichte des Völkerrechts 37), Baden-Baden 2018.

¹²¹ In der gängigen Forschung wird zwischen den Blockfreien Staaten, wo Jugoslawien als eines der offiziellen Gründungsmitglieder der Bewegung 1961 in Belgrad zählte, und den Neutralen Staaten unterschieden.

¹²² Vgl. Erwin A. Schmidl, Lukewarm Neutrality in a Cold War? The Case of Austria. In: Journal of Cold War Studies, Vol.18 (2016) 4. 36-50, 36.

¹²³ Vgl. Nilsson, United States, 209.

überzeugt sein und dessen Neutralität auch anerkennen und als glaubwürdig betrachten.¹²⁴ Die zweite Kategorie wird demzufolge als gelegentliche Neutralität bezeichnet, wonach in diesen Staaten die Neutralität nicht in nationalen Gesetzen verankert ist.¹²⁵

Für die anfängliche Grundidee der österreichischen Neutralitätskonzeption diene das Modell der Schweizer Neutralität.¹²⁶ Als *conditio sine qua non* zum österreichischen Staatsvertrag, demnach zur Souveränität Österreichs, führte das sogenannte Moskauer Memorandum, welches am 15. April 1955 beschlossen wurde und sowohl von der Sowjetunion¹²⁷, als auch den westlichen Alliierten angenommen wurde. Zur selben Ansicht gelangt auch der Historiker Mueller.¹²⁸ Die österreichische Neutralität ist während des Kalten Krieges und damit ebenso unter den Bedingungen dieses Systemkonflikts entstanden.¹²⁹ In ebendiesem erklärte sich die österreichische Regierung bereit eine immerwährende Neutralität, nach Schweizer Vorbild, auszuüben.¹³⁰ Doch außer der völkerrechtlichen Parallelen lassen sich nur schwer historisch objektivierbare Gemeinsamkeiten zwischen der Schweiz und Österreich finden. Bereits die geographische Ausrichtung rückt die Schweiz eher Richtung Norden, Westen und Süden während Österreich eher dem Osten zugewandt ist.¹³¹ Selbst unter dem Blickwinkel unterschiedlicher Deutungsanslegungen hinsichtlich des Ursprungs der Schweizer Neutralität, sei es durch die Schlacht von Marignano 1515 oder durch den Wiener Kongress 1815, hatten die Eidgenoss*innen bereits etliche Jahrhunderte Erfahrung im Umgang mit der Neutralität.¹³² Christian Jenny argumentiert, dass die Schweiz im Jahre 1955 für Österreich höchstens als Konsensformel diene.¹³³ Ferner findet der Terminus der Neutralität im österreichischen

¹²⁴ Vgl. Ebd.

¹²⁵ Vgl. Ebd.

¹²⁶ Vgl. Ebd.

¹²⁷ Für einen präzisen und fundierten Einblick über sowjetische Neutralitätskonzeptionen unter Stalin anhand von sowjetischen Quellen. Siehe: Peter Ruggenthaler, *The Concept of Neutrality in Stalin's Foreign Policy, 1945–53.* (Harvard Cold War studies book series) Lanham 2015.

¹²⁸ Vgl. Wolfgang Mueller, *A good example of peaceful coexistence? The Soviet Union, Austria and Neutrality 1955 – 1991,* Wien 2011, 21f.

¹²⁹ Vgl. Wolfgang Mueller, *Der Kreml, Kreisky, Waldheim und Vietnam. Zur Rolle neutraler Kleinstaaten als internationaler Vermittler.* In: Lucile Dreidemy, Richard Hufschmied, Agnes Meisinger et al. (Hg.), *Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert,* Wien 2015, 707-717, 707.

¹³⁰ Vgl. Ebd., 37.; Vgl. Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945 – 1955.* (Studien zu Politik und Verwaltung) Bd. 62, Christian Brünner, Wolfgang Mantl, Manfred Welan (Hg.), Wien 1998, 602.

¹³¹ Vgl. Hans Rudolf Fuhrer, *Neutral zwischen den Blöcken. Österreich und die Schweiz.* In: Manfred Rauchensteiner (Hg.), *Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich,* Wien/Köln 2010, 193-252, 195.

¹³² Vgl. Der Schweizer Historiker Christian Jenny untersucht die unterschiedlichen Neutralitätspolitiken Österreichs und der Schweiz. Christian Jenny, *Konsensformel oder Vorbild? Die Entstehung der österreichischen Neutralität und ihr Schweizer Muster,* Bern 1995, 313f.

¹³³ Vgl. Ebd. 196.

Staatsvertrag keine Erwähnung.¹³⁴ Die Außenminister der vier Siegermächte sowie der österreichische Außenminister Leopold Figl unterzeichneten am 15. Mai im Wiener Schloss Belvedere den österreichischen Staatsvertrag. Am 26. Oktober 1955 ratifizierte das österreichische Parlament die Ergänzung und artikulierte:

„zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.“¹³⁵.

Ebenso versicherte Österreich es werde:

„zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen“¹³⁶.

Dass die Neutralität nach dem Schweizer Modell nur kurz währte, zeigt der retrospektiv sehr wichtige Beitritt Österreichs als 70. Mitglied zu den Vereinten Nationen am 14. Dezember 1955. Mit den strengen Neutralitätskriterien, wie sie die Schweiz pflegte und pflegt, wäre ein Eintritt zu diesem Zeitpunkt wohl problematisch gewesen. Paradoxerweise trat die Schweiz, trotz des größten UN Sitzes außerhalb des UN¹³⁷ Hauptquartieres in New York, dem United Nations Office at Geneva (UNOG) erst 2002 den Vereinten Nationen bei. Der Beitritt Österreichs in die Vereinten Nationen deutete bereits die frühen außenpolitischen Positionen an und verdeutlichte das Streben nach offeneren politischen Handlungsräumen. Durch die neuen weltpolitisch veränderten Rahmenbedingungen im 20. Jahrhundert wandelte sich Österreich von einer europäischen Großmacht zu einem Kleinstaat während der Zwischenkriegszeit. Mit dem „Anschluss“ an Deutschland sowie zehn Jahre nach Ende des

¹³⁴ Für ein grundlegendes Verständnis sei hierbei erneut auf das wichtige Werk von Gerald Stourzh verwiesen. Vgl. Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945 – 1955*. 5., erweiterte Auflage, Wien 2005. Weitere wichtige Erkenntnisse liefert das Werk von Rolf Steininger, *Der Staatsvertrag: Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938–1955*, Innsbruck 2005.

Für einen näheren Blick auf die sowjetische Besatzungspolitik sei hier auf die Publikation von, Andreas Hilger, Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals (Hg.), *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945-1955*, Göttingen 2006, verwiesen.

¹³⁵ Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs. *Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich*, 57. Stück/1955 (4 November 1955), Nummer 211, S.1151.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Als weiterführendes Nachschlagewerk sei hier empfohlen: Jacob Katz Cogan, Ian Hurd, Ian Johnstone (Hg.), *The Oxford Handbook of International Organizations*, 2016 Oxford. Einen empfehlenswerten und kompakten Überblick bietet: Madeleine Herren, *Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung*, Darmstadt 2009.; Für einen spezifischeren und erweitert globalgeschichtlichen Ansatz, Siehe: Madeleine Herren (Hg.), *Networking the International System. Global Histories of International Organizations*, Heidelberg 2014.

Zweiten Weltkriegs wandelte sich Österreich nach Jahren der totalitären Staatsformen und den folgenden zehn Jahren Besatzungszeit zu einem permanent neutralen Staat. Dieser Umstand verlangte nun völlig neue Perspektiven der österreichischen Außenpolitik. Während andere besetzte Länder im zweiten Weltkrieg durch vorhandene Exilregierungen bereits Gedanken über die Nachkriegszeit anstellten, blieb Österreich diese Möglichkeit verwehrt. Die mitunter mangelnde Erfahrung und Wertschätzung einer sehr aktiven Außenpolitik offenbarten sich bereits bei einem Blick auf die organisatorischen Strukturen. Einer der sich schon zeitnah mit der Zukunft eines eigenen und von Großmächten unabhängigen Österreichs beschäftigte war Bruno Kreisky. Obwohl ebendiese Neutralität nach der Ansicht zahlreicher zeitgenössischer Politiker Österreichs aus ‚freien Stücken‘ gewählt wurde, erfolgte bereits in den Folgejahren nach 1955 eine eindeutige ökonomische und ideologische außenpolitische Positionierung Richtung Westen. Jussi M. Hanhimäki merkt dazu an: „the European Neutrals, albeit without ever formally acknowledging it, were the first line of defence of the American- led anti- Soviet coalition throughout the Cold War“¹³⁸. Trotz der enorm unterschiedlichen Auffassungen über die politische Realität und Umsetzung der Neutralität seitens der vier neutralen europäischen Staaten einte sie ein ähnlich anmutender pro-westlicher, pro-demokratischer und damit einhergehend ein antikommunistischer Grundkonsens.¹³⁹ Die westliche Orientierung Österreichs zeigte sich ebenso innerhalb der UN- Organe. Die enge Beziehung wurde durch Österreichs Zugehörigkeit zur WEOG („Western European and Other States“) verstärkt.¹⁴⁰

Bruno Kreisky schrieb im Jahre 1955, damals bereits Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt, in der für damalige Intellektuelle und Vordenker*innen wichtigen Zeitschrift FORVM, welche in den eben erwähnten westlichen, geistigen Diskurs eintrat:

„Den Inhalt unserer Neutralität werden wir selbst zu bestimmen haben. Österreichs Neutralität wird von der Neutralität der Schweiz und Schwedens so verschieden oder ihr so ähnlich sein, wie das geographische und geschichtliche Profil dieser beiden Staaten. [...] *Neutralität bedeutet weder Passivität noch Abstinenz.*“¹⁴¹

¹³⁸ Jussi M. Hanhimäki, The first line of defence or a springboard for disintegration? European neutrals in American foreign and security policy, 1945–61. In: Diplomacy & Statecraft Vol. 7 (1996) 2, 378 – 403, 399.

¹³⁹ Vgl. Nilsson, United States, 229.

¹⁴⁰ Vgl. Peter Jankowitsch, Das Problem der Äquidistanz. Die Suche der zweiten Republik nach außenpolitischen Leitlinien. In: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich, Wien/Köln 2010, 451 – 496, 474.

¹⁴¹ Bruno Kreisky, Die österreichische Alternative. In: Forvm. Österreichische Monatsblätter für kulturelle Freiheit. Vol. 2 (1955) 17, 166-167, 167. (Hervorhebungen aus dem Original übernommen).

Mit diesem Zitat lässt Kreisky bereits seine Intentionen und Ziele erkennen, welche in den folgenden Jahrzehnten unter dem Begriff „aktive Neutralitätspolitik“ ihre Umsetzung fanden. Der hier erforschte Zeitabschnitt der Jahre 1980 – 1983 fällt nach der Periodisierung Gehlers in die „langen Siebziger“ von 1970 – 1986, welche mit einer Etablierung und Überhöhung der Neutralität einhergingen.¹⁴² Österreichs Außenpolitik ist in der Zweiten Republik die Außenpolitik eines Kleinstaates. Damit einhergehend folgt eine ressourcenorientierte Fokussierung auf Politikbereiche, welche für kleinere Staaten die Reputation erhöhen können.¹⁴³ Dazu zählen die bei dem Thema dieser Arbeit besonders sichtbaren Zeichen der „Bereitschaft zur Koordination der eigenen Außenpolitik mit Staaten mit ähnlichen oder komplementären Interessenslagen“ sowie die Möglichkeit in der internationalen Politik als „mitgestaltendes Element aufzutreten“¹⁴⁴. Mueller ist der Ansicht, dass das vermeintlich altruistische Angebot, für die internationale Staatengemeinschaft und den Weltfrieden „gute Dienste“ in Form von Vermittlungstätigkeiten zu leisten, einen schalen Beigeschmack habe. Viel eher steht dabei das oft unausgesprochene, nachhaltige Ziel, „durch Friedensinitiativen die eigene Unverzichtbarkeit unter Beweis zu stellen“¹⁴⁵. In den frühen 1990er Jahren betrat die historische Kalte Kriegsforschung eine neue Phase, wodurch sich das Bild der „typischen“ vier europäischen Neutralen änderte.¹⁴⁶ Die Forschung richtete ihren Blick in den letzten Jahren verstärkt auf die Innenpolitik und ihre Verbindung mit der Neutralitätspolitik.¹⁴⁷ Die hier veröffentlichte Arbeit bewegt sich demnach am Puls der neuesten Forschung, beleuchtet sie schließlich, jedoch in kompakter Form, ebenso die innenpolitischen Dynamiken, welche besonders bei Österreichs Haltung während der polnischen Migrationsbewegungen ersichtlich wurde.

¹⁴² Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik, Bd.1, 17.

¹⁴³ Vgl. Helmut Kramer, Außenpolitik. In: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien 206, 807-837,808.

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Vgl. Wolfgang Mueller, Der Kreml, 707.

¹⁴⁶ Thomas Fischer, Juhana Aunesluoma, Aryo Makko, Neutrality and Nonalignment in World Politics. In: Journal of Cold War Studies, Vol. 18 (2016) 4, 4-11, 4.

¹⁴⁷ Vgl. Ebd., 5.

5 Österreichs außenpolitische Konzeption nach 1945 und die Beziehungen zu Polen

Der Terminus „Diplomatie“ ist in den vergangenen Jahrhunderten in seiner Bedeutung und dessen praktischer Auslegung mehrfach modifiziert und neu gedeutet worden. Im frühneuzeitlichen Europa etablierte sich ein „System von Staatenbeziehungen mit ständigen Vertretungen, einem ausdifferenzierten Gesandtschaftswesen, einem Gesandtschaftsrecht und allgemeinverbindlichen Umgangsformen“¹⁴⁸. Der Historiker Wolfgang Reinhard definiert die Diplomatie als „nicht-kriegerische Interaktion von Gemeinwesen und sah bereits seit dem Ersten Weltkrieg ihr „Gewicht infolge des Wandels von Staat und Mächtesystem im Sinken begriffen“.¹⁴⁹ Dies mag etwas drastisch formuliert sein, eine gewisse Transformation hinsichtlich der Diplomatie lässt sich aber jedenfalls konstatieren. Die österreichische Außenpolitik nach 1945¹⁵⁰ wurde immer auch durch die jeweiligen Außenminister, oder wie im Falle Kreiskys stark durch den Kanzler, geprägt. Die direkten Grenzen zu den sozialistischen Staaten und damit die bedrohliche Nähe zu sowjetischen militärischen Interventionen wie 1956 und 1968 verstärkten am Ballhausplatz¹⁵¹ das steigende Bedürfnis durch eine verstärkte, sichtbare diplomatische Tätigkeit die eigene Reputation zu erhöhen. Besonders bei Bruno Kreisky als Akteur lassen sich starke biographische Aspekte in seinem außenpolitischen Profil feststellen. Kreisky erlebte hautnah die Veränderungen der österreichischen Außenpolitik mit, welche sich ebenso im strukturellen Wandel bemerkbar machten. Sein erstes politisches Mandat übte er als Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt (2. Juli 1953 – 16. Juli 1959) aus. Es vergingen einige Jahre, bis die Bedeutung der Außenpolitik eine organisatorische und hierarchische Beförderung erfuhr. Nach seinem zweiwöchigen Intermezzo im Juli 1959 als Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt bekam die Außenpolitik ihr, von Kreisky lang ersehntes, eigenes Ministerium. Bruno Kreisky wurde am 31. Juli 1959 Bundesminister für Auswärtige

¹⁴⁸ Joachim Scholtyseck, Thomas Freiberger, Diplomatie. In: Ludger Kühnhardt, Tilman Mayer (Hg.), Bonner Enzyklopädie der Globalität, Wiesbaden 2017, 1101-1115, 1101.

¹⁴⁹ Wolfgang Reinhard, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2000, 370.

¹⁵⁰ Für einen konzisen Überblick über die außenpolitischen Zugänge der Sozialdemokratie in den Jahre 1889 bis 1955 vom Völkerrechtler und ehemaligen polnischen Botschafter Verosta. Siehe: Stephan Verosta, Die österreichische Sozialdemokratie und die Außenpolitik. In: Erich Bielka, Peter Jankowitsch, Hans Thalberg (Hg.), Die Ära Kreisky, Wien 1983, 15-60.

¹⁵¹ Der Ballhausplatz wird als gängiges Synonym für den Sitz des Bundeskanzleramtes in der Zweiten Republik verwendet. Der Ballhausplatz gilt aber ebenso als „feststehender Begriff der europäischen Diplomatie und Politik. [...] Der Ballhausplatz bleibt in der Erinnerung zumindest der Historiker ein geschichtlicher Ort ersten Ranges mit Blick auf die österreichische Außenpolitik.“ Gehler, Österreichs Außenpolitik, Bd.1, 29.

Angelegenheiten. Dieses Amt übte er bis April 1966 aus, ehe er durch die 1966 entstandene Alleinregierung der ÖVP von Lujo Tončić-Sorinj (ÖVP) abgelöst wurde. Kreisky betrieb eine äußerst aktive Außenpolitik. Wie kein anderer seiner Vorgänger prägte Kreisky in seinem politischen Wirken nicht nur die österreichische Innenpolitik, sondern nicht minder die zumeist sehr erfolgreich betriebene Außenpolitik. Die Bedeutung der Außenpolitik spiegelt sich auch in den autobiographischen Publikationen, Aufsätzen und Reden Kreiskys wider. Die regelrechte Passion und hohe Prioritätensetzung für eine aktive globale und europäische Außenpolitik war ein Kernelement seiner administrativen und politischen Laufbahn. Dies führte dazu, dass er in seiner Ära als Bundeskanzler seine außenpolitischen Agenden mit großem Engagement kontinuierlich weiterführte und nur in seltenen Fällen ausschließlich seinen Ministern das Feld anvertraute.¹⁵² Bisweilen wurde Kreisky medial als „Hobbyaußenminister“ titulierte.¹⁵³ Dabei war Kreisky als bekennender Antikommunist stets im geistigen Lager des „Westens“ zu verorten. Dies aber tat der eigenwilligen und weltoffenen sowie einer konsensorientierten und völkerverbindenden Politik im Ost-West-Konflikt keinen Abbruch. Kreisky wusste um den Wert des Dialogs mit den volksdemokratischen kommunistischen Nachbarstaaten und machte sich bereits Ende der 1950er- Jahre über mögliche Kommunikationsformen intensive Gedanken. Kreisky gab sich jedoch keineswegs naiven Illusionen hin und sah im Jahre 1958 in der „nächsten Zeit“ keine Möglichkeit auf die Umsetzung „eines echten Friedenszustandes“.¹⁵⁴ Er formulierte die „Bedingungen eines solchen Nebeneinanderlebens mit dem Begriff der „Koexistenz“, welche er als „Gegensatz zur Nichtexistenz“ bezeichnete.¹⁵⁵ Sein Blick auf die vorhandenen diversen Gesellschaftsformen und deren Auswirkungen im Kalten Krieg zeigte sich in seinen Reden und Gedanken nüchtern, durchaus realistisch und analytisch. Er schätzte die Interpretation der Koexistenz weit weniger „idealistisch“ als die der USA ein, fand aber die sowjetische Idee, wonach Koexistenz mit Frieden gleichgesetzt wurde „zu simplifizierend“.¹⁵⁶ Eine Überwindung des Kommunismus sah er weder in den „Mitteln der Außen- oder Handelspolitik, etwa durch Kredite wonach den Oststaaten der Kommunismus abgekauft werden kann“¹⁵⁷. Die Überwindung der kommunistischen Diktaturen könne nur von den Völkern, so wie es eben die Solidarność

¹⁵² Vgl. Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik, 278.

¹⁵³ Liselotte Palme, Josef Votzi, „Ayathollah Kreisky. US-Geiseln im Iran.“ In: Profil, 3(1981), 19-21, 19.

¹⁵⁴ Kreisky, Reden, Bd.1, Vortrag über „Demokratie und Diplomatie“ - Internationales Diplomaten-Seminar. Schloß Kleßheim, 4-17.8.1958, 61-68, 64.

¹⁵⁵ Vgl. Ebd.

¹⁵⁶ Vgl. Bruno Kreisky, Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil. Berlin 1988, 211.

¹⁵⁷ Vgl. Bruno Kreisky, Für Zusammenarbeiten mit dem Osten. In: Manuel Luchert (Hg.), Die Zeit, in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik. Wien 1978, 107 – 128, 107.

versuchte (Anmerkung C.B.), welche unter kommunistischer Herrschaft stehen, überwunden werden.¹⁵⁸

Ebenso untrennbar mit Kreiskys Außenpolitik verbunden ist die Profilierung der Neutralität sowie die weitere Schärfung der Neutralitätskonzeption. In der Realpolitik des Kalten Krieges ermöglichten jene Politiker wie Bruno Kreisky, welche eine differenzierte und zumeist sensiblere¹⁵⁹ Perspektive einnahmen und auch kulturelle Aspekte inkludierten, eine geistige Öffnung gegenüber dem vermeintlich fremd anmutenden, uniformen „Ostblock“. Der Historiker Joachim von Puttkamer stellt zwar eine hohe Uniformität in den sozialistischen Ländern fest, verweist aber sogleich auf die stark divergierenden Prädispositionen und damit unterschiedlichen Umsetzungsformen der sowjetischen Herrschaftsmodells.¹⁶⁰ Für Kreisky war es von enormer Bedeutung im Dialog mit den kommunistischen Staaten Österreich stets als demokratischen Staat zu präsentieren.¹⁶¹ Dabei schien Kreisky Polen¹⁶², neben Jugoslawien, eine Sonderrolle beizumessen, wonach es vor allem „aufgrund seiner inneren Entwicklung für die Normalisierung in Betracht zu kommen schien“.¹⁶³ Bruno Kreisky sah den „Ostblock“ nicht als monolithischen Block, sondern war sich der Bedeutung der eigenen Geschichte(n) und Mentalitäten dieser Länder durchaus bewusst. Kreisky führte seine Gedanken folgendermaßen aus:

„denn im Donauraum leben Menschen und Völker, mit denen es eine jahrhundertealte wirtschaftliche und kulturelle Beziehung gibt und auch gegeben hat, als die politischen Gegensätze groß waren. Die Menschen leben eben nicht nur in der Zeit miteinander, sondern auch im Raum“¹⁶⁴.

Kreisky dachte den Raum mit und umfasste mit dem wohlwollend nachbarschaftlich klingenden Begriff des Donauraums nicht nur die unmittelbaren Staaten, sondern darüberhinausgehend weitere Staaten wie Polen. Für ihn gab es demnach nicht nur „Zeitgenossen, sondern auch Raumgenossen“¹⁶⁵. Seine Ansichten teilen auch Vertreter*innen

¹⁵⁸ Vgl. Ebd.

¹⁵⁹ Das dies nicht immer gelang, belegt die vehemente Kritik an Kreiskys Äußerungen aufgrund der ausbleibenden polnischen Kohlelieferungen. Siehe: Kapitel 7.3

¹⁶⁰ Vgl. Joachim von Puttkamer, Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010, 115.

¹⁶¹ Vgl. Kreisky, Rede, Bd.1, Vortrag über „Die österreichische Außenpolitik“. Helsinki, 28.5.1965, 571-580, 579.

¹⁶² Einen Gesamtüberblick zu Kreiskys diplomatische und außenpolitische Beziehung zur VR Polen. Siehe: Agnieszka Kisztełińska-Węgrzyńska, Bruno Kreisky. Polityka zagraniczna i dyplomacja wobec PRL (1959-1983), Łódź 2018.

¹⁶³ Kreisky, Im Strom, 211.

¹⁶⁴ Vgl. Bruno Kreisky, Reden, Bd.2, Wien 1981, Vortrag über „Europäische Entspannungspolitik und Österreich“ Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau 31.5.1974, 434- 439, 437.

¹⁶⁵ Vgl. Bruno Kreisky, „Für Zusammenarbeiten mit dem Osten“. In: Manuel Lucbert (Hg.), Die Zeit, in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik. Wien 1978, 107 – 128, 113.

der historischen Zunft. Der polnische Historiker Oskar Halecki dazu: „In allen Gliederungen der Geschichte liegt etwas Willkürliches, in den räumlichen vielleicht noch mehr als in den zeitlichen!“.¹⁶⁶ Maria Todorova warnt zudem vor der unkritischen Verknüpfung des „Raums“ mit jener der Volkszugehörigkeit oder Nation.¹⁶⁷ Häufig wird und wurde, ebenso in der Geschichtswissenschaft, der „Osten“ als Raumkategorie verwendet, welche unter der sowjetischen Einflussphäre in Ost- und Südosteuropa stand und den politischen Bedingungen während des Kalten Kriegs Rechnung trägt.¹⁶⁸ Dies mag mitunter hilfreich und sinnvoll erscheinen. Für Wolfgang Schmale wurde „die Wahrnehmung Osteuropas als Subregion oder Kohärenz unvermeidlich“¹⁶⁹. Dennoch plädiert er für die Charakterisierung Osteuropas als „historische Epoche“.¹⁷⁰ Zur selben Ansicht gelangt auch Maria Todorova, welche Osteuropa als *das* sozialistische Erbe betrachtet und die geläufige historische Argumentation, wonach Osteuropa als historisch gewachsene Teilregion zu betrachten ist, entschieden zurück weiß.¹⁷¹ Hier gilt zu beachten, dass die Bezeichnung des „Ostblocks“ ebenso eine willkommene Etikettierung darstellte, welche anschließend für politische Instrumentalisierung genutzt werden konnte und kann. Durch den Rückgriff auf ein gemeinsames Nahverhältnis, welches ebenso in der Historie begründet sein möge, schuf sich Kreisky seinen eigenen nachbarschaftspolitischen Rahmen. Ein realpolitischer Vorteil in dieser breiten Nachbarschaftsdefinition liegt darin begründet, dass es mit Nachbarstaaten ohne gemeinsame Grenze zumeist weniger bilaterale Probleme sowie keine Grenzzwischenfälle wie mit der Tschechoslowakei oder Ungarn gab.¹⁷² Eine weitere Untermauerung dieser These demonstrieren die Streitigkeiten Österreichs mit Italien hinsichtlich der Südtirolfrage¹⁷³ sowie die Thematik der Minderheitenrechte der Kärntner Slowen*innen. Graf merkt folgerichtig an,

¹⁶⁶ Einen interessanten, wenn auch zum Teil überholten, Befund über räumliche und zeitliche Grenzen bietet nach wie vor: Oskar Halecki, *Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte*. Darmstadt, 1957, hier 111.

¹⁶⁷ Maria Todorova, *Wo liegt Europa?* In: *Europäischen Rundschau*. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Vol.33 (2005) 3, 47-62, 52.

¹⁶⁸ Vgl. Magdalena Reitbauer, *Von Angesicht zu Angesicht im Kalten Krieg. Österreichs besuchtsdiplomatische Interaktionen zwischen Ost und West 1960 bis 1983*. In: Maximilian Graf, Agnes Meisinger (Hg.), *Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext (Zeitgeschichte im Kontext 11)*, Göttingen 2016, 121-144, 127.

¹⁶⁹ Wolfgang Schmale, In: José M. Faraldo, Paulina Gulińska-Jurgiel, Christian Domnitz (Hg.), *Europa im Ostblock. Vorstellungen und Diskurse- 1945- 1991. Europe in the Eastern Bloc. Imaginations and Discourses. 1945 – 1991 (Zeithistorische Studien 44)* Köln/Weimar 2008, 23- 36, 26.

¹⁷⁰ Vgl. Ebd., 23-36.

¹⁷¹ Vgl. Todorova, *Europa*, 56-58. (Hervorhebung aus dem Original übernommen)

¹⁷² Vgl. Erich Bielka, *Österreich und seine volksdemokratischen Nachbarn*. In: Erich Bielka, Peter Jankowitsch, Hans Thalberg (Hg.), *Die Ära Kreisky*, Wien 1983, 195-232, 204.

¹⁷³ In der Historiographie hat sich keine andere Einzelperson so intensiv diesem Thema angenommen wie Rolf Steininger. Vgl. Rolf Steininger, *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947-1969* Bd. 1-3, Bozen 1999. Ein weiteres gelungenes Mammutprojekt stellt die mehrbändige Dokumentenedition von Steininger dar: Vgl. Rolf Steininger (Hg.), *Akten zur Südtirol-Politik 1959-1969*, bisher 7 Bd. Innsbruck 2005 ff.

dass der Terminus „Nachbarschaftspolitik“ mit dem zwar zutreffenden, aber oftmals unkritisch tradierten und überhöhten Bild von Österreich als neutralem Mittler und Begegnungsstätte im Kalten Krieg mit einem großen humanitären Engagement¹⁷⁴ im Zusammenhang steht.

Kreisky war sich der Problematiken hinsichtlich einer ideologieärmeren Politik mit kommunistischen Staaten und dessen schwieriger Umsetzung bewusst. Dennoch schilderte er seine Anschauung über die Politik mit diesen Staaten in einer Rede in Helsinki im Mai 1965 wie folgt:

„Wir müssen uns aber gleichzeitig davor hüten, diese Länder über einen Leisten zu schlagen. Wir müssen vielmehr verstehen, dass es Unterschiede gibt zwischen Ungarn und Tschechen, Südslawen und Ostslawen, Kroaten und Polen. Es gilt der Geschichte jedes einzelnen dieser Staaten aufmerksamst Rechnung zu tragen, vor allem der historischen Tatsache ihrer jahrhundertelangen Bedrückung, Unfreiheit und nationalen Unselbstständigkeit“¹⁷⁵.

Geographische Einordnungen bzw. deren Gefälle wie bei Nord-Süd Konflikten oder den Ost-West Differenzen im Kalten Krieg stellen in der europäischen Geschichte kein Novum dar. Ein Ost-West-Gegensatz in der europäischen Geschichte nach Jost Dülffer:

„geht auf die griechisch-römische Antike zurück, auf Ostrom und Westrom, auf abendländisch-christliche versus morgenländisch-byzantinische Prägung“ und „setzte sich in der Neuzeit während der Aufklärung in Westeuropa fort“¹⁷⁶.

Von Puttkamer argumentiert ferner, dass durch die Entscheidung der Ablehnung des Marshallplans durch die Sowjetunion für sich und ihre Bündnisstaaten eben jene Lager des Kalten Krieges einleitete und zementierte.¹⁷⁷ Dieser offenbarte sich ebenso in einem wirtschaftlich-sozialen Modernisierungsgefälle.¹⁷⁸

Der erste offizielle Besuch Kreiskys im Jahre 1960 ermöglichte eine bedeutsame Rede vor dem polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten in Warschau. Dort erörterte er staatsmännisch und aus der Position des neutralen und unabhängigen Österreichs die amerikanischen und sowjetischen Ansichten der Koexistenz. Dabei referierte er über die

¹⁷⁴ Maximilian Graf, Österreichs „Ostpolitik“ im Kalten Krieg. Eine doppeldeutsche Sicht. In: Maximilian Graf, Agnes Meisinger (Hg.), Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext (Zeitgeschichte im Kontext 11), Göttingen 2016, 145–173, 146,

¹⁷⁵ Bruno Kreisky, Reden, Bd.1, Wien 1981. Die österreichische Außenpolitik“. Helsinki, 28.5.1965, 571-580, 579.

¹⁷⁶ Jost Dülffer, Europa im Ost-West-Konflikt. 1945 – 1991, München 2014, 5.

¹⁷⁷ Vgl. von Puttkamer, Ostmitteleuropa, 136.

¹⁷⁸ Vgl. Ebd.

Problemstellungen hinsichtlich der Weltanschauungen beider Staaten und zitierte aus einer Rede Chruschtschows, wonach im ideologischen Bereich „zwischen Sozialismus und Kapitalismus keine Koexistenz“ existiert.¹⁷⁹ Kreisky sah in der „Ausschaltung militärischer Konfliktsituationen“ und in der Schaffung „konkreter Maßnahmen die Kriegsgefahr zu reduzieren“ die Voraussetzung jeglicher Koexistenz.¹⁸⁰ Besonders „bemerkenswert“ fand Kreisky die Idee des polnischen Außenministers Adam Rapacki.¹⁸¹ Der sogenannte „Rapacki-Plan“ wurde von Rapacki im Oktober 1957 vor der UN Generalversammlung präsentiert und sah eine atomwaffenfreie Zone in „Mitteleuropa“ vor. Nach heutigem Wissensstand wurde die Propagierung des Plans mit Moskau akkordiert.¹⁸² Der Plan schien Kreisky nicht weit genug zu gehen, weshalb er anmerkte, dass der Rapacki-Plan einen „Minimalplan“ darstelle.¹⁸³ Zu Rapacki, so Kreisky in seinen Memoiren, gab es durch die persönlich verbindende Historie der beiden, eine schnelle Annäherung. Rapackis Vater, ein bekannter polnischer Sozialdemokrat, war ein Freund seines Onkels Rudolf Kreisky.¹⁸⁴ In einer Anekdote merkte Kreisky an, dass die Rapackis, wie viele polnische Familien, streng katholisch seien. Dieser für ihn, als bekennenden Agnostiker und Sozialisten, scheinbare Widerspruch fand sogar bei der sehr knappen Schilderung über Rapackis Person Eingang in seine Memoiren.¹⁸⁵ Insgesamt nimmt das Treffen mit Rapacki einen ausführlichen Teil in dem überschaubaren Kapitel über Polen ein. Kreisky sah zu diesem Zeitpunkt eine rasch fortschreitende Normalisierung Polens. Über die späteren Akteure wie Jaruzelski oder andere polnische politische Bezugspartner finden sich kaum bis keine Erwähnungen. Die „polnische Krise“ bleibt in seinen Memoiren weitestgehend eine Leerstelle. Kreisky führte zudem aus, dass er sich seit seinem ersten offiziellen Besuch im Jahre 1960 in Polen immer sehr wohlgeföhlt habe und dies auch am „emotional guten Verhältnis zwischen Österreich und Polen“ liege.¹⁸⁶ Die hohe Reputation, welche Österreich in Polen genoss, sah Kreisky vor allem aufgrund der Historie des österreichischen Polens und die darin entfaltete eigenständige polnische Kultur.¹⁸⁷ Dieser Umstand dürfte ihn, wie nicht wenige der Beobachter*innen der Solidaritätsbewegung, zumindest nachhaltig beschäftigt haben. Besonders beeindruckt zeigte sich Kreisky von der Rede Władysław Gomułkas, welcher 1956

¹⁷⁹ Kreisky, Reden. Bd.1, Vortrag über „Voraussetzungen der Koexistenz“, Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten in Warschau, 2.3.1960, 120-130, 121.

¹⁸⁰ Ebd.123.

¹⁸¹ Vgl. Ebd.

¹⁸² Vgl. Graf, Ruggenthaler, Entspannung trotz Krisen? 9.

¹⁸³ Vgl. Kreisky, Im Strom, 211.

¹⁸⁴ Vgl. Ebd., 213.

¹⁸⁵ Vgl. Ebd.

¹⁸⁶ Ebd., 217.

¹⁸⁷ Vgl. Ebd., 218.

zum ersten Sekretär der PZPR ernannt wurde und den Blick, trotz eigener schwerer Vergangenheit, in die Zukunft richtete.¹⁸⁸ Unter Gomułka blieb die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, wie sie in vielen volksdemokratischen Ländern umgesetzt wurde, aus.¹⁸⁹ Zudem versprach er ökonomische Anreize für die Arbeiterschaft sowie ein demokratischeres Wahlsystem. Gomułka war aber auch jener, der die nationale Weltsicht intensivierte und die Bevölkerung mit Phrasen von der Einheit des polnischen Volkes und der Unabhängigkeit der Nation der Bevölkerung indoktrinierte.¹⁹⁰ Ebenso wenig stellte er Polens Inklusion in das sowjetische Hegemonialsystem mit dessen Institutionen, dem RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe - 1949) und dem Warschauer Pakt (1955) in Frage.¹⁹¹ Die antisemitischen und antiklerikalen Kampagnen Gomułkas wurden bereits im Kapitel „Polen und die 1960er- Jahre“ näher betrachtet.

Fast bis zum Ende der polnischen Krise im Juli 1983 agierte der parteilose Jurist Willibald Pahr als Außenminister, welcher von Kreisky als Nachfolger von Erich Bielka am 1. Oktober 1976 ernannt wurde. Willibald Pahr, am 5. Juni 1930 in Wien geboren, schlug nach seinem Studium in Wien sowie am Collège d' Europe in Brügge zunächst eine juristische Laufbahn ein. In den Jahren 1952 – 1954 war Pahr als Assistent am Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Wien tätig, ehe er 1955 in den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes wechselte. Dort wurde er 1968 zum Leiter der Internationalen Abteilung ernannt.¹⁹² Im selben Jahr arbeitete er als Generalrapporteur an der Internationalen Menschenrechtskonferenz in Teheran mit. Im Jahre 1973 wurde er Leiter des Verfassungsdienstes. Pahr, welcher in den 1960er im außenpolitischen Ausschuss des ÖAAB der ÖVP tätig war und aus diesem aufgrund einer Kontroverse mit dem damaligen ÖAAB - Obmann Alois Mock wieder austrat, wurde nach der Ernennung durch Kreisky zum Außenminister kein SPÖ Parteimitglied.¹⁹³ Aufgrund der medienwirksamen Strahlkraft, des hohen Selbstbewusstseins Kreiskys und seinem Ehrgeiz Außenpolitik aktiv zu betreiben, war es für Außenminister unter seiner Kanzlerschaft wahrscheinlich schwer ihr eigenes Profil zu schärfen. Dies führte in der Öffentlichkeit dazu, dass Pahr häufig als „Schatten- Außenminister“

¹⁸⁸ Ebd., 219.

¹⁸⁹ Vgl. Włodzimierz Borodziej, Geschichte Polens, 305.

¹⁹⁰ Vgl. José M. Faraldo, Paulina Gulińska-Jurgiel, Christian Domnitz, Europas Platz im sozialistischen Polen. In: Claudia Kraft, Katrin Steffen (Hg.), Europas Platz in Polen. Polnische Europa- Konzeptionen vom Mittelalter bis zum EU- Beitritt, Osnabrück 2007, 197-224, 199.

¹⁹¹ Vgl. Jürgen Heyde, Geschichte Polens, 114.

¹⁹² Vgl. Detlef Kleinert, Willibald Pahr. Außenminister unter Kreisky. Analysen zum Zeitgeschehen, Wien 2010, 225.

¹⁹³ Vgl. Gehler, Österreichs Außenpolitik, Bd.1, 380.

wahrgenommen wurde, was sich auch empirisch durch eine Umfrage des Fessel Instituts aus dem Jahre 1981 belegen lässt. In dieser Umfrage beantworteten die Frage „Wer legt Ihrer Meinung nach die Linie der österreichischen Außenpolitik fest?“ mit 67 % für Bruno Kreisky und nur 55% für Außenminister Pahr.¹⁹⁴ Realiter stimmt dieses Bild nicht komplett mit den Begebenheiten der österreichischen Außenpolitik überein. Deshalb erscheint der „Vorwurf“ hinsichtlich der Leistungen von Pahr sicher zu kritisch. Er gestaltete die Phase der aktiven Außenpolitik mit und wurde primär mit Österreichs Außenpolitik assoziiert.¹⁹⁵ Die für diese Arbeit herangezogenen Quellen konnten trotz Kreiskys Vorliebe für die Außenpolitik keine Nachweise einer etwaigen Intervention¹⁹⁶ im Außenministerium belegen. Dennoch kamen die Initiativen und Ideen von Bundeskanzler Kreisky und Pahr erschien oftmals nur als verlängerte Instanz des Kanzlers.¹⁹⁷ Hier gilt ebenso anzumerken, dass es bis in die heutige Zeit parteifreie und aus der Provenienz des höchsten Beamtentums stammende Spitzenpolitiker schwieriger als ihre oftmals medial und parteipolitisch bestens vernetzten parteizugehörigen Kolleg*innen haben. Gehler konstatiert, dass Österreichs „Außenminister als neutrale, parteilose, gutbürgerliche und unpolitische Vertreter einer umfassend konzipierten und innerstaatlich konsensual angelegten Außenpolitik wirken und wahrgenommen werden sollten“¹⁹⁸. Diese Attribute lassen sich ebenso bei Pahr wiederfinden. Für Gehler gelang Kreisky mit der Wahl Pahr zum Außenminister ein „geschickter Schachzug“, mit welchem er auch das bürgerliche Lager für die Akzeptanz seiner Außenpolitik gewann.¹⁹⁹

Willibald Pahr beschreibt Österreichs Außenpolitik retrospektiv wie folgt:

„Im Sinne einer verantwortungsvollen, sich konsequent an rechtliche und moralische Maßstäbe haltenden Politik hat es Österreich weitgehend vermieden, sich bei internationalen Konflikten der Stimme zu enthalten, und stets eine klare und eindeutige Position bezogen. Dies haben selbst jene Staaten positiv vermerkt, mit denen Österreich keineswegs immer gleicher Meinung war, wie etwa die Staaten des Warschauer Paktes“²⁰⁰.

¹⁹⁴ Vgl. Ebd., 384.

¹⁹⁵ Vgl. Otmar Höll, *The Foreign Policy of the Kreisky Era*. In: Günter Bischof, Anton Pelinka (Hg.) *The Kreisky Era in Austria (Contemporary Austrian Studies Vol.2)* New Brunswick/London, 32-77, 36.

¹⁹⁶ Zum selbigen Resultat gelangt auch Otmar Höll, Vgl. Ebd.

¹⁹⁷ Vgl. Gehler, *Österreichs Außenpolitik*, Bd.1, 387.

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Vgl. Ebd., 388.

²⁰⁰ Willibald Pahr, *Österreich in der Welt*. In: Oliver Rathkolb, Otto M. Maschke, Stefan August Lütgenau (Hg.), *Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955 – 1990*. Bd 2. *Österreichische Nationalgeschichte nach 1945*, Wien 2002, 5.

„Die Förderung der Entspannung und Sicherheit in Europa waren ein ständiges Anliegen unserer Europapolitik“²⁰¹.

Um diese noch besser gestalten zu können, erschien die weltweit praktizierte Besuchsdiplomatie von hoher Bedeutung. Das folgende Unterkapitel widmet sich jener besonderen Art der Diplomatie.

5.1 Besuchsdiplomatische Beziehungen zwischen Polen und Österreich

Wechselseitige Ländervisiten durch Regierungs- und Staatsvorsitzende oder sonstigen (außen)politisch agierenden Personen stellen einen aktiven Bestandteil der diplomatischen und politischen Praxis dar. Im Zeitalter des Kalten Krieges erfuhr die Form der direkten und auf persönlichen Kontakt basierten Besuchsdiplomatie²⁰² eine besondere Aufmerksamkeit.²⁰³ Bei friktionsfreien Beziehungen erlauben diese persönliche Kontaktpflege und die Beibehaltung des Status Quo; bei spannungsgeladenen Konflikten könne diese Beziehungen zur Entspannung beitragen.²⁰⁴ Magdalena Reitbauer definiert Besuchsdiplomatie als „eine spezielle Form von face-to-face-Diplomatie, das heißt, dass sich politische oder diplomatische Vertreter persönlich im eigenen Land oder Gastland zu Gesprächen, Verhandlungen oder sonstigen Treffen begegnen“²⁰⁵. Eine detaillierte Wiedergabe jedes Besuches ist hier weder das Ziel noch sonderlich sinnstiftend. Viel eher sollen die hier genannten hochrangigsten Besuche einen guten Gesamtüberblick über die Entwicklungen der bilateralen Beziehungen darstellen. Besuche von Staats- und Regierungschef*innen, Außenminister*innen oder sonstigen außenpolitisch agierenden Politiker*innen sind und waren ebenso in der Zeit des Kalten Krieges fest im politischen Tagesgeschäft der internationalen Beziehungen verankert. Eine Annahme in der politischen Theorie der „Realisten“ besagt, dass Kooperation dann erfolgreich betrieben wird, wenn der Nutzen höher als die entstandenen Kosten ist.²⁰⁶ Dieser Umstand trifft wohl besonders

²⁰¹ Ebd., 8f.

²⁰² Siehe: Magdalena Reitbauer, Von Angesicht zu Angesicht im Kalten Krieg. Österreichs besuchsdiplomatische Interaktionen zwischen Ost und West 1960 bis 1983. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Wien 2012.

²⁰³ Vgl. Magdalena Reitbauer, Von Angesicht zu Angesicht im Kalten Krieg. Österreichs besuchsdiplomatische Interaktionen zwischen Ost und West 1960 bis 1983. In: Maximilian Graf, Agnes Meisinger (Hg.), Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext (Zeitgeschichte im Kontext 11), Göttingen 2016, 121-144, 121.; Für Scholtyseck und Freiberger bedingt sich dies durch das „Jet Age“, welches „persönliche Begegnungen zwischen Staats- und Regierungschefs beziehungsweise Außenministern einfacher machte. Scholtyseck, Freiberger, Diplomatie, 1110.

²⁰⁴ Vgl. Reitbauer, Von Angesicht zu Angesicht, 121.

²⁰⁵ Ebd., 123.

²⁰⁶ Hans J. Morgenthau, Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace. New York 1948.

auf die Besuchsdiplomatie zu. Willibald Pahr sah, ebenso wie Bruno Kreisky, in der Besuchsdiplomatie ein wichtiges Instrumentarium der Außenpolitik. Neben der wertschätzenden Geste dienten Gespräche auch zur „Österreich – Werbung“, bewirkt durch die positive Berichterstattung des Gastgeberlandes.²⁰⁷ Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges konzentrierten sich Polens außenpolitische Bestrebungen auf die unmittelbaren Nachbarländer. Dies inkludierte den Versuch nach möglichst friktionsfreien Beziehungen zur DDR²⁰⁸ und der BRD (Bundesrepublik Deutschland) sowie die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Polens Westgrenze. Ebenso suchte Polen seine Rolle unter den anderen kommunistischen Ländern in Ostmitteleuropa. Österreichs Außenpolitik fokussierte sich, wie bereits oben erwähnt, auf die Umsetzung der Neutralität und seine Rolle als souveräner Staat im Kalten Krieg. Ebenso war Österreichs Außenpolitik mit der Südtirol-Frage beschäftigt.

Bruno Kreisky, damals noch im Amt des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, initiierte durch seinen damaligen ersten offiziellen Polenbesuch 1960 eine wechselseitige Besuchskultur. Im Jahre 1965 folgte der polnische Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz der Einladung des Bundeskanzlers Josef Klaus und besuchte Österreich als erster Regierungschef eines ostmitteleuropäischen kommunistischen Landes in offizieller Mission.²⁰⁹ In den folgenden Jahren erschwerten die bereits davor bestehenden vermögensrechtlichen Fragen die Beziehungen und dienten als Anlass, dass keine Mitglieder der österreichischen Bundesregierung Polen besuchten.²¹⁰ Die seit Jahren schwelende Thematik hinsichtlich der Vermögensrechte wurde im Sommer 1970 in Form eines Vertrages gelöst.²¹¹ Im Jahre 1973 besuchte Kreisky zum ersten Mal in seiner Funktion als Bundeskanzler die Volksrepublik Polen. Sichtlich nicht ohne Stolz erwähnte Kreisky bei seiner Rede in Warschau: „Und hier hat ohne Zweifel mein Besuch in Warschau vor mehr als 13 Jahren eine entscheidende Bedeutung gehabt“²¹². Im Herbst 1974 besuchte der polnische Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz Österreich in offizieller Funktion. Zumindest in der Selbstwahrnehmung der österreichischen Diplomatie²¹³ stellte der Besuch des Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger einen Höhepunkt des bilateralen Besuchs austausches dar. Diesen erwiderte Henryk Jablonski, der Vorsitzende

²⁰⁷ Vgl. Willibald Pahr, Österreich, 14.

²⁰⁸ Für eine Gesamtdarstellung der Beziehungen, Siehe: Basil Kerski, Andrzej Kotula, Kazimierz Wóycicki (Hg.), Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949 – 1990, Osnabrück 2003.

²⁰⁹ Vgl. Bielka, Österreich und seine volksdemokratischen Nachbarn, 207.

²¹⁰ Vgl. Graf, Ruggenthaler, Entspannung trotz Krisen?, 9f.

²¹¹ Vgl. Ebd, 12.

²¹² Vgl. Kreisky, Reden, Bd.2, „Die österreichische Neutralität“, Warschau, 25.6.1973, 309-315, 313.

²¹³ StBKA VII.1. Länderbox Polen 3, Mappe: Besuch des Bundeskanzlers in Polen; 24. – 26.11. 1979; Entwicklung der Besuchsdiplomatie.

des Staatsrates der Volksrepublik Polen im Jahre 1976.²¹⁴ Bedingt durch die neuen außenpolitischen Impulse von Bruno Kreisky und der Ablöse Gomulka durch Edward Gierek als neuen ersten Sekretär des Zentralkomitees der PZPR ergaben sich in den 1970er Jahren neue Rahmenbedingungen. Erweitert wurden diese Möglichkeiten durch die stattfindende Entspannungspolitik und den Bemühungen um eine europäische Friedenskonferenz (KSZE).²¹⁵ Bis 1975, so Joanna Gajdek, endete fast jeder internationale Besuch mit Krediten für das Gastgeberland Polen.²¹⁶ Am 11. September 1975 unterzeichneten in Steyr, unter Anwesenheit des polnischen Ministerpräsidenten Jaroszewicz und Bruno Kreisky, die polnische Außenhandelszentrale und die Steyr-Daimler-Puch Werke den bisher höchstdotierten (15 Milliarden Schilling) Kooperationsvertrag zwischen Österreich und der VR Polen.²¹⁷ Die Arbeiter-Zeitung bezeichnete den Vertrag auf dem Gebiet der Lastkraftwagenerzeugung „als konstruktives Beispiel praktischer Entspannungspolitik, wie sie zwischen Österreich und Polen schon seit 15 Jahren betrieben wird“²¹⁸. Am 22. September 1976 fand ein offizieller Besuch des polnischen Ministers für Außenhandel Jerzy Olszewski statt.²¹⁹ 1977 besuchte Piotr Jaroszewicz erneut den österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky. In diesen Gesprächen wurde der damalige Stand der polnisch-österreichischen Beziehungen bewertet. Darüber hinaus wurden Perspektiven für ihre weitere Entwicklung erörtert, einschließlich der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit. Jaroszewicz und Kreisky tauschten sich auch über die Festigung der Entspannung, die Reduktion der militärischen Rüstungsausgaben sowie über die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen aus.²²⁰ Ende der 1970er Jahre bewerteten die polnischen Verantwortlichen die Besuche, die Kontakte und den Dialog auf diplomatischer sowie politischer Ebene und die gegenseitigen Beziehungen als sehr gut und auf hohem Niveau.²²¹ Sylwia Syndoman bezeichnet, bedingt durch Österreichs Neutralität und dessen geographischen Standort, die Verbindung als eine „Brücke“ zwischen den beiden Ländern und spricht bei den politischen Kontakten sogar von einem der wichtigsten Elemente der polnischen Außenpolitik.²²² Ein weiterer Vorteil für Polen war die wesentlich stabilere ökonomische Beschaffenheit Österreichs. Kritischer und wohl auch realistischer betrachtet, lässt sich, wie bereits erwähnt, aber auch konstatieren, dass Österreich nicht per se als Land von Bedeutung

²¹⁴ Ebd.

²¹⁵ Joanna Gajdek, Nachbar, 651.

²¹⁶ Vgl. Ebd., 654.

²¹⁷ Syndoman, Polsko – austriackie, 107.

²¹⁸ Arbeiter-Zeitung, Steyr- Arbeitsplätze gesichert, 12.9.1975.

²¹⁹ Syndoman, Polsko – austriackie, 107.

²²⁰ Vgl. Ebd.

²²¹ Vgl. Ebd., 109.

²²² Vgl. Ebd., 210.

war, sondern vielmehr die Umsetzung von polnischen Projektionen und Wünschen im Vordergrund stand.²²³

Bruno Kreisky skizzierte sein Verständnis der Außenpolitik in seiner vierten Regierungserklärung am 19. Juni 1979 vor dem Nationalrat:

„Die österreichische Außenpolitik wird bestrebt sein, dieses Ziel durch Pflege der Beziehungen zu allen Staaten, durch seinen Beitrag zur Entspannung und zur europäischen Integration sowie zur Lösung internationaler Probleme und durch eine wirkungsvolle Außenwirtschafts- und Außenkulturpolitik zu erreichen“²²⁴.

In der Informationsmappe für den Bundeskanzler und dessen Mitarbeiter*innen, anlässlich des Besuchs von Kreisky in Polen von 24. – 26.11. 1979, wurde erneut die besondere bilaterale Beziehung, deren hohe Qualität sowie dessen gegenseitige Wertschätzung betont.²²⁵ Österreichs Rolle als „diplomatischer Briefkasten“ und Vermittler zwischen Ost und West lässt sich ebenso empirisch belegen. In der quantitativen Studie von Reitbauer wurden besuchsdiplomatische Interaktionen zwischen Ost und West im Zeitraum 1960 – 1983 untersucht. Dabei rangiert Polen mit 31 Besuchen im Untersuchungszeitraum hinter den USA auf Platz 4 – ex aequo mit Ungarn.²²⁶ Mueller merkt an, dass die bilateralen Besuch zwar zunahmen, aber die Bedeutung ihrer Inhalte sank.²²⁷ Der Rückgang der gesamten bilateralen Besuchskontakte zwischen Ost und West zwischen 1980 und 1983 war der weltpolitischen Situation und dem allmählichen Ende der Détente geschuldet. Bei den Kontakten zu Polen spielte die innenpolitische Situation seit Ende 1980²²⁸ und die damit verbundene internationale Isolation eine große Rolle. Ein weiterer Faktor, welcher zu einem quantitativen Rückgang führte, war der Entfall diverser Besuche aus den Fachministerien.²²⁹ Der Besuch des polnischen Außenministers Jozef Czyrek vom 9. bis 11. November 1981 brachte die Schwierigkeiten der bis dato bestehenden problemfreien, bilateralen Beziehungen zum Ausdruck. Die vor dem Besuch entstandene Einschätzung zeigte aus Sicht der österreichischen Botschaft in Warschau einerseits die traditionellen, engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden

²²³ Zur selben Ansicht gelangt ebenso Klaus Bachmann: Vgl. Klaus Bachmann, *Poland and Austria*, 364.

²²⁴ Vgl. Kreisky, *Reden*, Bd.2, Regierungserklärung IV, Nationalrat, Wien am 19.Juni 1979, 795- 820,816.

²²⁵ StBKA, VII.1. Länderbox Polen 3, Mappe: Besuch des Bundeskanzlers in Polen; 24. – 26.11. 1979; hohe Qualität der Beziehungen.

²²⁶ Vgl. Reitbauer, *Angesicht zu Angesicht*, 127.

²²⁷ Wolfgang Mueller, *Peaceful Coexistence, Neutrality and Bilateral Relations across the Iron Curtain: Introduction*. In: Arnold Suppan, Wolfgang Mueller (Hg.), *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989*, Wien 2009, 7–29, 26f.

²²⁸ ÖStA, AdR, BMAA. II-Pol. 1981, Konvolut „RES - Berichte“ 1981, ZI. 618-Res/81, Außenpolitischer Bericht 1981; Beitrag Polen, gez. Zanetti. Warschau 5.1.1981.

²²⁹ Ebd.

Ländern. Andererseits verdeutlicht sie auch die Sorge um die Verschlechterung der internationalen Lage und die Störung der Entspannung, die Betonung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens sowie das Verhindern des rückläufigen Trends des bilateralen Warenaustausches.²³⁰ Besonders die ökonomischen Probleme Polens und die damit verbundenen Fragen Österreichs, bildeten neben den Themenblöcken europäischer Sicherheit und Zusammenarbeit sowie die familiären Härtefälle und die Zusammenführung polnischer Staatsangehörigen in Österreich, wichtige Eckpfeiler der Gespräche.²³¹ Die für Österreich besonders wichtigen Kohlelieferungen, welche einen wichtigen Bestandteil der österreichischen Kredite für Polen darstellten, sanken um 60%.²³²

Es mag danach kaum verwundern, dass die Ausrufung des Kriegsrechts eine Zäsur in der polnisch-österreichischen Besuchsdiplomatie darstellte. Für Österreich wäre ein hoher diplomatischer Besuch nach dem 13. Dezember 1981 ein Affront an die polnischen Flüchtlinge sowie an die internationale Staatengemeinschaft gewesen. Aus polnischer Regierungsperspektive wirkten die Bemühungen, seine Beziehungen zu einem westlichen neutralen Staat wie Österreich zu normalisieren, durchaus nachvollziehbar. Am 15. März 1982 bemühte sich der Vizeaußenminister Olechowksi in einem Gespräch mit dem österreichischen Botschafter in Warschau um eine Normalisierung der Beziehungen wie sie vor dem Kriegsrecht bestanden hatten und tat mehrmals das große politische Interesse an wechselseitigen Besuchen kund.²³³ Das Bemühen um die Kontakte zu Österreich und dessen Rolle als internationaler „Eisbrecher“²³⁴ für Polen dauerte an. Verstärkt wurde dieser Umstand durch die Selbstwahrnehmung von Außenminister Stefan Olszowski, die darin bestand, dass Polens internationale Stellung sehr schwach sei.²³⁵ Deshalb begrüßte Olszowski das Engagement durch Bundeskanzler Kreiskys Polen-Initiative und dessen wirtschaftspolitische Aspekte.²³⁶ Der besuchsdiplomatische und realpolitische Befund hinsichtlich der stockenden Kontakte im Jahre 1982 und 1983 musste Diplomaten auf beiden Seiten irritieren, waren doch die Beziehungen zwischen Österreich und Polen in der jüngeren Geschichte von beidseitigen konstruktiven

²³⁰ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, Konvolut „RES - Berichte“ 1981, Zl. 445-Res/81, Besuch des polnischen Außenministers in Wien, gez. Zanetti. Warschau 27.10.1981.

²³¹ Außenpolitischer Bericht 1981; Beitrag Polen. Zl. 618-Res/81.

²³² Ebd.

²³³ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/252-II.3/82, Zl. 132-RES/82, Poln. Wunsch nach Herstellung politischer Kontakte mit Österr. Gezeichnet Wotava. Warschau 16.3.1982.

²³⁴ Die Rolle Österreichs als diplomatischen „Eisbrecher“ nutzte auch die DDR und brachte Österreich in eine „zumindest ambivalente Haltung“. Siehe hierzu Maximilian Graf, Österreich und die DDR 1949 – 1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung, Wien 2016.

²³⁵ StBKA, VII.1. Länderbox Polen 1, 25339, Österr. Botschaft an BMAA. KSZE Meinungs austausch- Gespräch mit Außenminister Olszowski. Gezeichnet Mikl, Ceska, Amry. Warschau ohne Datumsangabe.

²³⁶ Ebd.

Gesprächen geprägt. Ein hochrangiger besuchsdiplomatischer Austausch erfolgte erst wieder im Oktober 1984. 15 Monate nach Aufhebung des Kriegsrechts reiste Österreichs Außenminister Leopold Gratz (SPÖ) offiziell nach Polen.²³⁷

5.2 Kulturaußenpolitik

Scheinbar unbeeindruckt von den wirtschaftlichen Konflikten prosperierte der kulturelle Austausch²³⁸, von dessen Übereinkommen der Jahre 1981 bis 1983 schon große Teile im Jahre 1981 umgesetzt wurden.²³⁹ Zwar bietet das folgende Kapitel nur einen sehr groben Überblick über die Kulturaußenpolitik, ist aber aufgrund der Fragestellung dieser Arbeit besonders aufschlussreich. Die eben erwähnten Schwierigkeiten der besuchsdiplomatischen Beziehungen in den Jahren des Kriegsrechts schienen den kulturellen Austausch nicht zu tangieren. Durch den prosperierenden Kulturaustausch, bei gleichzeitigen Friktionen in den wirtschaftlichen Beziehungen, offenbart sich eine der zahlreichen Paradoxien in der österreichischen Außenpolitik während der „polnischen Krise“. Bereits in den 1950er Jahren erkannte Österreichs Außenministerium die Pflege kultureller Beziehungen in Hinblick auf die Warschauer Pakt Staaten als Instrumentarium zur Erleichterung bei äußerst schwierigen politischen Spannungen.²⁴⁰ Polen war das erste Land des Warschauer Paktes, in welchem Österreich mit einem institutionalisierten und budgetär verankerten Rahmen kulturpolitischen Ambitionen nachging.²⁴¹ Trotz der ideologischen Differenzen zeigte die VR Polen Interesse an der Errichtung des Kulturinstituts und verhielt sich dementsprechend wohlgesinnt.²⁴² Der 1970 abgeschlossene Vermögensvertrag zwischen Österreich und Polen erleichterte auch hier die Beziehungen.

²³⁷ „Von Offenheit der Gespräche beeindruckt“. Gratz traf in Polen Jaruzelski und Glemp. In: Arbeiter-Zeitung, 18.10.1984.

²³⁸ Besonders häufig hat Andrea Brait zum Thema österreichische Kulturaußenpolitik geforscht. Siehe u.a.: Kultur als Grenzöffner? Motive und Schwerpunkte der österreichischen Kulturaußenpolitik im Verhältnis zu seinen östlichen Nachbarstaaten in den Jahren 1989–1991. In: Zeitgeschichte Vol.41 (2014) 3, 166–183.

²³⁹ Ebd.

²⁴⁰ Vgl. Andrea Brait, „die große Trennungslinie, die an unserer Haustür vorbeiführt, überbauen“. Zur Vermittlerfunktion der österreichischen Kulturaußenpolitik zwischen Ost und West. In: Maximilian Graf, Agnes Meisinger (Hg.), Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext (Zeitgeschichte im Kontext 11), Göttingen 2016, 259–296, 210.

²⁴¹ Vgl. Alexander Burka, Was blieb vom Fenster in den Westen? Zur Auslandskulturpolitik Österreichs in Ostmitteleuropa seit 1945 am Beispiel Polens und der Tschechoslowakei/Tschechiens. (Politik und Demokratie Bd. 23), Frankfurt am Main 2012, 196.

²⁴² Vgl. Ebd., 241.

Besonders treffend bringt es Natalia Grincheva auf den Punkt und meint dazu:

„cultural diplomacy is an increasingly meaningful component of a country’s international public diplomacy. Because of the changing nature of public diplomacy and a growing emphasis on reaching a broader public, cultural diplomacy plays a unique role as an intangible form of power that can bring people together for interactive communication and to share cultural values and beliefs“²⁴³.

Hier lässt sich, wie bereits anfänglich in dieser Publikation erläutert, die Vielfalt der bilateralen Beziehungen darstellen, welche u.a. durch Kulturarbeit sichtbar wird.²⁴⁴ Wenn von einem breiten Kulturbegriff ausgegangen wird, welcher nahezu alle menschlichen Lebensbereiche inkludiert, offenbart sich im Gegensatz dazu in der österreichischen Auslandskulturpolitik eine Priorisierung auf bestimmte Bereiche. Für Alexander Jehn erfolgte auch während Kreiskys Kanzlerschaft eine Vernachlässigung der Alltagskultur einhergehend mit einer Konzentration auf die „Hochkultur“.²⁴⁵ So lobte die österreichische Botschaft in Warschau die Sichtbarkeit des österreichischen Kulturinstitutes, sei es durch Sprachkurse, die Vertiefung wissenschaftlicher Kontakte durch Symposien, den Auftritt bei einem Liederabend durch eine renommierte Kammersängerin sowie die Teilnahme des „Vienna Art Orchestra“ an einem namhaften Jazz- Festival.²⁴⁶ Die Rolle der Kultur stellte demnach eine wesentliche Rolle bei der Selbstdarstellung der Republik Österreich dar.²⁴⁷

Eine besonders spannende Funktion nahm das Österreichische Kulturinstitut aber auch in einem anderen Punkt ein, sodass es für viele polnische Intellektuelle durch den Kontakt mit anderen Schriftsteller*innen, Künstler*innen das geistige Tor zum „Westen“ wurde. Kognitive Landkarten variieren nach räumlichen und zeitlichen Vorstellungswelten, wobei diese nochmals durch soziale, kulturelle, religiöse und ökonomische Faktoren sowie Grenzziehungen geformt werden.²⁴⁸ Dabei wurden vormals verwendete Europaattribuierungen wie Fortschritt, Wohlstand, Ordnung, dem östlichen Europa entzogen und der positiv besetzte Europabegriff

²⁴³ Natalia Grincheva, U.S. Arts and Cultural Diplomacy. Post-Cold War Decline and the Twenty-First Century Debate. In: Journal of Arts Management, Law & Society Vol. 40 (2010) 3, 169–183, 171.

²⁴⁴ Vgl. Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik, 24.

²⁴⁵ Alexander Jehn, Nachbarschaftspolitik im Donauraum. Die besonderen Beziehungen Österreichs zur Tschechoslowakei, zu Ungarn und Jugoslawien in der Ära Kreisky 1970–1983, Dissertation Würzburg 1996, 471.

²⁴⁶ ÖStA, AdR, BMAA. II-Pol. 1981, Konvolut „RES Berichte“ 1981, ZI. 618-Res/81, Außenpolitischer Bericht 1981; Beitrag Polen, gez. Zanetti. Warschau 5.1.1981.

²⁴⁷ Vgl. Pahr, Österreich 13.

²⁴⁸ Vgl. Ute Frevert, Eurovisionen. Ansichten guter Europäer im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main 2003, 14.

mit Westeuropa verschmolzen.²⁴⁹ In ideologisch-politisch geführten Diskursen erlebten diese räumlichen Abgrenzungen stets eine Renaissance. Die weltbildlichen Debatten kreisten um die Zugehörigkeit zum „Westen“ oder zum „Osten“ und der Teilung in eine „moderne, zivilisierte“ und in eine „ökonomisch und kulturell rückständigen Welt“.²⁵⁰ Damit wurden Länder wie Ungarn, Polen, Tschechoslowakei²⁵¹ bereits semantisch aus einem offenen Europadiskurs ausgeschlossen. Es gilt festzuhalten, dass Teile Ostmitteleuropas besonders enge kulturelle, religiöse und politische Verknüpfungen mit dem vermeintlichen „Westen“ aufweisen. Der polnische Historiker Oskar Halecki feilte in seinem amerikanischen Exil an einer differenzierten Betrachtung Europas und verortete demnach eine besondere Anziehungskraft des lateinischen „Westens“, welche besonders die katholische Nationen der Polen, Tschechen oder Kroaten betrifft. Die in dem kleinen Exkurs erwähnten Faktoren verdeutlichen die hohe Bedeutung des Kulturinstituts für intellektuelle Debatten und die politisch-ideologische Funktion eines Forums. Diese Portalfunktion vermochte ebenso die polnische Kirche für sich zu nutzen.²⁵² Im Ost-West-Konflikt fühlten sich Dissident*innen und Kritiker*innen der sowjetischen Hegemonie stärker dem Westen hingezogen, welcher ihrer Ansicht nach Werte wie Meinungsfreiheit, politische Partizipation und Pluralismus vertrat. Dabei vernachlässigten sie aber manchmal einen kritischen Blick auf die politischen Systeme des „Westens“.²⁵³ Die von ihnen anvisierte Mitte war demnach nicht das kommunistische, unfreie „Osteuropa“, sondern vielmehr westlich fokussiert und mit der Begrifflichkeit Ostmitteleuropa verbunden.²⁵⁴ Die Mitte, welcher sich hier viele Dissident*innen und Regimekritiker*innen verbunden fühlten, lag westwärts und außerhalb russisch-sowjetischer Hegemonie. Maria Todorova meint, dass sich die Europakonzepte besonders nach dem Zweiten Weltkrieg und der erfolgten Bipolarität in Europa stark gewandelt haben.²⁵⁵

Die weitestgehend diplomatische Immunität²⁵⁶ der Mitarbeiter*innen des Kulturinstitutes und die organisatorische sowie territoriale Einbindung als Teil der österreichischen Botschaft erlaubten dem Institut eine relativ hohe Bewegungsfreiheit. Nach Angaben der polnischen

²⁴⁹ Vgl. Maria Todorova, *Imagining the Balkans*, New York/Oxford 1997, 43.

²⁵⁰ Vgl. Manfred Hildermeier, *Osteuropa als Gegenstand vergleichender Geschichte*. In: Gunilla Budde, Sebastian Conrad, Oliver Janz (Hg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2010, 117-136, 121.

²⁵¹ Im Mittelpunkt der Ausführungen steht Ostmitteleuropa, als eine der drei Regionen Europas und die Gebiete Polen, Ungarn, Böhmen. Jenő Szűcs, *Die drei historischen Regionen Europas*. Frankfurt am Main 1994.

²⁵² Vgl. Burka, *Fenster in den Westen?*, 242.

²⁵³ Vgl. Hildermeier, *Osteuropa*, 122.

²⁵⁴ Vgl. Ebd.

²⁵⁵ Vgl. Todorova. *Imagining*, 43.

²⁵⁶ Vgl. Hildermeier, *Osteuropa*, 122.

Oppositionellen erfüllten die Mitarbeiter*innen des Instituts eine Mittlerfunktion zwischen den „polnischen Intellektuellen und der freien Welt“²⁵⁷. Das Kulturinstitut sei laut eigener Aussage der einzige Ort in Warschau gewesen, „an dem westliche Presse in Form von österreichischen Tageszeitungen und Zeitschriften frei zugänglich auflag“²⁵⁸. Als neutrales Land wurde das österreichische Institut im Vergleich zum Goethe Institut oder dem British Council weitaus weniger kritisch betrachtet.²⁵⁹

5.3 Österreichs Perzeption in Polen unter Bundeskanzler Bruno Kreisky (1970 – 1983)

Besonders die außenpolitische Ausrichtung der Regierung Kreisky intensivierte in hohem Maße die Qualität der Beziehungen zu den kommunistischen Staaten. Zu einer weiteren Erhöhung der außenpolitischen Reputation Österreichs in Polen trug das 1979 eröffnete Vienna International Centre (VIC) bei, welches neben New York und Genf zeitgenössisch zum dritten Amtssitz der UNO wurde.²⁶⁰ Das VIC, in der Wiener Bevölkerung zumeist nicht ganz korrekt als „UNO-City“ bezeichnet, verstärkte die Sichtbarkeit der bereits in Österreich vorhandenen internationalen Organisationen. Dazu zählten z.B. die United Nations Industrial Development Organization (UNIDO), die Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) oder die International Atomic Energy Agency (IAEA). Österreich hatte nach der Erdölkrise 1973, wie viele andere europäische Länder auch, besonders hohes Interesse an industrieller Zusammenarbeit hinsichtlich der Kohle- und Energieimporte aus Polen und anderen kommunistischen Ländern. Auf einem Festvortrag im Oktober 1974 sah Bruno Kreisky in einem gesamteuropäischen Energiekonzept eine brauchbare und ehrgeizige Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen Ost und West.²⁶¹ In der zensierten polnischen Presse gab es eine gewisse Anerkennung für Österreichs „Wohlstand“ mit dem wohl kalkulierten Verweis, dass Österreich nicht Teil des kapitalistischen Blocks sei.²⁶² Trotz der konsequenten Distanzierung der SPÖ vom Kommunismus²⁶³ und den sozialistischen Parteien auf der anderen Seite des

²⁵⁷ Ebd., 243.

²⁵⁸ Ebd., 244.

²⁵⁹ Vgl. Bachmann, Poland and Austria, 391.

²⁶⁰ Vgl. Gajdek, Nachbar, 656.

²⁶¹ Bruno Kreisky, Globale Koexistenz. Illusion oder reale Chance. Festvortrag in Wiesbaden, 23.10.1974. In: Kunz (Hg.), Ansichten, 213.

²⁶² Vgl. Gajdek, Nachbar, 657.

²⁶³ In Österreich erfolgte die letzte endgültige und schriftliche innenpolitische Distanzierung vom Kommunismus mit der Eisenstädter Erklärung von 1969, welche das absolute Kooperationsverbot mit der Kommunistischen Partei Österreich (KPÖ) verankerte. Vgl. Oliver Rathkolb, Internationalisierung Österreichs seit 1945, Innsbruck/Wien 2006, 63.; Damit stellte die Erklärung den Endpunkt der Phase einer längeren Distanzierung dar.

„Eisernen Vorhangs“, erfuhr die SPÖ als „linke“ Partei ein gewisses Wohlwollen der polnischen Regierung.²⁶⁴ Eine besondere Aufmerksamkeit in Polen erfuhren die ab den 1970er Jahren stark intensivierten österreichischen Handelskontakte. Bereits 1976 nahm Polen den ersten Platz im österreichischen Außenhandel mit den kommunistischen Ländern in Ostmitteleuropa ein.²⁶⁵ Gajdek ist der Ansicht, dass aufgrund der politischen Veränderungen in Polen während des hier behandelten Zeitraums in der vollständig staatlich kontrollierten Presse²⁶⁶ kaum Artikel über Österreich und das Ausland publiziert wurden.²⁶⁷ Die „Trybuna Ludu“, ein Blatt welches eng mit der Regierung verknüpft war und die außenpolitische Haltung der kommunistischen Machthaber widerspiegelte, lobte und tadelte in wechselnder Reihenfolge die Handelsbeziehungen zu Österreich.²⁶⁸ Der österreichische Botschafter in Warschau Friedrich Zanetti (1975 - 1982) bedauerte 1981 sogar in einem Interview das geringe Interesse Polens an Österreich.²⁶⁹ Dieses schien sich 1982 anhand der quantitativ gestiegenen Artikelanzahl wieder zu heben.²⁷⁰ Von der positiven Art und Weise der Berichterstattung wie zur Zeit der 1970er Jahre blieben diese Berichte jedoch weit entfernt. Ein weiterer Kritikpunkt der gelenkten Presse war die abnehmende Initiative Österreichs am europäischen Friedensdialog sowie die österreichische Kritik an der Innenpolitik Polens während der Dauer des Kriegszustandes.²⁷¹

²⁶⁴ Vgl. Gajdek, Nachbar, 657.

²⁶⁵ Vgl. Ebd., 656.

²⁶⁶ Einen breiten Überblick zur wichtigen Perzeptionsgeschichte bietet: Agnieszka Kisztełińska-Węgrzyńska (Hg.), *Austria w polskim dyskursie publicznym po 1945 roku. Österreich im polnischen öffentlichen Diskurs nach 1945*, Kraków 2016.

²⁶⁷ Vgl. Gajdek, Nachbar, 660.

²⁶⁸ Vgl. Ebd.

²⁶⁹ Vgl. Ebd., 660f.

²⁷⁰ Vgl. Ebd., 661.

²⁷¹ Vgl. Ebd.

6 Österreichische Flüchtlingspolitik während der polnischen Fluchtbewegungen

Die großen Fluchtbewegungen aus den kommunistischen Staaten nach Österreich, wie 1956, 1968 und jene der DDR- Bürger im Jahre 1989, gelten mittlerweile als gut erforscht.²⁷² Über das vorliegende Kapitel leistete Graf bereits einen wichtigen Überblick zu der bis dato forschungsärmeren Periode der polnischen Kommunismusflüchtlinge. Einen wichtigen Beitrag anhand einer international ausgerichteten Forschung und in Form einer Langzeitanalyse wird Sarah Knoll mit ihrem Dissertationsprojekt²⁷³ unter dem Arbeitstitel „Österreich und Kommunismusflüchtlinge (1956 - 1989/90) - Die Arbeit von NGOs und UNHCR“ an der Universität Wien leisten. Das folgende Kapitel widmet sich dem österreichischen Umgang mit den polnischen Flüchtlingen und den daraus resultierenden außenpolitischen Maßnahmen. In einer der untergeordneten Forschungsfragen wird untersucht ob, und wenn ja wie, die Fluchtbewegungen instrumentalisiert wurden. Zeitweilse befanden sich bis zu 40.000 Polinnen und Polen mit unterschiedlichen Formen des Aufenthaltsstatus in Österreich.

Die hier in aller Kompaktheit zitierte rechtliche Definition ist insofern relevant, da Österreichs finanzielle und organisatorische Unterstützung bei den zahlenmäßig starken „Migrations-Spitzen“²⁷⁴ während des Kalten Kriegs durch den UNHCR auch mit den Zahlen der offiziellen Flüchtlinge nach dem Genfer Konventionsstatus verknüpft waren. Der United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) definiert die völkerrechtliche Stellung von Flüchtlingen in seinem „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951/ in Kraft getreten 1954“ sowie durch das „New Yorker Protokoll vom 31. Jänner 1967“ u.a. wie folgt:

„Im Sinne dieses Abkommens findet der Ausdruck “Flüchtling” auf jede Person Anwendung: die infolge von Ereignissen, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind, und aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes

²⁷² Maximilian Graf, Fluchtbewegungen nach Österreich im Zuge „der polnischen Krise“ 1980 -1982. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx (Hg.), Migration. Flucht-Vertreibung- Integration. (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung) Bd. 31. Graz/Wien 2019, 123-136, 123.

²⁷³ Sarah Knoll, Panelthema: „Auf dem Weg zu einer internationalen Geschichte Österreichs im Kalten Krieg. Vortrag am Österreichischen Zeitgeschichtetag 2018, 7. April 2018.

²⁷⁴ Speckner schreibt von kontinuierlichen Migrationsströmen nach Österreich ab dem Jahre 1945. Als „Migration-Spitzen“ definiert dieser „wenn eine besonders große Zahl von Menschen Österreich als Transitland oder auch Ziel ihrer Flucht betrachteten“. Hubert Speckner, Fluchtbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Auswirkungen auf das österreichische Bundesheer. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx (Hg.), Migration. Flucht-Vertreibung-Integration. (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung) Bd. 31. Graz/Wien 2019, 193–224.

befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will“.²⁷⁵

Eine mangelnde Zuerkennung dieses Status brachte für die geflüchteten Menschen eine prekäre und rechtlich unsichere Aufenthaltsbasis. Zudem zeigt sich, dass die österreichische Asylpolitik untrennbar mit der „national bestimmten Ausländerpolitik“ verwoben ist und war.²⁷⁶ Die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Migrant*innen wird in der öffentlichen Wahrnehmung leider häufig vermischt und Asyl mit Migrationspolitik oftmals im medialen und politischen Diskurs bewusst oder unbewusst gleichgesetzt. Prinzipiell definiert der UNHCR Migration als einen freiwilligen Umstand, wobei dieser die multiplen Faktoren z.B. mögliche unfreiwillige Aspekte der Migration betont und auf die Schwierigkeiten und Fallstricke in ebendiesen Definitionen hinweist.²⁷⁷ In Österreich war die Verknüpfung von staatlichen Fürsorgeansprüchen durch Erwerbsarbeit oder bereits geleistete Erwerbsarbeit geregelt. Ohne jedoch an der Erwerbsarbeit teilhaben zu können, blieben den Flüchtlingen ebenjene Ansprüche sowie soziale und zumeist auch gesellschaftliche Teilhabe verwehrt. Dies änderte sich zu Beginn der 1950er Jahre durch jenes „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ (Genfer Flüchtlingskonvention) zumindest dahingehend, als dass Flüchtlinge ab Beginn ihres Aufenthaltes eine günstige Behandlung, wie den Staatsangehörigen eines fremden Landes, gewährt werden sollte.²⁷⁸ Das Abkommen sah vor, dass nach drei Jahren die einschränkenden Maßnahmen zum Schutz des eigenen Arbeitsmarktes aufgehoben werden.²⁷⁹ Der UNHCR wurde im Dezember 1950 in der Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) in New York gegründet und löste damit die 1946 gegründete International Refugee Organization (IRO) ab. Die Vorgängerorganisation der IRA, die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation), wurde im November 1943 gegründet. Zu ihren Zielen gehörte die Unterstützung der Kriegsoffer durch die Versorgung von lebensnotwendigen Hilfsgütern wie Medizin, Kleidung und Nahrung.²⁸⁰ Entstanden ist sie in einer Zeit als in der zweiten Hälfte der

²⁷⁵UNHCR, Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, Kapitel 1, Artikel 1, §A, (2) (In Kraft getreten am 22. April 1954).

In Österreich wurde das Abkommen 1955 ratifiziert. Siehe: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich (BGBl.), Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, 51. Stück, 6. Oktober 1955. Jahrgang 1955, 1087-1091.

²⁷⁶ Gernot Heiss, Oliver Rathkolb, Vorwort der Herausgeber, In: Gernot Heiss, Oliver Rathkolb (Hg), *Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914*, Wien 1995, 7 -15, 7.

²⁷⁷ Vgl. UN-General Assembly, New York Declaration for Refugees and Migrants. Resolution / adopted by the General Assembly, 3 October 2016, A/RES/71/1, <https://www.refworld.org/docid/57ceb74a4.html> (4.07.2020).

²⁷⁸ Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, Kapitel 3, Artikel 17.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ "United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA)." *Britannica Academic, Encyclopædia Britannica*, 20 Jul. 1998.

1940er Jahre besonders viele Displaced Persons, Flüchtlinge und Vertriebene die Situation in Europa prägten.²⁸¹ All diesen Organisationen wohnte und wohnt die Intention inne, vertriebene Menschen in ihre Heimat zurückzuführen. Garstenauer und Kuzmany betonen, dass die Entwicklung der oben genannten Institutionen in den Anfängen durch die Beziehungen der „Sieger- und Verliererstaaten“ gekennzeichnet gewesen sind.²⁸² Fernerhin machten sich bald die ideologischen Gegensätze des Kalten Krieges zwischen „Ost“ und „West“ bemerkbar.²⁸³ Das moderne Polen erweist sich als Land mit Emigrationsgeschichte, nicht nur quantitativ, sondern ebenso hinsichtlich seiner Auswirkung auf die nationale Identität und deren politische wie wirtschaftliche Erfahrungen.²⁸⁴ Grob skizziert lassen sich politische und ökonomische Emigration als Indikatoren für die Auswanderung feststellen.²⁸⁵

Besonders die institutionalisierten und internationalisierten Strukturen halfen Österreich bei der Bewältigung von Flüchtlingskrisen im Kalten Krieg. Der UNHCR half den österreichischen Regierungen innerhalb des Landes und noch intensiver in der längerfristigen Umsiedlung von Flüchtlingen.²⁸⁶ Die Stimmung in der österreichischen Bevölkerung über den Umgang mit Flüchtlingen aus den kommunistischen Ländern muss als ambivalent bezeichnet werden. Zwar existierte wohl ein breiter, gesellschaftlicher Konsens über die moralische und politische Verpflichtung flüchtenden Menschen aus den kommunistischen Ländern einen temporären Asylstatus zu verleihen. Jedoch implizierte dieser Status, dass der dauerhafte Aufenthalt in anderen Ländern erfolgen sollte.²⁸⁷ Einer der Gründe für diese Stimmung liegt darin begründet, dass Österreich mit seinen ca. siebeneinhalb Millionen Einwohner*innen in den 1960er und 1970er Jahren sich selbst stets nur als Transitland sah. Unbeeindruckt davon kamen allmählich mehr Menschen zu dieser Zeit nach Österreich, verstärkt durch Anwerbeabkommen in den 1960er Jahren durch Gastarbeiter*innen aus der Türkei und Jugoslawien. Trotz seiner Historie sah sich Österreich nicht als Migrationsland. Und dies, obwohl in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im damaligen Vielvölkerstaat mehr Menschen in die spätere Republik Österreich

²⁸¹ Rita Garstenauer, Börries Kuzmany, Nichts neues in Österreich. Wandel und Konstanten in der Bewältigung von Flüchtlingskrisen in den letzten dreihundert Jahren. In: Börries Kuzmany, Rita Garstenauer (Hg.), *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert*, Wien 2017, 7- 41, 25.

²⁸² Vgl. Ebd.

²⁸³ Vgl. Ebd.

²⁸⁴ Vgl. Kathy Burrell, Poland, migration 19th century to present. In: Immanuel Ness (Hg.) *The Encyclopedia of global human migration*, Vol. 4. Ind – Rem., St. Albans 2013, 2419.

²⁸⁵ Vgl. Ebd.

²⁸⁶ Vgl. Börries Kuzmany, Changes and Continuities in Austria's Coping with Refugee Crises over Three Centuries, In: *Journal of Austrian-American History*, Vol. 2 (2018) 2, 116-141, 124.

²⁸⁷ Vgl. Ebd., 130.

migrierten als emigrierten.²⁸⁸ Aufgrund dieses Selbstbildes fehlte demnach, z.B. im Vergleich zu dem traditionellen Einwanderungsland der Vereinigten Staaten, ein struktureller, politischer und ideologischer Rahmen, in welchem Flüchtlingspolitik ergebnisoffener diskutiert und verortet wurde. Kuzmany konstatiert, dass eine starke Tradition des Staates existiert, die Kontrolle in einer „Flüchtlingskrise“ zu bewahren oder diese wiederzuerlangen.²⁸⁹ Im Kalten Krieg war in Österreich der Wunsch nach Domination über den Zustrom von Flüchtlingen ebenso vorhanden. Trotz dieses Umstandes fehlte es Österreich besonders im Personentransit an Möglichkeiten der Grenzkontrolle.²⁹⁰ Paradoxerweise halfen besonders die rigiden Grenzkontrollen auf der östlichen Seite des „Eisernen Vorhangs“, Österreichs Grenzsouveränität aufrechtzuerhalten.²⁹¹ Während des Kalten Krieges tendierte Österreich zu einer liberalen Praxis im Umgang mit Flüchtlingen der kommunistischen Länder. Der Umstand liegt darin begründet, dass in Österreichs öffentlicher Meinung sowie bei Akteur*innen der Politik eine übereinstimmende antikommunistische Haltung vorherrschte. Österreichs Haltung mit Flüchtlingsbewegungen aus den kommunistischen Ländern zeigte sich zumeist solidarisch mit den Geflüchteten. Dieses Verständnis hielt aber stets nur solange diese Richtung Westen weiterreisten und Österreich als Transitstation diente. Österreich war während des Kalten Krieges mit fünf größeren Bewegungen von ankommenden Flüchtlingen aus den Ländern östlich des „Eisernen Vorhangs“ konfrontiert. Dazu zählen Ankommende aus Ungarn in den Jahren 1956/57, der Tschechoslowakei 1968/1969, Polen 1981/82 und Flüchtlinge aus der DDR 1989 sowie Rumänien 1989/1990.²⁹² Die Situation in den Jahren 1980 - 1983 lässt sich nur schwer mit vorangegangenen „Flüchtlingskrisen“ vergleichen. Dass diese von den zwei vorher stattgefundenen kommunistischen Fluchtbewegungen nach Österreich abweicht, liegt primär an der nicht direkten verlaufenden Grenze zu Polen, also dem Herkunftsland der Geflüchteten. Die tschechoslowakischen Flüchtlinge in den Jahren 1968/1969 waren verpflichtet vorab einen Visaantrag zu stellen, die Visabedingungen wurden von den österreichischen Behörden ausgesprochen locker gehandhabt.²⁹³ Als die ersten polnischen Flüchtlinge Anfang der 1980er ankamen, wurden diese kaum als solche wahrgenommen.²⁹⁴ Dies mag zum einen an dem Umstand liegen, dass zwischen Polen und Österreich bereits seit September 1972 mit

²⁸⁸ Vgl. Ebd. Siehe auch Maximilian Graf, Sarah Knoll, Das Ende eines Mythos? Österreich und die Kommunismusflüchtlinge. In: Börries Kuzmany, Rita Garstenauer (Hg.), Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert, Wien 2017, 206 - 229, 226f.

²⁸⁹ Vgl. Kuzmany, Changes, 131.

²⁹⁰ Vgl. Ebd., 130.

²⁹¹ Vgl. Ebd., 133.

²⁹² Vgl. Ebd., 137

²⁹³ Vgl. Ebd., 134.

²⁹⁴ Vgl. Ebd.

Österreich, als einzigem Weststaat, Visafreiheit bestand.²⁹⁵ Diese Visafreiheit ermöglichte folglich eine Reisefreiheit, sofern ein Reisepass als offizielles Dokument vorhanden war, ohne ein Touristenvisum anfordern zu müssen. Deshalb waren bereits vor den Krisenjahren Polinnen und Polen häufig als saisonale Arbeitskräfte in Österreich präsent und daher als Migrant*innen Gruppe den Österreicher*innen vertraut. Damit war aber keineswegs eine besondere Wertschätzung oder ein auffallendes Wohlwollen im Umgang mit polnischen Flüchtlingen verbunden, wenn von den ersten Wochen nach Ausrufung des Kriegsrechts abgesehen wurde. Da viele Flüchtende ihre Verfolgung kaum glaubhaft nachweisen konnten, wurde rasch der Terminus „Wirtschaftsflüchtlinge“ verwendet und hatte in den wiederkehrenden Debatten seinen festen Platz.²⁹⁶ Diese Differenzierung der Geflüchteten blieb in den Jahren 1956 und 1968 noch aus. Dass es wohl auch Flüchtlinge aufgrund der desaströsen ökonomischen Lage in Polen gab, erscheint indes nicht ganz abwegig. Berthold Molden ist der Meinung, dass die angespannte ökonomische Situation bereits vor der Ausrufung des Kriegsrechts viele Polinnen und Polen dazu veranlasste ihr Land nach oder über Österreich zu verlassen.²⁹⁷ Schätzungen eines polnischen Migrationshistorikers legen nahe, dass sich bei der Verhängung des Kriegsrechts sich 300.000 bis 400.000 polnische Bürger*innen im westlichen Ausland aufhielten um dort einer Arbeit nachzugehen.²⁹⁸ Bereits Anfang Juni 1981 tat das Bundesministerium für Inneres die steigende Anzahl und eine Zunahme von 300 polnischen Asylwerber*innen binnen weniger Tage kund.²⁹⁹ Ein weiterer Grund für den öffentlichen Gegenwind, welchen die Flüchtlinge zu spüren bekamen, war die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. Zwar war Österreich im ökonomischen Vergleich zu anderen westeuropäischen³⁰⁰ Staaten noch immer eine „Insel der Seligen“, in welcher bis 1981 (noch) weitestgehend Vollbeschäftigung herrschte. Die Angst vor einer drohenden Rezession und der

²⁹⁵ Maximilian Graf, Kreisky und Polen, 701.

²⁹⁶ Vgl. Gehler, Österreichs Außenpolitik, Bd.1, 484 f.; Vgl. Maximilian Graf, Sarah Knoll, In Transit or Asylum Seekers? In: Günter Bischof, Dirk Rupnow (Hg.), Migration in Austria (Contemporary Austrian Studies Vol. 26), New Orleans 2017, 91-112, 110.

²⁹⁷ Vgl. Berthold Molden, Die Ost-West Drehscheibe. Österreichs Medien im Kalten Krieg. In: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich, Wien/Köln 2010, 687-774, 762.

²⁹⁸ Philipp Ther, Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa, Berlin 2017, 262.

²⁹⁹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.02.40/1.-II.3./81,

Ansteigen der Anzahl der polnischen Asylwerber. Gezeichnet BMI, Dr. Rössler, 4.6.1981.

³⁰⁰ Für eine überaus gelungene „Geschichte von unten“ anhand des Strukturwandels durch Deindustrialisierung in Frankreich, Großbritannien und der BRD seit den 1970er Jahren. Vgl. Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2018.; Siehe auch: Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Thomas Schlemmer (Hg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016.

damit verbundenen Sorge um den Verlust von Arbeitsplätzen durfte die erhöhte Skepsis hinsichtlich der weiteren Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung erneut verstärkt haben.

Das Gros der österreichischen Politiker*innen war traditionell stets darauf bedacht Österreich als Transitland und nicht als Einwanderungsland zu titulieren und sich dabei an die mehrheitsfähige öffentliche Meinung anzupassen.³⁰¹ Neun von zehn Flüchtlingen wurden dezentral beherbergt, wobei auch hier häufig erkennbar wurde, dass die Unterbringung einen rein temporären Charakter hatten.³⁰² Als Unterkünfte dienten neben Kasernen, welche erst im späteren Verlauf der Fluchtbewegungen und aufgrund der Platznot akquiriert wurden³⁰³, teils kilometerweit vom Ortskern abgelegene Gasthöfe und Pensionen.³⁰⁴ Es liegt nahe, dass damit mögliche Arbeitsplätze schwer erreichbar waren und die Geflüchteten nicht nur mental, sondern auch topographisch von den Einheimischen abgegrenzt wurden. Dabei darf die Verteilung der Geflüchteten in den ersten 1980er Jahren zynisch betrachtet durchaus als ökonomische Förderung für strukturschwache Regionen verstanden werden. Allein 1,1 Milliarden Schilling wurden im Raum Ostösterreich an eben genannte Unterkünfte bezahlt.³⁰⁵ Wirkliche Perspektiven wurden für die geflüchteten Menschen nicht geschaffen. Kritisiert wird einerseits die personelle Qualität und Quantität sowie die hierarchisch gering gestellte Flüchtlingsadministration im Staat.³⁰⁶ Für viele Wirt*innen, insbesondere in wenig urbanen Regionen, stellte die Beherbergung von Flüchtlingen mitunter eine rentable Angelegenheit dar. Eine scheinbar mindere Qualität und Hygiene hinsichtlich der Verpflegung machte sich bemerkbar. In einer Unterkunft traten 160 polnische Flüchtlinge während der Essensausgabe in einen Sitzstreik, weil das Essen „stinke“ und um somit die Behörden auf die „schlechte Qualität des Essens“ sowie auf die „mangelnde Hygiene in der Küche und auf den Toiletten“ aufmerksam zu machen.³⁰⁷ Menschlich nachvollziehbare Ereignisse wie dieser Sitzstreik ermöglichten der ohnehin marginalisierten Gruppe der Geflüchteten nachweislich einen schweren gesellschaftlichen Stand und dienten der Bevölkerung und dem Boulevard als willkommene Darbietung für vermeintlich sozial deviantes Verhalten. Ebenso wurde über

³⁰¹ Vgl. Heiss, Rathkolb, Vorwort, 7.

³⁰² Vgl. Rüdiger Wischenbart, Traiskirchen von innen. Flüchtlingspolitik zu Beginn der 80er Jahre. In: Gernot Heiss, Oliver Rathkolb (Hg.) Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien 1995, 195 – 209, 199.

³⁰³ Vgl. Speckner, Fluchtbewegungen, 207-210.

³⁰⁴ Siehe hierzu die Schriftstücke In; StBKA, VII.1. Länderbox Polen 5.

³⁰⁵ Vgl. Wischenbart, Traiskirchen, 199.

³⁰⁶ Vgl. Ebd., 201.

³⁰⁷ StBKA, VII.1.Länderbox Polen 1, Die Sicherheitsdirektion Niederösterreich berichtet an das BMI, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Protestaktionen polnischer Staatsangehöriger. Gezeichnet Bernkopf. Wien 7.2.1982.

einen Gastwirt berichtet, welcher sich das von Lagerbediensteten ausbezahlte monatliche Taschengeld von 240 Schilling (39,34 €³⁰⁸) bei Nichtanwesenheit eines polnischen Flüchtlings während der Auszahlung für sich behielt.³⁰⁹ Der hier angebrachten Kritik stehen die enorm hohen Ausgaben der Republik Österreich gegenüber, welche zumindest auf die Ambition der Regierung schließen lässt, sich um eine Verbesserung der Situation der geflüchteten Menschen zu bemühen. Pro Person und Tag gab das Innenministerium 175 Schilling (30,56 €³¹⁰) aus. Insgesamt beliefen sich in den letzten Monaten des Jahres 1981 die Kosten für die Flüchtlingsbetreuung auf 100 Millionen Schilling (~ 17,5 Millionen €³¹¹) pro Monat, wobei davon 90% der Ausgaben auf polnische Staatsbürger*innen entfielen.³¹² Mit dem Terminus „politischer Flüchtling“ zeigte sich die polnische Regierung verständlicherweise nicht glücklich. Adamkiewicz, seinerseits polnischer Botschafter in Wien, rechnete mit einer „halben Million Menschen für die keine produktiven Arbeitsmöglichkeiten bestehen“ und folglich ins Ausland reisen wollen. Die Auswanderung wollte die polnische Regierung viel eher geordnet wissen und dachte dabei an ein „Anwerbungsabkommen mit Österreich als Präzedenzfall“. Österreich verwies indes auf die schwierige Arbeitsmarktlage in Österreich.³¹³

Die ebenso neutrale Schweiz reagierte hinsichtlich der Aufnahme von polnischen Flüchtlingen zurückhaltend und abwartend, dies wurde auch in der Schweiz medial breit diskutiert und mitunter kritisiert.³¹⁴ Der Ballhausplatz fühlte sich international im Stich gelassen, zumindest was die quantitative Aufnahmebereitschaft anderer Staaten anbelangt.³¹⁵ Dennoch darf nicht unerwähnt bleiben, dass die USA seiner historischen Tradition als Aufnahmeland ernst nahm, bis Ende Juli 8734 Osteuropaflüchtlingen Asyl gewährte und noch ca. 3.000 im freien Kontingent einplante, wovon ein beträchtlicher Teil dessen polnische Flüchtlinge aus

³⁰⁸Nach heutiger Kaufkraftberechnung. Historischer Währungsrechner der Österreichischen Nationalbank, <https://www.eurologisch.at/docroot/waehrungsrechner> (28.2.2020)

³⁰⁹ Vgl. Wischenbart, Traiskirchen, 202.

³¹⁰ Historischer Währungsrechner (28.2.2020).

³¹¹ Historischer Währungsrechner (5.12.2020).

³¹² Vgl. Graf, Fluchtbewegungen, 127.

³¹³ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1981, GZ. 166.03.00/270-II.3/81, Gespräch mit dem polnischen Botschafter Adamkiewicz am 10.9.1981, genehmigt von Ullmann. Wien, 11.9.1981.

³¹⁴ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/66-II.1/82, gezeichnet Pramberger.

Bern 14.1.1982

³¹⁵ Der Botschafter und Koordinator der US- Flüchtlingsprogramms Eugene Douglas erläuterte dem österreichischen Missionschef: „dass er keineswegs beabsichtige, die österreichische Asylpolitik zu kritisieren. Er glaube aber darauf hinweisen zu müssen, dass Österreich nicht automatisch damit rechnen könne, bei der Bewältigung der daraus resultierenden Probleme von den USA in einem über den vorerwähnten Rahmen hinausgehenden Maße unterstützt zu werden. Es sei selbstverständlich die eigene Entscheidung Österreichs, seine bisherige großzügige Asylpolitik fortzusetzen.“ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.02.40/88-II.1/82, Vertraulich! Gezeichnet Klestil. Washington 14.9.1982.

Österreich waren.³¹⁶ In Relation erschienen die Zahlen hinsichtlich der zu diesem Zeitpunkt über ca. 30.000 polnischen Flüchtlingen in Österreich und der Kapazitäten der USA relativ gering. Traditionelle Aufnahmeländer wie die USA oder Kanada wählten ihre künftigen Immigranten vorwiegend nach beruflichen Kriterien und benötigten Schlüsselqualifikationen aus.³¹⁷ Der Dissens mit den USA wurde nun auch öffentlich ausgetragen. Innenminister Erwin Lanc merkte an:

„Das ist vielleicht auch der Ausdruck des schlechten Gewissens, dass die USA heute zwar mehr für die Rüstung ausgeben als jemals zuvor, gleichzeitig aber die Aufnahmequoten für Flüchtlinge kürzen“³¹⁸.

Die Diskussion fand bald darauf ein Ende, ohne dabei für beide Staaten prägende Auswirkungen für ihre folgenden Beziehungen zueinander bewirkt zu haben.³¹⁹ Österreich wurde im Gespräch mit den USA und zumeist auch mit anderen Staaten nicht müde seine humanistische Grundhaltung zu betonen und erklärte: „dass Österreich den Begriff ‚Flüchtling‘ bei Asylwerbern aus Osteuropa stets großzügig ausgelegt hat und in der Praxis osteuropäische Asylwerber nicht zurückweist“.³²⁰ Die Bemühungen Österreichs über Monate hinweg die polnischen Flüchtlinge in „Einwanderungsländer (vorwiegend USA³²¹, Australien, Kanada³²²)“ zu verteilen, lässt sich wie ein „roter Faden“ durch die bi- und multilateralen Gespräche verfolgen. Fernerhin erfuhren Staaten wie die Niederlande oder Venezuela, welche sich zeitgenössisch wohl nur bedingt als „Einwanderungsländer“ sahen, durch diplomatische Anfragen über Österreichs „Image“ als überfordertes Erstaufnahmeland. Für den UNHCR bestand jedoch vor „Ausrufung des Kriegsrechts kein besonderer Grund, sich näher mit dem Polenproblem zu befassen“³²³. Die Interventionen vollzogen sich aber nicht ausschließlich auf

³¹⁶ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.02.40/84-II.3/82, Polenflüchtlinge. Gezeichnet Klestil. Washington 27.8.1982.

³¹⁷ Ther, Außenseiter, 263.

³¹⁸ Herbert Lackner, Lanc weist US-Kritik an Österreich zurück. In: Arbeiter-Zeitung, 10.9.1982.

³¹⁹ Vgl. Alexander Schröck, Die US-Perzeption Österreichs in der Détente- und Post- Détente-Ära. In: Oliver Rathkolb, Otto M. Maschke, Stefan August Lütgenau (Hg.), Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955 – 1990. Bd 2. Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Wien 2002, 35-86, 55.

³²⁰ Ebd.

³²¹ „Aus unserer Sicht wird es wohl darauf ankommen, dass sich tatsächlich eine große Zahl polnischer Flüchtlinge um die Weiterreise in die Vereinigten Staaten bemüht und dass es bei der Behandlung dieser Anträge zu keinen Verzögerungen kommt“. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.02.40/41-II.3/82, Zl. 90 – RES/82, Aufnahme polnischer Flüchtlinge, Gezeichnet Scherk. Washington 3.2.1982.

³²² „Botschafter Tarter verwies vor dem Polennotstandskomitee des kanadischen Parlaments auf die Leistungen, die Österreich bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme aus Osteuropa seit dem 2. Weltkrieg erbracht hat, und unterstrich die Unmöglichkeit, einen großen Teil der über 30.000 Polenflüchtlinge in Österreich dauernd aufzunehmen.“ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.02.40/62-II.3/82, Mehr Polenflüchtlinge nach Kanada. Gezeichnet Tarter. Ottawa 10.3.1982.

³²³ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1981, GZ. 166.02.40/53-II.3/81, Amtsvermerk. Wien 23.12.1981.

rein diplomatischer Ebene. Den polnischen Bürger*innen wurde eine Weiterreise bzw. Ausreise schmackhaft gemacht:

„Den SV- Werbern, welche von vornherein Österreich als Zielland betrachten, weil sie sich hier eine neue Existenz aufbauen und integrieren wollen, sei von einem hiezu qualifizierten Beamten mitzuteilen, dass die Flüchtlingslager in Österreich überfüllt sind und die Integration wegen der weltweit und daher auch in Österreich spürbaren wirtschaftlichen Rezession sowie Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzbeschaffung auf beträchtliche Schwierigkeiten stößt“³²⁴.

Ein konkretes politisches Ziel der österreichischen Regierung war demnach eine Bewusstseins-schaffung auf europäischer, diplomatischer Ebene sowie ein Appell an flüchtende Polinnen und Polen sich über die enden wollenden Möglichkeiten Österreichs als Aufnahmeland bewusst zu werden. Zudem versuchte die Regierung die eigene Bevölkerung zu beruhigen und dem Spagat zwischen Solidarität und Skepsis gegenüber den Geflüchteten gerecht zu werden.³²⁵ Bereits vor Ausrufung des Kriegsrechts Ende Oktober 1981 befanden sich knapp 22.000 polnische Asylwerber*innen im Land. Damit einhergehend verstärkte sich der besonders im Boulevardbereich vorhandene Druck auf die Regierung.³²⁶ Der zuständige Innenminister Erwin Lanc betonte in einer Presseaussendung gegenüber der „Neuen Kronen-Zeitung“, dem auflagenstärksten und mächtigsten Medium des Landes, dass zwar „keinen Schritt zurück in Richtung einer Absperrung gegenüber den Polen“ gemacht werde, die Regierung sich über Österreich als „kleines Land“ bezüglich der hohen Kosten aber „große Sorgen“ mache. Lanc erläuterte weiter, dass „weder die Gesellschaft noch der Bundeshaushalt ad infinitum belastbar“ seien.³²⁷ Lanc merkte aber auch an, dass es keinen Unterschied mache, ob es politische oder wirtschaftliche Flüchtlinge seien und distanzierte sich damit von der Etikettierung von Geflüchteten.

Aufgrund des zunehmenden innenpolitischen Drucks und der latent ablehnenden Haltung³²⁸ der österreichischen Bevölkerung gegenüber den polnischen Migrant*innen, sah sich Kreisky und

³²⁴ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.02.40/52-II.3/82, Polen: Visum- Anträge freigelassener Internierter. Genehmigt Agstner. Wien 1.3.1982.

³²⁵ BM Pahr: Niemand wird zurückgeschickt. In: Arbeiter-Zeitung, 28.11.1981.

³²⁶ Vgl. Molden, Drehscheibe. 763f.

³²⁷ StBKA, VII.1.Länderbox Polen 6, Presseaussendung des BMI an Kronen-Zeitung. Lanc: Zum Thema Flüchtlinge im Ausschuss für Innere Angelegenheiten. Parlament. Gezeichnet Dr. Drössler, Wien 18.11.1981.

³²⁸ Kreisky stellte in der Ministerratssitzung vom 1. Dezember 1981 fest, „dass über die Polenflüchtlinge in der Bevölkerung ein großer Unwille herrscht und man sich daher überlegen muss, die Visapflicht einzuführen. [...] Kreisky fasste zusammen, dass wo entsprechende notwendige Flüchtlingsaktivitäten wie aus den anderen Oststaaten und auch aus den Judenauswanderungen aus der SU, diese von Österreich erwartet wird, sie weitergegeben wird, aber gegenüber der Polenflut Maßnahmen ergriffen werden müssen“. StBKA, Staribacher-Tagebücher, 1.12.1981.

seine Regierung am 8. Dezember 1981 dazu veranlasst, die vorhandene Visafreiheit zwischen Polen und Österreich bis vorerst 30. Juni 1982 aufzuheben.³²⁹ Die ÖVP goutierte diesen Schritt nicht und empfand diesen im Dezember 1982 bei einem Entschließungsantrag im Parlament „betreffend Aufhebung des österreichischen Visazwangs für polnische Staatsbürger [...] heute immer noch geradezu als eine Schande“³³⁰. Kreisky betonte jedoch stets die großzügige Auslegung hinsichtlich der Visabewilligungen und garantierte die rechtlich verankerte Gewähr, merkte aber an, dass diese stets „großzügig interpretiert“ wurde und die juristisch und humanistisch selbstverständliche Gewährung auf Asyl praktiziert werde.³³¹ Aus österreichischer Perspektive war die unterlassene Solidarität der USA gegenüber Wien bei der Lösung der Flüchtlingsprobleme ausreichend zu helfen unterschiedlich gedeutet worden.³³² Dies führte auch zu innenpolitischen Kontroversen und Kritik von der ÖVP. Die Vorbehalte richteten sich jedoch nicht gegen die USA, sondern gegen Bundeskanzler Kreiskys Politik, weil dieser Washington mehrmals kritisierte. Kreisky missbilligte die Attacken der ÖVP und konterte die seiner Meinung nach polemisierenden Aussagen der Volkspartei. Er sagte dazu: „Wie der Schelm denkt so ist er“ und warf ihr vor das Schicksal der armen Leute mit parteipolitischer Propaganda zu vermischen.³³³

Österreich fand mit seiner Sichtweise, sich mitunter international vernachlässigt zu fühlen, manchmal rhetorischen und mitunter auch konkreten Beistand. So äußerte sich der belgische Abteilungsleiter für Flüchtlingsfragen wenige Tage nach der Ausrufung des Kriegsrechts dahingehend, dass „hinsichtlich der polnischen Flüchtlinge die öffentliche Meinung in den EG-Staaten noch nicht genügend motiviert worden ist“ und die Konzentration sich stets auf die Ereignisse in Polen selbst fixierte.³³⁴ Einige Wochen nach der Ausrufung des Kriegsrechts verstärkte sich das internationale Medieninteresse über die Flüchtlingssituation in Österreich.³³⁵ Für Bundeskanzler Kreisky, wie auch für die anderen diplomatischen und politischen Akteur*innen, war die „inoffizielle Meinung, dass Nahrungsmittel für die Polen nicht so dringend seien“. Die Prioritätensetzung lag in der oben bereits erwähnten ‚Weiterleitung‘, so

³²⁹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.02.40/52-II.3/82, Polen: Visum- Anträge freigelassener Internierter, genehmigt Agstner. Wien 1.3.1982.

³³⁰ Nationalrat XV. GP, Stenographisches Protokoll, 133. Sitzung, 1. Dezember 1981, 13517.

³³¹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/355-II.3/81, ORF-Transkript: Hörfunk-Sonderjournal (9 Uhr) vom 13.12.81: BK Kreisky zur Entwicklung in Polen.

³³² ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/355-II.3/81, Polen; Verhängung des Ausnahmezustandes. Gezeichnet Ullmann. Wien 14.12.1981.

³³³ Kreisky: VP nutzt Polenflüchtlinge für Polemik. In: Arbeiter-Zeitung, 23/24.1.1982.

³³⁴ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1981, GZ. 166.02.40/63-II.1/81, Poln. Flüchtlinge in Österreich, Appell des außenpolitischen Rates vom 17. Dezember. Gezeichnet Magerl. Brüssel 23.12.1981.

³³⁵ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1981, GZ. 166.02.40/62-II.1/81, „NZZ“ v. 23.12.81 zur Flüchtlingsbetreuung. Gezeichnet Pramberger. Bern 23.12.1981.

sei es „vielmehr wichtig, dass die Vereinigten Staaten Österreichs Polenflüchtlinge aufnehmen“.³³⁶

Der Ballhausplatz intervenierte auch auf höchster Ebene. Wien hegte Hoffnungen, „dass der UNHCR in der Lage sein werde, Österreich bei der Bewältigung des Problems der Polenflüchtlinge entscheidend zu helfen“³³⁷. Falls es zu einem weiteren Flüchtlingsstrom aus Polen käme, würde Österreich auf die „Tatsache, dass Österreich keine gemeinsame Grenze zu Polen habe“³³⁸ verweisen. Kreisky wandte sich am 24. Dezember 1981 in einem Schreiben an den UNHCR. Der stellvertretende Hohe Kommissar William Richard Smyser antwortete am 30. Dezember 1981.³³⁹ Darin versprach er die „Zusicherung finanzieller Unterstützung“ sowie eine sehr genaue Beobachtung der Lage. Es werde versucht die entstandene Last aufzuteilen sowie das vorhandene Personal in Wien aufgestockt, um vielleicht mehr als notwendig zu leisten. Neben einigen vagen Bekundungen erklärte Smyser: „I am pleased to inform you that we are requesting various countries to help shoulder this burden by making new resettlement places available for those who seek them“³⁴⁰. Im Jänner 1982 intervenierte der österreichische Vertreter in Genf vor dem Exekutivrat des UNHCR. Wie die Quellenlage zeigt, können der Regierung und der österreichischen Diplomatie mangelnde Tatkraft auf internationalem Parkett hinsichtlich einer Entspannung bei den Flüchtlingsfragen nur schwerlich vorgeworfen werden. Die Aufnahmezahlen anderer Staaten zeigen deutlich, dass diese nach dem vehementen Bemühen der sozialdemokratischen Regierung ihre Quoten erhöhten. Dennoch stieg der innenpolitische Druck auf Kreisky und seine SPÖ Alleinregierung. Im Februar 1982 erkundigten sich Abgeordnete der Opposition in einer Sitzung des Nationalrats bei Bundesminister Pahr, was denn unternommen wurde, „um andere Staaten zu einer vermehrten Aufnahme von Polenflüchtlingen zu bewegen?“³⁴¹ Der Abgeordnete Braun (SPÖ) nutzte durch eine Frage an Pahr die Gelegenheit und betonte „dass man doch wissen muss, dass Österreich schon von seiner Größenordnung her niemals als Aufnahmeland, sondern nur als Erstaufnahmeland in Frage kommt?“. Die vom Abgeordneten Braun vorgebrachte Frage verdeutlichte die Skepsis gegenüber der Anzahl von Flüchtlingen und verdeutlichte demnach, dass diese Stimmung auch in der Regierungspartei vorhanden war. Der Abgeordnete und

³³⁶ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1981, GZ. 166.02.40/54-II.3/81, Zl. 529-K/81, Weihnachtsrede Präsident Reagans; Umleitung staatlicher US- Polenhilfe nach Österreich, genehmigt von Kyrle. Wien, 24.12.1981.

³³⁷ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1981, GZ. 166.02.40/53-II.3/81, Amtsvermerk. Wien 23.12.1981.

³³⁸ Ebd.

³³⁹ StBKA, VII.1.Länderbox Polen 6, GZ. 304.11/2-IV.2/82, UNHCR: Polenflüchtlinge in Österreich; Beantwortung des Schreibens des Herrn Bundeskanzlers. Gezeichnet Hietsch. Wien 11.1.1982.

³⁴⁰ Ebd.

³⁴¹ Nationalrat XV. GP, Stenographisches Protokoll, 105. Sitzung, 18. Feber 1982, 10538 – 10540.

spätere Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager von der Freiheitlichen Partei (FPÖ) argumentierte:

„Bei dem Problemkreis polnischer Flüchtlinge hat man ja Österreich ganz schön im Regen stehenlassen, und zwar nicht nur die traditionellen Einwanderungsländer, sondern auch politisch habe ich den Eindruck, dass sich viele andere, auch westliche und neutrale Staaten die Sache sehr leicht gemacht haben“³⁴².

Ebenso wurde von der ÖVP insistiert, dass der Bundeskanzler seine Auslandsbeziehungen und sein Ansehen im Ausland nutzen solle und nicht den Innenminister auf eine „Goodwill-Tour nach Australien, dann in die Vereinigten Staaten [...] also auf ‚eine Reise, eine Tournee‘ schicken müsse um das Problem zu lösen“³⁴³. Die Quellenlage offenbart die gestiegene Kritik der Opposition an Kreisky als Regierungschef und den vermeintlich mangelnden Kenntnissen der Regierung, wie rasch und in welcher Anzahl die polnischen Flüchtlinge zu verteilen seien. Über die Aufgabe der Regierung, die Flüchtlinge weiterzubewegen, herrschte unter allen Fraktionen mehr oder weniger Konsens. Der mediale Druck gegen die Flüchtlinge, befeuert durch das mobilisierende und reichweitenstarke Boulevard mit der führenden österreichischen Tageszeitung der „Neuen Kronen Zeitung“³⁴⁴, brachte Kreiskys Regierung in innenpolitische Bedrängnis. Der Einfluss dieser Zeitung bei einer Leser*innenschaft von ca. 3 Millionen Menschen bei einer Bevölkerungsanzahl von ca. 7 Millionen³⁴⁵ darf hinsichtlich der öffentlichen Meinung keineswegs unterschätzt werden. Bei Kreisky, bisweilen sogar an seine Privatanschrift adressiert, trafen zahlreiche xenophobe, unerträgliche und erschreckende Briefe ein.³⁴⁶ Zumeist wurden diese Briefe mit ausgeschnittenen, antipolnischen Beiträgen in österreichischen Zeitungen flankiert.³⁴⁷ In der staatlich kontrollierten polnischen Presse wurden die polnischen Flüchtlinge diffamiert und ihnen erwartungsgemäß die Verfolgung aufgrund politischer, religiöser oder anderer Gründe abgesprochen.³⁴⁸ Der KPÖ (Kommunistische Partei

³⁴² Ebd., 10539.

³⁴³ Nationalrat XV. GP, Stenographisches Protokoll, 94. Sitzung, 3. Dezember 1981, 9337.

³⁴⁴ Für einen Wegbegleiter durch das „Österreichische Labyrinth“, inklusive der österreichischen Medienlandschaft, erscheint das zahlreich (neu)aufgelegte Werk von Oliver Rathkolb geradezu prädestiniert. Siehe: Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015, Wien 2015.

³⁴⁵ Vgl. Rathkolb, Ambivalent, 282.

³⁴⁶ Ein kurzer Auszug aus den Briefen an Kreisky: „Deshalb die vielen faulen Polen sofort zurück und 5 Millionen Schilling könnten dem österreichischen Volk sofort zu Gute kommen!“; Oder: „Wohin führt das Herr Bundeskanzler? Mehr Österreich zum Wohle, als ein gutes Image im Ausland!! Sollen die Ausländer wo anderhin [sic] !!“ StBKA, VII.1.Länderbox Polen 5.10.1981.

³⁴⁷ StBKA, VII.1.Länderbox Polen 6, Zeitungsartikel „Polen zetteln Massenrauferei an“. Anonymer Brief an Kreisky: „An s.g. Herrn Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky! Bitte lesen auf Seite 9.Schickt die Polen nach Hause, vielleicht [sic] Spione darunter? Jeder Anständige verlässt seine Heimat nie! Wir Österreicher wollen in Frieden leben! 18.1.1982.“

³⁴⁸ Vgl. Gajdek, Nachbar, 662.

Österreichs) Vorsitzende Franz Muhri war ein beliebter Interviewpartner der polnischen Zeitungen, da sich dieser besonders vehement gegen die Solidarność und die polnischen Flüchtlinge äußerte.³⁴⁹ Realiter entspannte sich die Lage im Laufe des Jahres 1982 langsam und die Zahl der Asylwerber*innen sank Mitte Juni 1982 auf ca. 18.000. Parallel dazu wurden monatlich hunderte Asylanträge von im Land befindlichen Polen und Polinnen gestellt, welche bisher als Tourist*innen in Österreich lebten.³⁵⁰ Insgesamt blieb die ausländische Hilfe, in Anbetracht der massiven Ausgaben Österreichs und der gesammelten Spenden eines österreichischen Nationalkomitees von 40 Millionen Schilling (7 Millionen €³⁵¹), ein „Tropfen auf dem heißen Stein“.³⁵² Österreichs Haltung bei den hier geschilderten polnischen Fluchtbewegungen war demnach nicht mehr mit demselben Wohlwollen der Bevölkerung wie bei den Ungarnflüchtlingen 1956 und den Hilfesuchenden nach dem Prager Frühling 1968 gekennzeichnet. Kreiskys Regierung, welche sich mit der Visaeinführung innenpolitischen Freiraum erspielen wollte, verhielt sich auch in diesem Punkt ambivalent. An der von Beginn an gesamtösterreichischen negativen Grundhaltung³⁵³ trug diese sicherlich ihren Anteil bei. Die hier zitierten Primärquellen belegen aber, dass Österreich im globalen Vergleich mit seiner Haltung keine Ausnahmeerscheinung darstellte. Kreisky praktizierte bei dieser Debatte einen Populismus verdächtigen Kurs. Medial kursierte Umfragen belegten, dass er sich mit seiner Politik auf der Seite der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung befand.³⁵⁴

Die anfängliche und kurze Solidarität mit den polnischen Staatsbürger*innen währte nach Ausrufung des Kriegsrechts nur temporär. Die Regierung unterließ es offiziell mit dem Jaruzelski-Regime noch stärker auf Konfrontationskurs zu gehen und vermehrt Dissidenten*innen aufzunehmen, beherbergte aber eine große Anzahl an Emigrant*innen und gewährte vielen davon Asyl. Jenes zu gewähren bedeutete aber gleichzeitig die Verfolgung der polnischen Flüchtlinge einzugestehen, anzuerkennen und nicht der Semantik des „Wirtschaftsflüchtlings“ zu folgen. Auch diese Sachlage ist Teil der vorhandenen Paradoxien und steht paradigmatisch für den Kurs österreichischer Politik in der „polnischen Krise“. Österreichs Außenminister Willibald Pahr merkte retrospektiv an:

„Die Verpflichtung zum Schutze der Menschenrechte findet in der österreichischen humanitären Außenpolitik sichtbaren Ausdruck. Die Unterstützung zur Lösung humanitärer Härtefälle war ein

³⁴⁹ Vgl. Ebd.

³⁵⁰ Vgl. Graf, Fluchtbewegungen, 133.

³⁵¹ Historischer Währungsrechner (5.12.2020).

³⁵² Graf, Fluchtbewegungen, 134.

³⁵³ Vgl. Ebd., 136.

³⁵⁴ Vgl. Molden, Drehscheibe, 766.

ständiges Anliegen österreichischer Regierungsmitglieder in Gesprächen mit ausländischen Partnern, insbesondere aus den Warschauer-Pakt Staaten. [...] Die Aufnahme von politischen Flüchtlingen, insbesondere im Gefolge der Situation in der ČSSR und in Polen, war für Österreich, so wie schon in der Vergangenheit, eine Selbstverständlichkeit“³⁵⁵.

Österreich scheute in solchen Fällen nicht vor Konflikten mit der polnischen Regierung zurück. Als sich Vize-Außenminister Olechowski nahezu weigerte einen Brief von Kreisky³⁵⁶ mit humanitären Härtefällen anzunehmen, konterte Botschafter Wotava. Er betonte, dass es für den Kanzler auch schwierig wäre die westlichen Staaten von der Sinnlosigkeit der wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen zu überzeugen, wenn nicht einmal Kreisky mit der polnischen Regierung über humanitäre Anliegen korrespondieren könne. Österreich pochte auf die Lösung ebensolcher Fälle, etwaiger Familienzusammenführungen und berief sich auf die Einhaltung der KSZE Schlussakte.³⁵⁷ Noch in der zweiten Hälfte des Jahres 1983 war ein „starker Anstieg der polnischen Sichtvermerkswerber sowie der polnischen Asylwerber in Österreich zu verzeichnen“³⁵⁸. Es dauerte bis 1988, ehe das Abkommen über die Visafreiheit wieder zur Geltung kam.³⁵⁹

Wolfgang Petritsch, hochrangiger Diplomat und Bruno Kreiskys Sekretär von 1977 bis 1983, sah Kreiskys „ambivalente Reaktionen auf die polnische Krise“ als Bezugspunkt zu „den erst nach dem Ende des Kalten Krieges voll einsetzenden kontroversiellen Diskurs über Asyl und Migration“³⁶⁰. Für Oliver Rathkolb waren diese Flüchtlingsbewegungen ein Beweis, dass außenpolitische Freiräume auch bei Kleinstaaten primär von innenpolitischen Konstellationen abhängen und sich dies besonders bei den hier stattgefundenen verschlechterten sozioökonomischen Rahmenbedingungen verdeutlichte.³⁶¹

³⁵⁵ Willibald Pahr, Österreich, 5-10.

³⁵⁶ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1982, GZ. 166.03.00/245-II.3/82, Schreiben von Bundeskanzler Dr. Kreisky als SPÖ-Vorsitzendem an Ministerpräsident Jaruzelski. Wotava an Außenamt Wien. Warschau März 1982.

³⁵⁷ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1982, GZ. 166.03.00/248-II.3/82, Wotava an Außenamt Wien. Warschau März 1982.

³⁵⁸ Außenpolitischer Bericht 1983, Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten. Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (Hg.), Wien 1983, 454.

³⁵⁹ Vgl. Maximilian Graf, Peter Ruggenthaler, Polnisch-österreichische Beziehungen im Kalten Krieg. In: Agnieszka Kisztelińska-Węgrzyńska (Hg.) Österreich im polnischen öffentlichen Diskurs nach 1945, Krakau 2016, 31–66, 58.

³⁶⁰ Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. St. Pölten 2010, 306.

³⁶¹ Vgl. Oliver Rathkolb, Internationalisierung Österreichs, 64.

7 Österreichische Außenpolitik 1980 bis zum 12. Dezember 1981

In den Kapiteln 7 und 8 soll u.a. mit Hilfe eines Quellenkorpus bestehend aus Akten des österreichischen Außenministeriums sowie jenen Quellen des StBKA die österreichische Reaktion und Einschätzung zur Entstehung der Solidarność bis hin zur Ausrufung und Aufhebung des Kriegsrechts nachgezeichnet werden. Die hier vorliegenden Akten des österreichischen Außenministeriums befinden sich im Österreichischen Staatsarchiv/Archiv der Republik in Wien. Diese enthalten neben vereinzelt Medienauszügen zudem ministeriums- und ressortübergreifende Korrespondenzen, welche sofern sie Relevanz für das Ministerium hatten und einen Bezug zu Polen darstellten, Eingang im Außenministerium fanden. Den wichtigsten und aufschlussreichsten Part der Quellen stellen die Einschätzungen der ausländischen Vertretungsbehörde in Warschau dar. Einen sehr guten Einblick in die internationalen Zusammenhänge bieten die Runderlässe an alle österreichischen Berufsvertretungsbehörden im Ausland, welche oftmals mit Einschätzungen aus den jeweiligen Staaten antworteten.

7.1 Österreich und die Anfänge der „polnischen Krise“ im Jahre 1980

Der in Kapitel 5 skizzierte Besuch von Bruno Kreisky im November 1979 in Polen verstärkte die wirtschaftlich enge Verknüpfung in Form von Krediten an Polen als „Dank“ für die versprochenen steigenden Kohlelieferungen nach Österreich. Dieser Besuch stand im Zeichen einer Bestandsaufnahme der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie der Erörterungen einer "intensiveren Zusammenarbeit vor allem im Bereich der Energiewirtschaft".³⁶² Polen stellte auf Grund der österreichischen Liefergesuche „erhebliche Finanzierungswünsche“. Die Verhandlungen für die Kohlekreditverträge in Höhe von 300 Mio. US\$ waren im Mai 1980 noch fluide.³⁶³ Kreiskys Vertrauen in die polnische Zahlungs- und Liefermoral schien trotz steigender Skepsis in seinem politischen und diplomatischen Umfeld fast grenzenlos. Kreiskys Geschäftsgebarung in Form von vergebenen Krediten im Austausch für eine beständige Energieversorgung blieb auch den Medien nicht verborgen und führte zu kritischen Stimmen.³⁶⁴

³⁶² ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1980, GZ. 166.02.01/33-II.3/80, Österreichisch-polnische Beziehungen: Kurzinformation des Herrn Bundespräsidenten aus Anlass der Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch Botschafter Franciszek Adamkiewicz. Gezeichnet Ullmann. Wien 14.5.1980.

³⁶³Ebd.

³⁶⁴ Ein herzlicher Dank ergeht erneut an Maximilian Graf für die Überlassung des Manuskripts. Maximilian Graf, Österreich und die „polnische Krise“ im Kontext 1980–1983. In: Peter Ruggenthaler, Wanda Jarzabek (Hg.),

Finanzminister Androsch wies im Juni 1980 bei einer Ministerratsvorbesprechung ausdrücklich auf die bereits fehlenden Kompensationslieferungen hin und war der Meinung, dass Polen diese Kredite scheinbar nur für das Füllen ihrer Zahlungsbilanzlöcher benötige.³⁶⁵ Kreisky schien auf die UdSSR als Bürge im Falle eines Ausfalls der Zahlungen zu vertrauen.³⁶⁶ Damit erlag Kreisky einer eklatanten Fehleinschätzung³⁶⁷ der Situation. Die Verträge, so der polnische Wunsch, wurden bereits bei dem geplanten Besuch des neuen Ministerpräsidenten Edward Babiuch Ende Juni 1980 unterzeichnet.³⁶⁸ Von polnischer Seite war ein gewisser Druck hinsichtlich der raschen Unterzeichnung des Kohlekreditvertrages erkennbar.³⁶⁹ Österreich war zu diesem Zeitpunkt mit 25 Milliarden Schilling Gesamtbligo bereits der drittgrößte offizielle Kreditgeber Polens, zwar hinter Frankreich und Großbritannien, aber vor Deutschland. Polen stellte für Österreich mit 16% Gesamtaushaftungsstand das größte Landeseinzelrisiko dar.³⁷⁰ Die Auslandsverschuldung Polens belief sich die im Jahre 1978 auf 18,5 Milliarden US-Dollar, 1980 betrug sie bereits 25 Milliarden US-Dollar.³⁷¹ Österreichs Botschafter Zanetti ging trotz der gravierenden ökonomisch-negativen Entwicklungstendenzen noch im Jahre 1979 von stabilen Verhältnissen aus, wenngleich ihm die historischen Parallelen zwischen vergangener polnischer Krisen und der schlechten Versorgungslage der Bevölkerung bewusst war.³⁷²

7.2 Österreichische Reaktionen auf die Entstehung der Solidarność

Kreisky ging noch in seinem 1978 publizierten Gespräch mit Marc Lucbert davon aus, dass „Liberalisierungstendenzen scheitern werden, solange nicht in dem mächtigen Zentralstaat (Sowjetunion- Anmerkung C.B.) selbst dieser Prozess in Gang kommt und sich gegen den

Österreich – Polen. Stationen gemeinsamer Geschichte im 20. Jahrhundert, Graz (Leykam) 2020 im Druck, 9. Anmerkung: Die Seitenanzahl bezieht sich ausschließlich auf das Beitragsmanuskript.

³⁶⁵ StBKA, Staribacher-Tagebücher, 24.6.1980.

³⁶⁶ Ebd.

³⁶⁷ Als die baldige Insolvenz Polens immer deutlicher wurde, war Kreisky geschockt. Siehe: Maximilian Graf, *European Détente and the CSCE. Austria and the East-Central European Theatre in the 1970s and 1980s*. In: Nicolas Badalassi, Sarah B. Snyder (Hg.), *The CSZE And The End of The Cold War. Diplomacy, Societies and Human Rights, 1972 – 1990*, New York/Oxford 2019, 249-274, 255.

³⁶⁸ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1980, GZ. 166.18.04/26-II.3/80, Offizieller Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Edward Babiuch in Österreich (25. und 26. Juni 1980); Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt am 25. Juni 1980: Résuméprotokoll. Gezeichnet Ullmann. Wien 30.6.1980.

³⁶⁹ StBKA, Staribacher-Tagebücher, 19.6.1980.

³⁷⁰ StBKA, VII.1. Länderbox Polen 3, Information für Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky, Betrifft: Polenbesuch – Finanzierungsprobleme, Bundesministerium für Finanzen, Wien 23.11.1979.

³⁷¹ Vgl. Borodziej, *Geschichte Polens*, 359.

³⁷² Vgl. Maximilian Graf, *Österreich und die „polnische Krise“ im Kontext 1980–1983*, 3.

Machtapparat wendet“³⁷³. Bereits diese Aussage von Kreisky verdeutlichte seine Skepsis gegenüber möglichen Erfolgsaussichten eines Wandels, ausgelöst durch Proteste einer Bevölkerung oder der Regierung eines „Warschauer Pakt“ Staates. In seinem mallorcinischen Sommerdomizil im August 1980 merkte Kreisky im Gespräch mit einer Journalistin der New York Times an: „dass die gesamte polnische Bevölkerung bereit sei für ihre Interessen zu kämpfen und ein echter Wandel aufgrund der fehlenden Dynamik nicht nur durch eine „intellektuelle Bewegung“ geschehen kann“.³⁷⁴ In der zweiten Augushälfte äußerte sich Kreisky dazu noch konkreter und solidarischer: „Wo immer Arbeiter und Angestellte, es handelt sich hier um Arbeiter und Angestellte, einen Kampf dieser Art führen, muss die sozialistische, demokratische sozialistische Bewegung auf der Seite derjenigen stehen die diesen Kampf führen“³⁷⁵. Wenige Wochen später legte Kreisky großen Wert auf die Fortsetzung der Entspannungspolitik und warnte beide Seiten des Kalten Kriegs vor einem möglichen Truppeneinmarsch oder eventueller Einmischung in Polen.³⁷⁶ Bald darauf zeigte sich das Grunddilemma vieler westlicher Regierungen und Gewerkschaften, besonders jene der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen, wie denn auf die weiteren Entwicklungen zu reagieren sei. Der starke Katholizismus innerhalb der Solidarność und seine Nähe zu katholischen, westlichen Gewerkschaften und Intellektuellen, trug an den nicht immer friktionsfreien Meinungen innerhalb der SPÖ und der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter (FSG) über die polnische Gewerkschaftsbewegung seinen Anteil. Ein Grund dafür vermochte die seit des austrofaschistischen und klerikalen Dollfuß-Schuschnigg-Regimes der 1930er-Jahre vorhandene große Abneigung gegenüber dem Katholizismus innerhalb der Sozialist*innen gewesen sein. Auf europäischer Ebene traf dies im Besonderen auf die stark antikatholisch ausgerichteten, linken Gewerkschaften in Frankreich und Italien zu.³⁷⁷ In Österreich zeigte sich zwar der gesamte Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB), verstärkt nach Ausrufung des Kriegsrechts, solidarisch mit den polnischen Gewerkschaftern.³⁷⁸ Dennoch blieb es aber den Gewerkschaftern der Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG) ein wohl höheres Bestreben bereits einige Tage nach dem Beginn der großen Streiks mit hoher Öffentlichkeitswirksamkeit und selbstbewusstem Aktionismus auf Lech Wałęsa und seine Unterstützer zu treffen. Die Vertreter der FCG, unter dem aufstrebenden Bundessekretär

³⁷³ Vgl. Kreisky, Die Zeit, 108.

³⁷⁴ Flora Lewis, Foreign Affairs a Fateful. In: New York Times, 26.8.1980.

³⁷⁵ ORF, Multimediales Archiv, Wochenschau, Beitragstitel: „Polen: Streik der Arbeiter“, 24.8. 1980.

³⁷⁶ Kreisky: Keine Einmischung in Polen. In: Arbeiter-Zeitung, 22.9.1980.

³⁷⁷ Stefan Berger, Solidarność, Western Solidarity and Détente. A Transnational Approach. In: European Review 16 (2008) 1, 75–84, 76.

³⁷⁸ StBKA, VII.1.Länderbox Polen 1, ÖGB-Pressedienst, Solidarität mit polnischen Gewerkschaftern, Wien 30.1.1982.

Günther Engelmayer, überreichten dem polnischen Streikführer ökonomische Zuwendungen, welcher mit „Geldbündel im Wert von 150.000 Schilling (~ 26.000 €³⁷⁹) den Arbeiter*innen zuwinkte“.³⁸⁰ Das österreichische Außenministerium legte jedoch höchsten Wert darauf, dass dieser Besuch eine autonome gewerkschaftliche Angelegenheit bleibe und „jegliche Einschaltung der österreichische Botschaft Warschau im Zusammenhang mit der Durchführung des Geldtransfers bzw. der Spendenübergabe ausgeschlossen erscheint“³⁸¹. Zu der Geldübergabe seitens des FCG gab es auch von der ÖGB Führung keinen offiziellen Auftrag. Im internationalen Kontext war der ÖGB mit seiner zurückhaltenden Einstellung jedenfalls kein Sonderfall. In Spanien reagierten die wichtigsten Gewerkschaften stark unterkühlt auf die Emergenz der Solidarność.³⁸² Als Desinteresse lassen sich die Reaktionen unzähliger Gewerkschaften in der Schweiz, Dänemark und den Niederlanden kategorisieren und subsumieren.³⁸³ Die Rolle des ÖGB darf keineswegs unterschätzt werden. Jener galt und gilt als einer der vier wirkmächtigen Sozialpartner und ist damit ein entscheidender Faktor zur innenpolitischen Konsensfindung in Österreich. Anton Benya³⁸⁴, Präsident des ÖGB von 1963 – 1987 und mehr als drei Jahrzehnte Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat (SPÖ) misstraute der Solidarność und betrachtete sie eher als politische Bewegung, denn als Gewerkschaft.³⁸⁵ Zur geistigen Provenienz der Solidarność merkt Claudia Kraft treffend an:

„Die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität“ war eben nicht nur eine freiheitliche, auf europäische demokratische Traditionen ausgerichtete Oppositionsbewegung, sondern bezog ebenso viel Legitimität aus ihrer Stilisierung als Verfechterin einer kulturell und häufig auch eng national verstandenen polnischen Identität, die sich gegen die als fremd verstandene Herrschaft der Staatspartei richtete“³⁸⁶.

Bei einem Treffen des polnischen Außenministers Jozef Czyrek und seinem Amtskollegen Pahr in New York war es Czyrek ein zentrales Anliegen zu betonen, dass „Polen nicht Objekt von Einmischungen auswärtige Mächte werden dürfte und es seine Probleme selber und alleine

³⁷⁹ Historischer Währungsrechner, (5.12.2020).

³⁸⁰ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1980, 166.03.00/30-II.3/80, Streikbewegung in Polen: Reise einer Delegation der Christlichen Fraktion des ÖGB nach Danzig zwecks Übergabe einer Geldspende. Gezeichnet Standenat. Wien 27.8.1980; Hannes Schopf, Nicht herausreißen, sondern mitreißen! In: Die Furche, 10.9.1980.

³⁸¹ Österreichs Solidarität als internationales Vorbild. In: Die Furche, 10.9.1980.

³⁸² Vgl. Berger, Western Solidarity, 75.

³⁸³ Ebd., 76.

³⁸⁴ Siehe: Liselotte Douschan, Anton Benya. Österreichischer Gewerkschafts- und Nationalratspräsident, Wien/Köln 2011.

³⁸⁵ Oliver Rathkolb, Ambivalent, 269.

³⁸⁶ Claudia Kraft, Katrin Steffen, Europas Platz in Polen. In: Claudia Kraft, Katrin Steffen (Hg.), Europas Platz in Polen. Polnische Europa- Konzeptionen vom Mittelalter bis zum EU- Beitritt, Osnabrück 2007, 7-30, 24.

lösen müsse“³⁸⁷. Diese in wiederkehrenden Intervallen und unterschiedlichen Formulierungen getätigten Äußerungen verloren bis zum Ende des Kriegsrechts nichts an ihrer Redundanz.³⁸⁸

7.3 Dissonanzen im bilateralen Außenhandel

Die polnische Regierung sorgte sich um dessen Außenwirkung und hoffte zugleich, dass seine innenpolitischen Probleme nicht die internationale Lage weiter verschärfen und den Madrider KSZE Prozess erschweren würde. Zugleich warnte Warschau regelmäßig vor einer „Internationalisierung“ der polnischen Probleme und betonte, dass die Einflussnahme auf die Ereignisse in Polen „innenpolitische Folgen“ für Polen, aber auch „für seine Nachbarn“ nach sich ziehen würde.³⁸⁹ Bei einem privaten Besuch von Bundesminister Pahr in Warschau im März 1981 traf dieser den polnischen Außenminister Czyrek und erhielt anhand seiner Ausführungen einen äußerst negativen Gesamteindruck „der auch unter Hinweis auf die Wirtschaftslagen in Polen katastrophale Zeiten voraussagte“³⁹⁰. Auch Kreisky musste wohl langsam erkennen, dass die vereinbarten Kohleverträge und die darauf beruhenden Lieferungen für Österreich nicht mehr haltbar waren. Das Problem der Kohleförderung für die Befriedigung innerpolnischer Notwendigkeiten schien derart gravierend zu sein, dass sich die Regierung veranlasst sah den Entwicklungen steuernd entgegen zu wirken. Angesichts täglicher Produktionsrückgänge sprach der Vorsitzende des Antikrisenstabs der Regierung, Vizepremier Obodowksi, über die „Frage von Sein oder Nichtsein für die polnische Wirtschaft“³⁹¹. Die Probleme bei der Kohleförderung waren nicht die einzigen desaströsen ökonomischen Auswüchse, mit denen das Land kämpfen musste. Im August 1981 brachte Zanetti die Misswirtschaft anhand „einiger Episoden aus dem bilateralen Bereich“ treffend auf den Punkt. Die Bauwirtschaft arbeite zwar nach „westlichen ‚Akkord‘ -Methoden, [...] mangelnde

³⁸⁷ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1980, GZ: 166.18.09/1-II-3/80, Einladung des Außenministers der Volksrepublik Polen, Jozef Czyrek, zu einem Besuch nach Österreich. gefertigt Ullmann. Wien 27.10.1980.

³⁸⁸ Als ein Beispiel von vielen: Der polnische Handelsminister Nestorowicz meinte zwar, „dass Österreich kraft Überzeugung die Vorgänge nichtbilligen könne, aber niemand hat ein Recht, Richter über andere Staaten zu sein“. StBKA, Staribacher-Tagebücher, 17.2.1982.

³⁸⁹ „Jetzt sei es der größte Wunsch Polens, dass man nicht von ihm spräche – was erfreulicherweise in Madrid gelang, nicht jedoch in New York“. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, Konvolut „RES Berichte“ 1981, Zl. 450 – Res/81, Offizieller Besuch des polnischen Außenministers in Österreich – politische Probleme, Warschau 14.10.1981.

³⁹⁰ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, Zl. 109-Res/81, Streng Vertraulich!!! Privatbesuch des Herrn Bundesministers in Warschau, gefertigt Zanetti. Warschau 9.3.1981.

³⁹¹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, Zl. 356-Res/81, Probleme der polnischen Kohle- und Energieproduktion, Sitzung des Antikrisenstabes der Regierung am 14.8.1981. Gezeichnet Zanetti. 18.8.1981.

Organisation und der derzeitige Mangel an Baumaterial bringen die Leistung leider wieder ins polnische Lot“. Hinsichtlich der Industrie schilderte Zanetti:

„VÖEST lieferte eine Melaminanlage. Die Auflage, dass nur ungefärbte Säcke für die Abfüllung verwendet werden dürfen, wird bei der Erstproduktion glatt übersehen. Das von Steyr für Millionen verkaufte Know-how für einen Lastwagenmotor wurde nie genutzt. [...] Für den Steyr-Mannlicherstutzen (Repetiergewehr - Anmerkung C.B.) sollten nach großzügiger Know-How-Zurverfügungstellung in Radom Einzelteile für die österreichische Zentrale geliefert werden. Glaublich kam nie ein brauchbarer Teil, doch das Objekt kostete Polen Millionen - ohne dass Österreich davon mit einem Groschen profitierte.“³⁹².

Bereits hier musste für Bundesminister Pahr und folglich auch für Kreisky die Rückzahlung der polnischen Kredite in Form von Gegengeschäften utopisch wirken.

Kreiskys Aussagen in einer Rede im Herbst 1981 anlässlich der bevorstehenden VÖEST (Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke) - Betriebsratswahl sorgten für Kritik und Unmut in der ÖVP und der FCG. In seiner Ansprache betonte Kreisky als Vorsitzender einer großen Arbeiterpartei gegenüber den polnischen Arbeitern, dass sie auch jenen Arbeitern gegenüber Verpflichtungen haben, die bereit waren Kredite zu geben. Im Wortlaut klang das wie folgt: „Man müsse doch erwarten, dass Polen seine Verpflichtungen einhält, auch das ist Solidarität“³⁹³. Damit implizierte Kreisky das wohl die polnischen Arbeiter*innen an den mangelnden Kohlelieferungen schuld seien. Die der katholischen Kirche geistig nahestehende Wochenzeitung „Die Furche“ brachte auf ihrer Titelseite eine Karikatur von Dieter Zehentmayer mit dem Namen „Falscher Adressat“. Darin zeigte Kreisky einem bei der Kohlehandlung „Giereks Erben Kania & Jaruzelski Warschau“ angeketteten Esel in Form der Solidarność erzürnt die Kohleverträge.³⁹⁴ Die Opposition war der Ansicht, dass Kreisky seine Botschaft nicht an die polnischen Arbeiter, sondern an die polnische Regierung richten müsse. Zur selben Meinung gelangten Funktionäre der Solidarność, welche sich „erschüttert über die Äußerungen von Kanzler Kreisky“ zeigten.³⁹⁵ Die polnischen Funktionäre warfen Kreisky eine Unkenntnis der Situation vor und meinten, dass die Einhaltung der Verträge zwar beabsichtigt

³⁹² ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1981, GZ. 166.03.00/252-II.3/81, Zl. 5-Pol/81, Ein Jahr nach Ausbruch der Krise - Hintergründe und Stand. Zanetti an BM Pahr. Warschau 11.8.1981.

³⁹³ "Kreisky erinnert polnische Arbeiter an Kohleverträge". In: Arbeiter-Zeitung, 19.9.1981.

³⁹⁴ Die Furche, Nr. 38, Jg. 37, 23.9.1981.

³⁹⁵ StBKA, VII.1.Länderbox Polen 5, Bericht über eine Aussprache mit Funktionären der Solidarność aus den schlesischen Bergbaugebieten am 26.9.1981 in Danzig. Günther Engelmayer. 2.10.1981

werde, die Regierung aber Verträge abgeschlossen habe, die nicht einhaltbar sind.³⁹⁶ Die VÖEST war einer der Hauptabnehmer der polnischen Kohle, welche wesentlich günstiger als z.B. die westeuropäische Kohle auf dem Weltmarkt erhältlich war. Zudem war die bereits erodierende verstaatlichte österreichische Eisen- und Stahlindustrie ein Garant für Kreiskys postulierte Vollbeschäftigung. Kreisky sorgte sich bereits in den 1970er Jahren um die problematische Energiethematik. Für ihn und viele andere Politiker*innen war es das „zentrale Problem Europas“.³⁹⁷ Die zweite Ölpreiskrise 1979 zeigte auch in Österreich seine nachhaltige Wirkung und verstärkte die erstmalig seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Österreich einsetzende wirtschaftliche Stagnation, wachsende Arbeitslosigkeit sowie eine steigende Staatsverschuldung. Die Prognosen für Österreichs Arbeitslosenzahlen in den Jahren 1982 und 1983, wenige Tage nach Ausbruch der „polnischen Krise“ durch die Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und dem Institut für Höhere Studien veröffentlicht, waren düster und drohten demnach auf 2,8 bis 3% zu steigen.³⁹⁸ Mit dem Druck, den Kreisky hier auf Polen und die polnischen Arbeiter*innen ausüben wollte, blieb er allerdings nicht allein. Auch Italien übte aufgrund der eigenen wirtschaftlich engen Verflechtungen zu Polen starken Druck aus.³⁹⁹ Die Beobachter*innen irritierte wohl eher der Umstand, dass ein Arbeiter*innenführer andere Arbeiter*innen dazu aufrief, während eines Kampfes einer Gewerkschaft die Durchführung ihrer Arbeitstätigkeit wieder aufzunehmen. Kreiskys wenig sensible Kritik an den polnischen Arbeiter*innen trug ihren Anteil an dem zumindest paradoxen Verhalten der österreichischen Außenpolitik. Nach den zahlreichen Vorwürfen an Kreisky ging dieser in seinem Pressefoyer nach dem Ministerrat auf die erhobenen Vorwürfe ein. In schulmeisternder Manier formulierte Kreisky in Richtung seiner Kritiker: „Diejenigen, die das kritisieren, beweisen wieder einmal wie falsch sie liegen“⁴⁰⁰. Sein Appell sei differenzierter gewesen und eine Mahnung an die Arbeiter, das zweite Ziel einer funktionierenden Wirtschaft nicht aus den Augen zu verlieren. Kreisky glaubte an sein „hohes Vertrauen“, welches er laut eigener Aussagen bei den europäischen Arbeitern genoss.⁴⁰¹ Bundeskanzler Kreisky sorgte sich

³⁹⁶ Ebd.

³⁹⁷ Vgl. Kreisky, Die Zeit, 110.

³⁹⁸ Österreichische Mediathek, Mittagsjournal, 22.12.1981, Sign. JM-811222_k02, WIFO und Institut für Höhere Studien: Prognose 1982 - Arbeitsmarktprognosen, Arbeitslosenrate um 3%. Sign. <https://www.mediathek.at/atom/09980917-0E8-0000B-00000D40-09977FD1> (22.7.2020).

³⁹⁹ Vgl. Gregory F. Domber, Transatlantic Relations, Human Rights, and Power Politics. In: Poul Villaume, Odd Arne Westad (Hg.) Perforating the Iron Curtain. European détente, transatlantic relations and the Cold War. 1965-1985, Kopenhagen 2010, 195 – 214, 197.

⁴⁰⁰ Österreichische Mediathek, Mittagsjournal, 22.9.1981, Sign. JM-810922_k02, Foyer nach Ministerrat, Bundeskanzler Kreisky verteidigt seine Polen-Äußerungen vor den VÖEST-Arbeitern. <https://www.mediathek.at/atom/09722637-0B1-001C2-00000E8C-09714453> (6.7.2020).

⁴⁰¹ Ebd.

um die wirtschaftliche Entwicklung Polens, ohne seiner Ansicht nach dabei die Relevanz zur Verbesserung der Situation für die polnischen Arbeiter*innen aus den Augen zu verlieren. Wie bei manch anderen Ereignissen im Kalten Krieg ließ Kreisky in dieser Causa, wie z.B. in der Berlinkrise⁴⁰², ein feineres „Gespür“ für die situationsbedingten „Wahrnehmungsunterschiede“⁴⁰³ vermissen. Zu einer anderen Ansicht, als die der polnischen Gewerkschaftsfunktionäre⁴⁰⁴, gelangte der österreichische Botschafter in Warschau.⁴⁰⁵ Die "derartige Unzufriedenheit" senkte die an sich nicht hohe Produktivität des Einzelnen weiter ab und führte fortschreitend zur Destruktion der Wirtschaft. Dies war weit mehr als ein offenes Geheimnis für die österreichische Vertretungsbehörde und die polnische Bevölkerung.⁴⁰⁶

⁴⁰² Vgl. Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik, 193.

⁴⁰³ Vgl. Ebd.; StBKA, VII.1.Länderbox Polen. Gezeichnet Günther Engelmayer. 2.10.1981. Bericht über eine Aussprache mit Funktionären der Solidarność aus den schlesischen Bergbaugebieten am 26.9.1981 in Danzig: Polnische Funktionäre zu den Äußerungen Kreiskys: „Ich möchte den Gewerkschaftern danken, die diese Aussage von Kanzler Kreisky kritisiert haben, denn das war beleidigend für den polnischen Bergmann, denn Kreisky hat so getan, als würde der polnische Bergmann unter Tag liegen und kein Stück Kohle heraufholen.“ ... Wir lieben unser Vaterland und wir wollen die Verträge einhalten. Wir wissen, dass es sonst zum Schaden der österreichischen Industrie wäre. Aber in unseren Verhältnissen kann man die wirtschaftliche Lage von der politischen nicht trennen“. StBKA, VII.1.Länderbox Polen. Gezeichnet Günther Engelmayer. 2.10.1981.

⁴⁰⁴ Ebd.

⁴⁰⁵ Demnach fehlte "es an dem ernsthaften Willen für eine opferbereite Arbeit. Weder ihre eigene Not, noch Regierung, " Solidarität" oder Kirche konnten die Menschen bisher dazu motivieren... Wie es weitergehen soll, weiß so richtig niemand, und jeder meint eher, dass *der andere* einmal zu arbeiten beginnen sollte“. (Hervorhebung im Original). ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1981, Zl. 471-RES/81, Zur innenpolitischen Lage. Gezeichnet Zanetti. Warschau 27.10.1981.

⁴⁰⁶ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, Zl. 519-Res/81, Obmann der PAX-Bewegung Ryszard Reiff, zur Lage in Polen. Gezeichnet Zanetti. 5.11.1981.

8 Österreichs politische Reaktionen nach dem 13. Dezember 1981

Nach der Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 äußerte Kreisky im Hörfunk, er könne sich vorstellen, „dass hier ein letzter großer Versuch gemacht wird, hier das Ärgste zu verhindern“. Statt einer Verurteilung des Kriegsrechts sah er es „vielleicht als Anlass, dass die einander widerstrebenden Kräfte doch wieder zu Gesprächen finden, um die Dinge in Ordnung zu bringen“.⁴⁰⁷ In der Terminologie des Außenministeriums handelte es sich dagegen vielmehr um einen Ausnahmezustand.⁴⁰⁸ Die mediale Aufmerksamkeit in Österreich hinsichtlich der Ereignisse in Polen war enorm.⁴⁰⁹ Die Fokussierung auf außenpolitische Ereignisse jenseits des „Eisernen Vorhang“ schien nicht bei allen auf Wohlwollen zu stoßen. So manche Österreicher*innen waren der Meinung, „dass in diesen Tagen zu viel über Polen und die Verhängung des Kriegsrechts berichtet wird“, wie die, wenn auch nicht repräsentativen, protokollierten Anrufe beim ORF zeigten. Einige Hörer*innen plädierten dafür „sogar jetzt“ mit der Berichterstattung aufzuhören. Der Ö1 Moderator nahm die Anrufe zum Anlass, einige der getätigten Äußerungen wörtlich zu zitieren: „Die Polen sollen arbeiten, dann haben sie keine Probleme“, oder „Was brauchen wir die Polen? - Die fressen unsere Steuern und wollen jetzt bei uns auch noch demonstrieren“⁴¹⁰. Doch es blieben nicht die einzigen Stimmen der Zivilbevölkerung in Österreich. Unmittelbar nach den Geschehnissen in Polen fanden zahlreiche Solidaritätskundgebungen statt. Die Organisator*innen kamen entweder aus dem studentischen Umfeld, der Katholischen Hochschulgemeinde oder waren polnische Exilant*innen in Österreich.⁴¹¹ Die „Junge Generation“ der SPÖ organisierte ebenso eine Demonstration und artikulierte ihren Unmut über die mangelnde Solidarität des ÖGB.⁴¹²

⁴⁰⁷ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/355-II.3/81, ORF-Transkript: Hörfunk-Sonderjournal (9 Uhr) vom 13.12.81: BK Kreisky zur Entwicklung in Polen.

⁴⁰⁸ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/237-II.3/82, Runderlass an alle Berufsvertretungsbehörden im Ausland. Informationen zur Lage in Polen und Information über die Haltung Österreichs zur Sanktionsfrage. Wien 12.3.1982.

⁴⁰⁹ Die Ö1 Journale fokussierten ihren Schwerpunkt auf die „polnische Krise“. Die Arbeiter-Zeitung vom 14.12.1981 berichtete die ersten drei Seiten fast zur Gänze über Polen.

⁴¹⁰ Österreichische Mediathek, Mittagsjournal, 15.12.1981, JM-811215_k02, <https://www.mediathek.at/atom/0996E50F-3D4-0003C-00000164-09962E53> (22.7.2020).

⁴¹¹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/492-II.3/81, Polen- Solidaritätskundgebungen, Demonstration am 23.12.1981 in Mürzzuschlag. Gezeichnet Knechtsberger. Wien 24.12.1981. Siehe auch: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/461-II.3/81, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/445-II.3/81,

⁴¹² Im Flugblatt "Solidarität mit Solidarność" für die Demonstration kritisierten die Jungsozialisten darin die Zurückhaltung des ÖGB seit der Entstehung der Solidarność und vermissten "praktische und wirksame Schritte". Ebenso forderten sie die "sofortige Aufhebung der Visapflicht durch den Innenminister". ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/460-II.3/81, Polen-Solidaritäts-Kundgebungen; Demonstration der " Jungen Generation der SPÖ" am 16.12.1981, in der Zeit von 16:30 bis 18:30 Uhr, in der Grazer Innenstadt. Gezeichnet Bernkopf. 16.12.1981.

Während die Demonstrationen in Wien und manchen Landeshauptstädten⁴¹³ unauffällig, friedlich und mit überschaubaren Teilnehmer*innenzahlen verliefen, erreichte eine Kundgebung besondere Aufmerksamkeit. Zwar wurde die Veranstalterin seitens der Bundespolizeidirektion Salzburg "besonders aufmerksam gemacht, dass ein direkter Vorbeimarsch beim sowjetischen Generalkonsulat nicht gestattet ist und dass auch Beleidigungen der sowjetischen Vertretungsbehörde nicht geduldet werden können"⁴¹⁴. Nach dem Ende der offiziellen Kundgebung wurde gegenüber des sowjetischen Generalkonsulats von "Demonstrationsteilnehmer dennoch spontan eine Leonid Breschnjew darstellende Puppe verbrannt"⁴¹⁵. Damit reihten sich die Demonstrationen in etliche in Europa und den Vereinigten Staaten⁴¹⁶ stattgefundene, antisowjetische Kundgebungen ein. Solche konnten ebenso im November 1980 im Rahmen der Sozialistischen Internationalen in Madrid durch ukrainische Exilant*innen beobachtet werden und fanden im Kalten Krieg wiederkehrend statt.

Einen Teil zu der bereits erwähnten argwöhnischen Haltung des ÖGB-Präsidenten Benyas dürften wohl auch die neugegründeten Koordinationsbüros in zahlreichen westlichen Staaten beigetragen haben. Nach der Ausrufung des Kriegsrechts beschlossen polnische Flüchtlinge die Schaffung von so genannten Koordinationsbüros⁴¹⁷, welche bei westlichen Organisationen und Institutionen für die Interessen der Solidarność lobbyieren sollten.⁴¹⁸ Auch Kreisky erreichte ein Brief, in denen überschwängliche Sympathiebekundungen für Kreisky und Österreich geäußert wurden und sein Einsatz für die polnische Exilant*innen besonders betont und gelobt wurde.⁴¹⁹ Kreisky wurde sogar die Stelle eines ehrenamtlichen Vizevorsitzenden einer „Solidarity Association of Friends of Free Poland Inc.“ angeboten, welche er selbstverständlich

⁴¹³ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/356-II.3/81, Polen. spontane Demonstration am 13.12.1981 in Wien 13., vor der poln. Botschaft. Gezeichnet Knechtsberger. Wien 14.12.1981

⁴¹⁴ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/482-II.3/81, Polen- Solidaritätskundgebungen, Demonstrationmarsch aus Anlass der dzt. politischen Situation in Polen am 28.12.1981 in Salzburg. Gezeichnet Knechtsberger. Wien 22.12.1981.

⁴¹⁵ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/513-II.3/81, Polen- Solidaritätskundgebungen, Demonstrationmarsch aus Anlass der dzt. politischen Situation in Polen am 28.12.1981 in Salzburg-Veranstaltungsablauf. Gezeichnet Bernkopf. Salzburg 29.12.1981.

⁴¹⁶ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/446-II.3/81, ZI.3225-A/81, Protestkundgebungen in Chicago gegen Vorgehen der polnischen Militärregierung. Gezeichnet Kristen. Chicago 18.12.1981.

⁴¹⁷ Als aktuelle Publikation zum Thema: Rüdiger Ritter, Solidarität mit Schwierigkeiten. Das Bremer Koordinationsbüro der polnischen Gewerkschaft Solidarność und das Engagement Bremens für Polen in den 1980er Jahren, Rotenburg 2020. Die Publikation ist das Teilergebnis eines laufenden Forschungsprojektes an der TU Chemnitz, unterstützt durch die Hans-Böckler-Stiftung unter der Leitung von Prof. Dr. Stefan Garsztecki mit dem Titel: Solidarität mit Hindernissen. Die schwierige Verständigung von Solidarność-Mitgliedern in Westdeutschland zu Beginn der 1980er Jahre.

⁴¹⁸ Vgl. Goddeeris, Lobbying, 84f.

⁴¹⁹ StBKA, VII.1.Länderbox Polen 5, Solidarity Association of Friends of Free Poland Inc. Gezeichnet Baron Alex Ostoja Starzewski. 27.1.1982

diplomatisch und höflich ablehnte.⁴²⁰ Schreiben dieser Art mussten für den Regierungschef eines neutralen Landes skurril anmuten. Besonders die neutralen Länder wie Finnland und Österreich scheuten vor zu enger Kooperation mit den Koordinationsbüros und ähnlich gelagerten Institutionen zurück.⁴²¹ Es gilt anzumerken, dass Finnland aufgrund der eingangs erwähnten direkten Grenze zur Sowjetunion sich im Kalten Krieg traditionell des Kommentars von Ereignissen, welche die UdSSR direkt betrafen oder durch sie ausgelöst wurden, weitestgehend enthielt.

Der polnische Primas Glemp verurteilte die Ausrufung des Kriegsrechts, appellierte aber an die Vernunft und sprach sich gegen den Kampf aus. Sein österreichisches Pendant sprach von der „tiefen Bewegung aller Österreicher“ und „rief zum Gebet auf“⁴²². Kreisky bezog im Pressefoyer nach der Ministerratssitzung am 15. Dezember zur aktuellen Situation Stellung. Hinsichtlich der Streiks sagte Kreisky:

„Die polnischen Arbeiter sind zu jeder Gegenwehr, die ihnen zweckmäßig erscheint -das selbstverständlichste Recht arbeitender Menschen, berechtigt. Jede Aktion, zu der sich arbeitende Menschen entschließen, in einer solchen Situation, findet sicher die Sympathie der Arbeiterbewegung der freien Länder“⁴²³.

Eine Verurteilung des Kriegsrechts durch Kreisky, welche auch in der Zukunft nicht stattfand, unterblieb. Ferner warnte Kreisky erneut „beide Seiten vor einer Einmischung von außen“⁴²⁴. Am 16. Dezember bestellte Pahr in Wien den polnischen Botschafter ein. Dieser versuchte hinsichtlich der Sicherheitslage zu beschwichtigen, machte jedoch aus der kritischen Versorgungslage und dem Mangel an Fleisch und Treibstoff keinen Hehl. Da es aufgrund der fehlenden telefonischen und funktechnischen Verbindungen keinerlei Optionen gab um direkt mit der Botschaft in Warschau Kontakt aufzunehmen, protestierte Pahr „schärfstens“ gegen die daraus resultierende „Völkerrechtsverletzung aufgrund der polnischen Maßnahmen“. Österreichs Außenministerium „überlegte ernstlich, als Retorsionsmaßnahme [sic] den Funkverkehr der polnischen Botschaft in Wien zu sperren“. Die von polnischer Seite

⁴²⁰ StBKA, VII.1.Länderbox Polen 5, GZ. 166.03.00/158-II.3/82, Solidarity Association of Friends of Free Poland Inc, Baron Alex Ostojka Starzewski. Schreiben an den Herrn Bundeskanzler, Antwortentwurf. Gezeichnet Ullmann. Wien 16.2.1982.

⁴²¹ Vgl. Goddeeris, Lobbying, 113.

⁴²² ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/355-II.3/81, Polen; Verhängung des Ausnahmezustandes. Gezeichnet Ullmann. Wien 13.12.1981.

⁴²³ Österreichische Mediathek, Mittagsjournal, 15.12.1981, JM-811215_k02, Ausnahmezustand in Polen: Bundeskanzler Kreisky zu Polen, zu Asylgewährung, grundsätzlich ist Gegenwehr berechtigt., <https://www.mediathek.at/atom/0996E50F-3D4-0003C-00000164-09962E53> (22.7.2020).

⁴²⁴ Ebd.

abgelehnten Visaanträge für Lebensmitteltransporte durch österreichische LKW-Fahrer bezeichnete der polnische Botschafter als „bedauerliche Missverständnisse“⁴²⁵. Wegen der anfänglich fehlenden Funkverbindung zur Botschaft musste sich der Ballhausplatz, mit wenigen Ausnahmen⁴²⁶, auf die "beschränkt einlangenden westlichen Agenturmeldungen aus Polen" verlassen⁴²⁷ und mit dem „geringen Informationsfluss“⁴²⁸ umgehen. Als weitere Parameter dienten Berichte von Reisenden aus Polen, Journalist*innen sowie die Schilderungen im Radio Warschau. Das Österreichische Kulturforum in Warschau berichtete seinerseits über einen "von langer Hand vorbereiteten Schlag gegen die polnischen intellektuellen Kreise"⁴²⁹.

In der Tagespolitik agierten die drei österreichischen Parlamentsparteien zügig auf die neuen Entwicklungen. Am 17. Dezember empfahl der Rat für Auswärtige Angelegenheiten in einer Sitzung „aufgrund der großen Not des polnischen Volkes“ eine „Hilfeleistung für notleidende Polen im In- und Ausland und die Gründung eines Nationalkomitees“⁴³⁰. Am 22. Dezember erfolgte unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Vizekanzlers Fred Sinowatz die Gründung des aus Vertretern religiöser sowie humanitärer Vereinigungen und Einrichtungen des öffentlichen Lebens und der politischen Parteien bestehenden „Nationalkomitees für Polenhilfe“. Die Regierung versprach außerdem die eingelangten Spenden mit den finanziellen Mitteln der Bundesregierung zu verdoppeln.⁴³¹ Auf diplomatischer Ebene widmeten sich die Protagonisten anderen Aspekten und analysierten dementsprechend die

⁴²⁵ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/395-II.3/81,

Vorsprache des polnischen Botschafters beim Herrn Bundesminister am 16.12.1981. Gezeichnet Ullmann. Wien 16.12.1981.

⁴²⁶ Über den Militärattaché der österr. Botschaft in Moskau gelangten spärlich Informationen aus Polen via schwedischer Botschaft in Moskau als auch über die in Warschau ein, da mit Stockholm Funkverbindung bestand. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/353-II.3/81, Zur Lage in Polen. Gezeichnet Liedermann. Moskau 14.12.1981

⁴²⁷ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/355-II.3/81, Polen; Verhängung des Ausnahmezustandes. Gezeichnet Ullmann. Wien 14.12.1981.

Die weiteren regelmäßigen Lageeinschätzungen zwischen den Weihnachtsfeiertagen weisen hinsichtlich des Informationszustandes eine gewisse Redundanz auf und offenbaren nur selten ungeahntes. Siehe die Berichte an den Bundesminister Pahr: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/517-II.3/81,

⁴²⁸ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/509-II.3/81, Information für den Herrn Bundesminister. Polen; Lage am 29.12.1981. Gezeichnet Daublebsky. Wien 29.12.1981.

⁴²⁹ Das Schreiben langte, wie die meisten Nachrichten jener Tage, verspätet in Wien ein. Darin schrieb das Österreichische Kulturforum: Die Internierungen betrafen „Professoren der Warschauer Akademie der Wissenschaften sowie der Universität, Mitglieder des PEN- Clubs, Journalisten"... ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/464-II.3/81, Zl. 2623-A/81, Gezeichnet Jankovic. Warschau 17.12.1981.

⁴³⁰ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/408-II.3/81, Runderlass an alle Berufsvertretungsbehörden im Ausland. Polen; Erklärung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten zur jüngsten Entwicklung. Gezeichnet Ullmann. Wien 18.12.1981.

⁴³¹ Österreichische Mediathek, Mittagsjournal, 22.12.1981, JM-811222_k02, Nationalkomitee für Polenhilfe gegründet. <https://www.mediathek.at/atom/09980917-0E8-0000B-00000D40-09977FD1> (22.7.2020).

Vorgänge in Polen. Am 18. Dezember gelangte Zanetti zu einem kritischen Befund über Lech Wałęsa und die Solidarność. Für Zanetti:

„ergriffen bei der Solidarität immer radikalere Vertreter nach der Macht. Wałęsa heulte dann mit der Menge und ließ sich zu den politischen Vorstellungen missbrauchen, die schon sehr weit von der Ausgangsbasis im Jahre 1980, mit gewerkschaftlichen Zielsetzungen und Anerkennung des Primats der Partei, entfernt war“⁴³².

Zwar zeigte Zanetti Verständnis für die "tiefe Verbitterung einer seit Jahrzehnten getäuschten und von Funktionären gegängelten Arbeiterschaft". Seiner Ansicht nach hatte diese „jedoch nie oder verlor im Triumphrausch den Sinn für das Machbare und Mögliche". Unter diesen innenpolitischen Bedingungen schätzte dieser die Lage richtig ein, wonach „eine völlige Normalisierung keinesfalls bald zu erwarten" sei.⁴³³ Die Meldungen der Botschaft stützten sich, bedingt durch die Reiseeinschränkungen, primär auf die Botschaftsmitarbeiter und mit wenigen Ausnahmen auf Warschau. Am 24. Dezember protestierte Missionschef Zanetti im Rahmen eines Treffens bei Vizeaußenminister Wiejacz erneut gegen die „Verletzung der Wiener Diplomatenkonvention“⁴³⁴ und die u.a. daraus resultierende Beschränkung der Bewegungsfreiheit und Anhaltung und Durchsuchung von Diplomaten“⁴³⁵.

Bereits Anfang Jänner 1982 wandte sich Jaruzelski in einem Schreiben direkt an Kreisky.⁴³⁶ Polen wolle "die Krise aus eigener Kraft, gestützt auf die Verfassung der VR Polen überwinden". Jaruzelski betonte erneut den Zwang der Handlung durch die Gefahr der „Anarchie“ und eines „brudermordenden Bürgerkriegs“. Jedoch versicherte er Kreisky:

⁴³² ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/503-II.3/81, Zl. 596- Res/81, Zur Verhängung des Kriegszustandes in Polen. Gezeichnet Zanetti. Warschau 18.12.1981

⁴³³ Ebd.

⁴³⁴ Völkerrechtliche Rahmenbedingungen wurden mit der Wiener Konvention „über diplomatische Beziehungen im Jahr 1961 kodifiziert und Fragen der Immunität von Diplomaten und der Exterritorialität von Botschaften verbindlich geregelt.“ Scholtyseck, Freiberger, Diplomatie, 1110.

⁴³⁵ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/481-II.3/81, Information für den Herrn Bundesminister. Polen; Entwicklungen der letzten Tage. Gezeichnet Daublebsky. Wien 28.12.1981.

⁴³⁶ Eine breiten Raum nimmt auch die bilaterale Beziehung ein: „In diesem Geist spreche ich mich für die weitere Entwicklung der allseitigen Beziehungen der Freundschaft, des gegenseitigen Verständnisses, des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen Polen und Österreich aus, in der tiefen Überzeugung, dass diese Beziehungen den Lebensinteressen unserer beider Staaten und Völker der Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa und der konstruktiven Gestaltung der internationalen Beziehungen dienen.“ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1982, GZ. 166.03.00/34-II.3/82, Schreiben Ministerpräsident Jaruzelskis an den Herrn Bundeskanzler. Warschau 4.1.1982.

„mit aller Eindringlichkeit, dass Polen seine traditionelle Friedenspolitik und der Politik der Zusammenarbeit zwischen den Völkern und zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung treu bleibt“⁴³⁷.

Österreich wiederum betonte sowohl auf internationalem Parkett als auch in der persönlichen Korrespondenz Kreiskys⁴³⁸ mit Polen, die Bedeutung und Einhaltung der ebenso von Polen unterzeichneten KSZE Schlussakte. Der österreichische Rat für Auswärtige Angelegenheiten erklärte bereits am 14. Jänner 1982 in Straßburg seine "ernste Besorgnis über die Entwicklung in Polen" und erwartete dringend "dass es ehestens zur Herstellung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Sinne der Schlussakte von Helsinki" komme und „insbesondere alle widerrechtlich ihrer Freiheit beraubten Personen enthaftet werden". Österreich akzentuierte nach wie vor seine Entschlossenheit in den „vielfältigen Beziehungen über die ideologischen Grenzen hinweg“, merkte jedoch an, dass „Ausmaß und Qualität dieser Kontakte auch vom jeweiligen Partner abhängen“⁴³⁹.

8.1 Kreiskys innenpolitische Kontroverse mit der katholischen Kirche

Mitte Jänner 1982 wurde das zu diesem Zeitpunkt bereits ausgeglichene und weitestgehend friktionsfreie Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der österreichischen Sozialdemokratie unter Kreisky stark auf die Probe gestellt. In einer stark überfüllten Wiener Stadthalle sprach Kreisky bei der Vertrauenspersonenkonferenz der SPÖ vor rund 7.000 Funktionäre*innen, ca. 2.500 wurden erwartet, und thematisierte dabei auch die Rolle der polnischen Kirche und kritisierte zudem den österreichischen Klerus. Bereits am Vortag hatte Kreisky vor dem österreichischen Seniorenrat ähnliche kritische Äußerungen getätigt. Kreisky attestierte der polnischen Arbeiterbewegung zwar „Großartiges in der Organisation der Menschen geleistet zu haben“, als Sozialist nahm er sich aber die Erlaubnis und sogar die Pflicht solche Entwicklungen kritisch zu prüfen.⁴⁴⁰ Die folgenden polemischen Ausführungen

⁴³⁷ Ebd.

⁴³⁸ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1982, GZ. 166.03.00/245-II.3/82, Schreiben von Bundeskanzler Dr. Kreisky als SPÖ-Vorsitzendem an Ministerpräsident Jaruzelski vom 4.3.1982. Gezeichnet Wotava. Stempel BMAA vom 22.3.1982.

⁴³⁹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1982, GZ. 166.03.00/61-II.3/82, Polen im MD-Komitee des Europarats. Gezeichnet Ullmann. Wien 14.1.1982.

⁴⁴⁰ Kreisky-Appell an Militärregime: Laßt Gefangene frei- Kritik an US- Heuchelei. Es war der Protest gegen die Ausbeutung. Arbeiter Zeitung, 15.1.1982.

Kreiskys bei der Vertrauenspersonenkonferenz lösten in weiterer Folge eine Kontroverse aus, welche von den Medien bereitwillig aufgegriffen wurde.

„Die katholische Kirche ist eine große moralische Autorität, das will niemand bestreiten. Aber dass sie besondere Voraussetzungen hätte, eine Arbeiterbewegung zu führen, dass kann auch niemand behaupten.

[...] Wir müssen heute vom polnischen Regime verlangen, so wie das seinerzeit in den Februartagen vom österreichischen klerikofaschistischen Regime verlangt wurde: Lasst die gefangenen Vertreter der polnischen Gewerkschaften frei!“⁴⁴¹

Kreiskys Anspielung auf die „Februartage“ bedarf eines kleinen Exkurses, der eventuell auch dazu beitragen kann, Kreiskys sichtliche Emotionalität bei diesem Thema verständlich zu machen. Im Februar 1934 kam es in Österreich zu einem dreitägigen Bürgerkrieg. Dabei kämpften Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes, der paramilitärischen Wehrorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) gegen Regierungstruppen. Diese wurden durch rechte, paramilitärische Heimwehren unterstützt. Bereits im März 1933 hatte der regierende, christlich-soziale Kanzler Engelbert Dollfuß das Parlament ausgeschalten und die Repressionen gegenüber der österreichischen Arbeiterbewegung schrittweise verschärft. Der Februar 1934 endete mit einer prägenden Niederlage der Sozialdemokratie und bedeutete die vollständige Illegalisierung der SDAP und der ihr nahestehenden freien Gewerkschaften.⁴⁴² Das Regime bestand bis zum „Anschluss“ an das nationalsozialistische Deutschland im März 1938 und besaß die Unterstützung wichtiger gesellschaftlicher Kräfte, darunter auch der Katholischen Kirche.⁴⁴³ Kreisky selbst war zu dieser Zeit schon in der Arbeiterbewegung aktiv⁴⁴⁴ und blieb dies auch in der Illegalität bei den Revolutionären

⁴⁴¹ ORF, Multimediales Archiv, ZiB, Kreisky, (Gestaltung: Hans Besenböck), 14.1.1982.

⁴⁴² Als Einstieg und Überblick in die Thematik zum Februar 1934 bietet sich folgender Sammelband an: Erich Fröschl, Helge Zoitl (Hg.) Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen. Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts abgehalten vom 13. bis 15. Februar 1984 in Wien, Wien 1984.

⁴⁴³ Zur Rolle der Katholischen Kirche im Austrofaschismus: Ernst Hanisch, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des "Austrofaschismus". In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.) Austrofaschismus. Politik - Ökonomie - Kultur 1933 – 1938, Wien 2014, 67-85.; Der Historiker Gerhard Botz präferiert in Anlehnung an Helmut Wonnat von einer „Kanzlerdiktatur“. Gerhard Botz, Der „Christliche Ständestaat“: Weder System noch Faschismus, sondern berufsständisch verbrämte „halb-faschistisch“-autoritäre Diktatur im Wandel, In: Lucile Dreidemy, Richard Hufschmied, Agnes Meisinger et al. (Hg.), Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert, Wien 2015, 202-218, 210.

⁴⁴⁴ Vgl. Röhrlich, Kreisky Außenpolitik, 57f.

Sozialisten.⁴⁴⁵ Er wurde im Jänner 1935 festgenommen und blieb bis zu dem „großen Sozialistenprozess“ im März 1936 inhaftiert.⁴⁴⁶

Kreisky setzte in seiner Rede fort:

„Deshalb empfinden wir es ein wenig als Heuchelei, wenn heute alle möglichen katholischen Politiker das bejubeln, was in Polen geschieht und das getan haben, was in Österreich in den 30er Jahren geschehen ist“⁴⁴⁷.

Durch diese Äußerungen zog Kreisky Parallelen zwischen der Unterdrückung der Solidarność und jene der österreichischen Sozialdemokratie in den 1930er Jahren. Seine Rede offenbarte Kreiskys Probleme vorwiegend ideologischer Natur, welche er mit der engen Verknüpfung zwischen der Solidarność und der katholischen Kirche hatte. Dies unterstreicht seinen bereits davor geäußerten Wunsch nach einer stärkeren Dichotomie zwischen der polnischen katholischen Kirche und der Solidarność. Unabhängig von den ausgelösten Kontroversen dieser Rede sind derartige Vergleiche⁴⁴⁸ für Historiker*innen mit großer Skepsis zu betrachten. Der SPÖ Vorsitzende teilte außerdem Richtung Vereinigter Staaten aus. Zur vermeintlichen Sympathie der USA mit der polnischen Gewerkschaft verwies er auf die einige Monate zuvor kursierten Fotos von gefesselten Gewerkschaftern der Fluglosen in den USA und merkte dazu an:

„Wenn man die gesehen hat, dann glaubt man den Herren in Amerika die Sympathie für die Gewerkschaft nicht. Man soll sich in solchen Zeiten nur nicht täuschen lassen durch die Grenzenlosigkeit der Heuchelei, die in solchen Zeiten immer wieder praktiziert wird“⁴⁴⁹.

Die katholische Gemeinde war empört, was sich auch in etlichen angriffslustigen und vorwurfsvollen Briefen an Kreisky zeigte.⁴⁵⁰ „Die Furche“ schrieb, dass Kreisky Polen nicht

⁴⁴⁵ Vgl. Ebd., 65.

⁴⁴⁶ Vgl. Ebd. 60f.

⁴⁴⁷ Österreichische Mediathek, Mittagsjournal, 14.1.1982, Sign. JM- 20114_k02, SPÖ-Vertrauensleutekonferenz - ÖGB-Präsident Benya zu Zwentendorf und Staatsverschuldung, Bundeskanzler Kreisky zu Polen und Katholiken. <https://www.mediathek.at/journale/suche/treffer/atom/099D5B62-123-00002-00000914-099CC5D3/vol/70611/pool/BWEB/> (25.8.2020).

⁴⁴⁸ Der Historiker Andreas Wirsching erläutert die Möglichkeiten und eindeutigen Grenzen von Geschichtsvergleichen. „Zukunft kann sich ganz plötzlich vollständig ändern“. 22.7. 2018 https://www.deutschlandfunk.de/historiker-zu-geschichtsvergleichen-zukunft-kann-sich-ganz.694.de.html?dram:article_id=423510 (21.11.2020)

⁴⁴⁹ Österreichische Mediathek, Mittagsjournal, 14.1.1982, Sign. JM- 20114_k02, SPÖ-Vertrauensleutekonferenz - ÖGB-Präsident Benya zu Zwentendorf und Staatsverschuldung, Bundeskanzler Kreisky zu Polen und Katholiken. <https://www.mediathek.at/journale/suche/treffer/atom/099D5B62-123-00002-00000914-099CC5D3/vol/70611/pool/BWEB/> (25.8.2020).

⁴⁵⁰ Siehe dazu: StBKA, VII.1.Länderbox Polen 1.

verstehe und dass er die Kirche mit einem Partei- oder einem Gewerkschaftsvorstand verwechsle sei eine „gedankenlose Plumpheit“. Kreisky, so der Tenor der Zeitung, sei der polnischen Arbeiterbewegung in den Rücken gefallen.⁴⁵¹ Gewerkschafter Günther Engelmayer kritisierte die schweigende ÖGB Führung und schrieb, dass kein einziger österreichischer Gewerkschafter mit Kreiskys Ansinnen konform gehen dürfte.⁴⁵² Die hochrangigen österreichischen Vertreter der katholischen Kirche wirkten verstört und irritiert auf die unerwartet heftigen Äußerungen Kreiskys. Helmut Krätzl, Weihbischof und Generalvikar der Erzdiözese Wien, konterte, dass „dem Herrn Bundeskanzler gar nicht so diese Schicksale der Arbeiter jetzt so am Herzen gelegen“ haben und die fehlenden Kohlelieferungen und die Schulden der Polen im Vordergrund stünden. Diese „unpassenden Vergleiche haben zur Folge, dass sich das Bemühen des Herrn Bundeskanzlers in den letzten Jahren, zwischen der Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie und der Kirche Brücken zu bauen und Gräben zuzuschütten, auf das Spiel gesetzt wird“. Krätzl fürchtete, „dass ein wenig Porzellan zerschlagen ist, das nicht so schnell zu kleben geht“⁴⁵³.

Kardinal Franz König sei laut eigener Aussage:

„sehr betroffen und er könne es nicht verstehen, dass man, im Gegensatz zu früheren Äußerungen, jetzt plötzlich doch mit so einer Ressentiment geladenen Einstellung an diese Dinge herangeht. [...] Das eine war die Feststellung über die Tätigkeit der polnischen Bischöfe, das andere war der Hinweis auf die 30er Jahre. Wir decken sicher nicht alles was nicht in Ordnung gewesen ist“⁴⁵⁴.

Kardinal König sorgte sich „um das relativ gute Einvernehmen zwischen Staat und Kirche“ und betonte erneut nicht „antireligiöse und antikirchliche Ressentiments hochkommen zu lassen, die zu neuen Spannungen führen“. König wünschte sich ein Gespräch und versuchte zu kalmieren. Die Meinung des Weihbischofs Krätzl wertete er als „eine persönliche Auffassung“ und bekräftigte den Wunsch nach einer Aussprache zwischen der SPÖ und der Kirche.⁴⁵⁵ Die Opposition ließ ebenso nicht lange mit einer Antwort Kreiskys Aussagen warten. Am 14. Jänner bezeichnete ÖVP-Bundesparteiobermann Mock beim Bundesparteivorstand die Äußerungen als „ungeheuerliche Entgleisung“. Es sei „unverständlich wie der Regierungschef eine solche Erklärung abgeben kann gegen solche Persönlichkeiten“ (Vertreter der katholischen Kirche -

⁴⁵¹ Hannes Schopf, Der Kanzler versteht Polen nicht. In: Die Furche, Nr. 3, Jg.38., 20.1.1982.

⁴⁵² Günther Engelmayer, Warum schweigt die ÖGB-Führung? In: Die Furche, Nr.4., Jg. 38., 27.1.1982.

⁴⁵³ Österreichische Mediathek, Mittagsjournal, 23.1.1982, Sign. JM-820123_k02, Im Journal zu Gast: Weihbischof Helmut Krätzl. <https://www.mediathek.at/journale/suche/treffer/atom/09A68F4B-23C-0000E-00000278-09A60052/vol/70361/pool/BWEB//> (25.8.2020).

⁴⁵⁴ ORF, Multimediales Archiv, ZiB, König, (Gestaltung Wolfgang Pav), 25.1.1982.

⁴⁵⁵ Ebd.

Anmerkung C.B.).⁴⁵⁶ Im Nationalrat reagierte die Volkspartei mit angriffslustigen Wortmeldungen. Ein Abgeordneter der Volkspartei äußerte sich zu Kreiskys Aussagen:

„Die unterdrückte Kirche, die man in der Berufung eines ihrer Vertreter auf den Stuhl Petri ehrte, wird sich durch die Grantigkeiten eines in Schwierigkeiten geratenen sozialistischen Parteivorsitzenden sicher nicht beindrucken lassen“⁴⁵⁷.

Die westdeutsche Presse beschäftigte sich ebenso mit Kreisky Äußerungen und stimmte im kritischen Tenor mit ein.⁴⁵⁸ Kreisky fühlte sich nicht zum ersten Mal in seiner langen politischen Karriere missverstanden und zeigte sich erstaunt über die Reaktionen. In einem Pressefoyer des Ministerrats beklagte er die ausbleibende Erwähnung des „größten Teils seiner Rede“⁴⁵⁹, in der er mit dem Kommunismus abrechnete „wie das noch kein Regierungschef meines Wissens in einem demokratischen Staat mit dieser ideologischen Deutlichkeit getan hat“. Kreisky weiters: „Das hat alles die Bischöfe nicht interessiert“. Der Bundeskanzler konterte weiter, denn er könne die Äußerungen der Kirche „nicht unwidersprochen lassen“ und bezeichnete die Vorwürfe gegen ihn als „grotesk“.⁴⁶⁰ Abseits der medialen Vorderbühne versuchte Kreisky in der Beantwortung eines persönlichen Briefes von Kardinal König zu beruhigen und relativierte seine Äußerungen über die dreißiger Jahre. Bei der kritischen Haltung zur Politik der Gewerkschaftsbewegung blieb er jedoch seiner Linie treu und bemerkte, „dass bei einer klugen Politik der Gewerkschaftsbewegung echte Freiräume errungen hätten werden können“⁴⁶¹.

⁴⁵⁶Österreichische Mediathek, Mittagsjournal, 14.1.1982, Sign. JM- 20114_k02, Pressekonferenz des ÖVP-Partei Vorstandes: ÖVP-Obmann Mock kritisiert Haltung Kreiskys zur Frage der Rolle der Katholischen Kirche in Polen <https://www.mediathek.at/journale/suche/treffer/atom/099D5B62-123-00002-00000914-099CC5D3/vol/70611/pool/BWEB/> (25.8.2020).

⁴⁵⁷ Dr. Kohlmaier (ÖVP), Nationalrat XV. GP, Stenographisches Protokoll, 101. Sitzung, 20. Jänner 1982, 10208.

⁴⁵⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.1.1982: „Bundeskanzler Kreisky gefällt sich darin, mächtige Männer (Reagan) unbekümmert zu kritisieren. [...] Neuerdings sitzt auch die katholische Kirche Polens auf der Anklagebank. [...] Bruno Kreisky ist ein international angesehener Politiker. Er ist zugleich aber auch der Regierungschef eines kleinen, neutralen Landes, dessen Existenz davon abhängt, dass es sich in Krisenzeiten auf den Westen verlassen kann. Ob er immer daran denkt?“;

General-Anzeiger, Bonn 16./17.1.1982: „Der österreichische Bundeskanzler Kreisky besitzt die Gabe, mit provozierenden Bemerkungen reihum anzuecken.“ StBKA, VII.1.Länderbox Polen 1, Beilage zu Zl. 11.02/1729-A/82, Pressebericht Nr. 13/82; Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers zu Polen. Österreichische Botschaft, Bonn 20.1.1982.

⁴⁵⁹ Diese Aussage von Kreisky lässt sich trotz einer Quellenrecherche nicht verifizieren, da das Protokoll der kompletten Rede nicht in den mir zur Verfügung stehenden Quellen vorhanden ist. Die diversen Medien boten nur Ausschnitte und haben sich folglich auf die problematischen Aspekte der Rede Kreiskys fokussiert.

⁴⁶⁰ Österreichische Mediathek, Mittagsjournal, 2.2.1982, Sign. JM- 820202_k02, Pressefoyer nach dem Ministerrat: Kirche und SPÖ. <https://www.mediathek.at/journale/suche/treffer/atom/09A934AA-2B9-0002C-00000DE8-09A8A353/vol/69684/pool/BWEB/> (26.8.2020).

⁴⁶¹ Petritsch, Bruno Kreisky, 303.

Am 12. Februar 1982, einem historischen Tag in der österreichischen Geschichte, trafen sich Kardinal König und Bundeskanzler Kreisky zu einem klärenden Gespräch. Als ihn ein Reporter fragte, ob es denn ein Canossagang war, antwortete Kreisky in schelmischer Manier: „Was hingegen sicher eine Rolle gespielt hat war, dass es der zwölfte Februar war“. Kreisky bezog sich hier auf den oben geschilderten 12. Februar des Jahres 1934 und verdeutlichte damit die Relevanz jener Ereignisse für die beiden politischen Lager. Nach dieser Aussprache im erzbischöflichen Palais schienen die Spannungen zwischen SPÖ und Kirche beseitigt, beide Seiten sprachen von Missverständnissen.⁴⁶² Von einer gemeinsamen Pressekonferenz oder einem Kommuniqué wurde beiderseits abgesehen, wohl um das Thema nicht noch weiter aufzubauchen.⁴⁶³ Der Jahrestag des „12. Februar“ 1934 spielte, wie bereits oben erwähnt, für die damaligen Zeitgenoss*innen und das kollektive Gedächtnis der Republik eine sehr bedeutende Rolle. Bis heute bleiben die Jahre 1933 - 1938 ideologisch aufgeladen und demonstrieren im öffentlichen Diskurs⁴⁶⁴, in der Wissenschaft⁴⁶⁵ und besonders bei der SPÖ sowie der ÖVP ein umstrittenes Kapitel österreichischer Zeitgeschichte. Die Unterdrückung der Arbeiter*innenschaft und die darauf beruhenden Gedenkfeiern zum 12. Februar stellen bis heute einen wichtigen Part sozialdemokratischer Erinnerungskultur⁴⁶⁶ dar. Beim politischen Lager der ÖVP wurde Dollfuß noch bis vor wenigen Jahren verklärt⁴⁶⁷ und die Ereignisse des Februar 1934 als das Ergebnis einer Radikalisierung auf beiden Seiten betrachtet.⁴⁶⁸

⁴⁶² ORF, Multimediales Archiv, Wochenschau, Österreich: Aussprache SPÖ und Kirche (Kreisky-Rede/Polen), 14.2.1982.

⁴⁶³ Vgl. Ebd.

⁴⁶⁴ Nach 1964 kam es erst beim 80. Jahrestag im Jahre 2014 erneut zu einer gemeinsamen Gedenkfeier, der zu diesem Zeitpunkt sich in einer gemeinsamen Regierung befindlichen SPÖ und ÖVP. Peter Danek, Versöhnung mit Seitenhieben. In: Kurier, 12.2.2014.; Noch bis zu Beginn der Umbauten des österreichischen Parlaments im Jahre 2017 hing im ÖVP Parlamentsklub ein Porträt des autoritär regierenden (1932-1934) Kanzlers Dollfuß welches stets für berechtigte Kontroversen sorgte. Siehe: Hedwig Kainberger, Engelbert Dollfuß kommt nach St. Pölten. In: Salzburger Nachrichten, 8.9.2017.

⁴⁶⁵ Bis heute gibt es über die die Begrifflichkeit der Jahre 1933 – 1938 Kontroversen und Uneinigkeit. Häufig wird im wissenschaftlichen Kontext der vom Politikwissenschaftler Emmerich Tálos geprägte Begriff des „Austrofaschismus“ verwendet. Siehe: Emmerich Tálos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933 – 1938, Wien 2013. Für einen kompakteren, aber durchaus positionierten Überblick: Emmerich Tálos unter der Mitarbeit von Florian Wenniger, Das austrofaschistische. Österreich 1933-1938, Wien 2017. Der amerikanische Historiker Robert O. Paxton hält das Dollfuß-Schuschnigg-Regime für klerikal-autoritär. Robert O. Paxton, Anatomie des Faschismus, München 2004, 145. Von oftmals konservativeren Kreisen wird häufig der Terminus „Ständestaat“ gebraucht und der Begriff „Austrofaschismus“ als politischer Kampfbegriff bezeichnet. Siehe u.a.: Andreas Suttner, Das schwarze Wien. Bautätigkeit im Ständestaat 1934–1938, Wien/Köln 2017, 9.

⁴⁶⁶ Florian Wenniger, Andreas Schmoller: Februarerinnerung. Der österreichische Bürgerkrieg im historischen Gedächtnis der Zweiten Republik. In: Klaus Kienesberger et al. (Hg.) UnSichtbar [sic].Widerständiges im Salzkammergut, Wien 2008, 68-81.

⁴⁶⁷ Eine zumindest „interessantes“ Geschichtsverständnis offenbarte ÖVP Klubobmann Reinhold Lopatka in einem Interview. „Man kann Geschichte nicht verleugnen“ In: Profil, 6 (2014)

⁴⁶⁸ Vgl. Danek, Versöhnung.

Was Bruno Kreisky mit seinen Aussagen tatsächlich bezwecken wollte und ob diese als „Ablenkungsmanöver“ für die problematischen hohen Kredite an Polen dienen sollten, bleibt unklar. Der kurz andauernde und medial befeuerte⁴⁶⁹ Konflikt verdeutlichte einmal mehr die Bedeutung Kreiskys biographischer⁴⁷⁰ Prägung. Kreisky Leben umfasste fast das gesamte 20. Jahrhundert, nach dem Historiker Eric Hobsbawm das „Zeitalter der Extreme“.⁴⁷¹ Seine persönlichsten Erfahrungen, seine bekennende Haltung als Agnostiker und die Verknüpfungen der dramatischen politisch-biographischen Erlebnisse der 1930er Jahre in Österreich spielten bei seiner Kritik an der Rolle der Kirche sicherlich eine maßgebliche Rolle.

8.2 Österreich und die Frage der Sanktionen im internationalen Kontext

Die außenpolitische Haltung Österreichs, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen, stieß seitens der Sowjetunion auf lobende Worte. Die UdSSR betonte „Österreichs teilweise abweichende“ Meinung zu respektieren“⁴⁷². Die Sanktionen der USA gegen Polen und der Sowjetunion hingegen wertete die UdSSR als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates, so der Tenor der sowjetischen Diplomaten. Die Sowjetunion wusste um die Sorge der neutralen und einiger „westeuropäischer“ Staaten vor dem abrupten Ende der Détente und beschwor taktisch geschickt die Gefahren für deren Beendigung.⁴⁷³ Die abschreckende Wirkung schien die EG (Europäische Gemeinschaft) jedoch nicht zu tangieren und verpuffte. Bei der Ministerratstagung der zehn EG-Außenminister Ende Jänner 1982 verschärften mit Ausnahme Griechenlands die restlichen neun Staaten ihre Gangart. Zudem planten alle NATO-Länder konkrete verschiedene wirtschaftliche Gegenmaßnahmen, die folglich ihre Beziehungen mit Polen und der Sowjetunion "um einen Grad zurücknehmen werden". „Wenngleich man sich keinen Illusionen über den Wert von Sanktionen hingebe“, so seien die Maßnahmen „nach belgischer Auffassung doch eine

⁴⁶⁹ Der sozialdemokratische Kontaktmann zur Kirche Parteiobermannstellverteter Karl Blecha merkte an, dass die Zeitungen das Thema stärker aufbauschen würden als dies von weiten Teilen der Amtskirche gewünscht wird. StBKA, Staribacher-Tagebücher, 26.1.1982.

⁴⁷⁰ Eine kompakte Zusammenfassung der unterschiedlichen biographischen Untersuchungen zu Kreisky. Siehe: Oliver Rathkolb, A New Historiography of Bruno Kreisky. In: Günter Bischof, Ferdinand Karlhofer (Hg.), Austrian Studies Today (Contemporary Austrian Studies Vol. 25), New Orleans 2016, 37 – 43.

⁴⁷¹ Eric Hobsbawm, Age of extremes. The short twentieth century 1914 – 1991, London 1994.

⁴⁷² ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1982, GZ. 166.03.00/132-II.3/82, Zl. 50- Res/82, Sowjetische Ansichten zu Polen. Washington 20.1.1982.

⁴⁷³ Ebd. Der sowjetische Botschafter merkte zu dem von der USA und NATO im Kommuniké des Außenministertreffens in Brüssel unterstützen Sondersitzung der KSZE Folgekonferenz in Madrid betreffend Polens an, dass „sei gefährlich und könne zu nichts führen“.

„politische Demonstration“ die ihren Zweck in Moskau nicht verfehlen werde.“⁴⁷⁴ Infolgedessen erwiderte das polnische Außenministerium dieses Vorgehen mit einem Schreiben an alle 34 KSZE-Teilnehmer gegen die Behandlung der „inneren Angelegenheiten Polens“ in Madrid.⁴⁷⁵ Knapp zwei Monate später wird zwar von manchen Außenministerien "dosierter" (BRD) und in der Schweiz weiterhin „konstanter und selektiver" Druck für zielführend bzw. teilweise „schon erfolgreich“ erachtet. Insgesamt teilten jedoch die „westeuropäischen Staaten das Interesse Österreichs an einer Fortsetzung des Entspannungsprozesses“. Demnach unterschied sich ihre Sicht „auch aus einer überwiegend regionalpolitischen Betrachtungsweise heraus von jener der USA“⁴⁷⁶.

Das Kreiskys Ansicht, den internationalen Sanktionen nicht zu folgen, auch fernab des österreichischen und europäischen Diskurses mentalen Beistand hatte, zeigte auch ein Kommentar des berühmten US- Diplomaten und Historikers George F. Kennan. Dieser zeigte sich von den Sanktionen und der außenpolitischen Linie Washingtons nicht überzeugt. Kennan plädierte aufgrund der Schnelligkeit der Ereignisse für eine zurückhaltende, beobachtende Haltung und kritisierte außerdem die Sticheleien gegen amerikanische Verbündete⁴⁷⁷, welche die Sanktionen skeptisch betrachteten und kritisierten. Zur selben Meinung gelangte Zbigniew Brzezinski, der ehemalige Sicherheitsberater während der Amtszeit von US-Präsident Jimmy Carter und anerkannter Experte für Ost-West-Beziehungen. Brzezinski war der Meinung, dass es unter den verhängten Sanktionen keine wirtschaftliche und politische Besserung geben könne, diese aber von Reagan als Rücknahme für die Sanktionen verlangt werden.⁴⁷⁸ Sanktionen ergeben noch keine positive Wirtschaftspolitik. Viel eher benötige es notwendige diplomatische Aktionen, so dessen Kernaussage.⁴⁷⁹ Der Historiker Gregory F. Domber sieht sogar in den ökonomischen Sanktionen, den politischen Restriktionen und der scharfen Rhetorik eines der markantesten Zeichen der Reagan Administration gegenüber der VR

⁴⁷⁴ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1982, GZ. 166.03.00/124-II.3/82, Ministerratstagung der Zehn (25.-26.Jänner) Polen und KSZE. Gezeichnet Magerl. Brüssel 27.1.1982.

⁴⁷⁵ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1982, GZ. 166.03.00/113-II.3/82, Information für den Herrn Bundesminister, Polen; Lage am 26.1.1982. Gezeichnet Ullmann. Wien 26.1.1982.

⁴⁷⁶ „Über die politische Verantwortung der SU in diesem Zusammenhang herrschte ‚fast ausnahmslos‘ Konsens. Art und Ausmaß der sowjetischen Einflussnahme bei der Entscheidung über den Kriegszustand lassen sich naturgemäß nicht genau feststellen. Zumindest eine politische Verantwortung der Sowjetunion in diesem Zusammenhang ist jedoch im Westen fast ausnahmslos anerkannt“. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1982, GZ. 166.03.00/246-II.3/82, Runderlass an alle Berufsvertretungsbehörden im Ausland. Polen; Bewertung der Verhängung des Kriegsrechts; Auswertung der Berichterstattung der Vertretungsbehörden. Gezeichnet Ullmann. 19.3.1982.

⁴⁷⁷ Vgl. George F. Kennan, Jaruzelski's Course. In: The New York Times (05.01.1982), 15.

⁴⁷⁸ StBKA, VII.1.Länderbox Polen 1, Zl. 663- Res/82, Die Lage in Polen; Beurteilung Zbigniew Brzezinski. Gezeichnet Botschafter Klestil. Washington 8.9.1982.

⁴⁷⁹ Ebd.

Polen.⁴⁸⁰ Dieser merkt ebenso an, dass sich Polen für Reagan als historische Chance, den Kommunismus zu besiegen, präsentierte.⁴⁸¹ Die westlichen Embargos führten nicht nur zu erheblichen Ost-West Spannungen, sondern zeigten auch die unterschiedlichen Meinungen innerhalb der Staaten Westeuropas, welche unterschiedlich auf die Ereignisse in Polen reagierten.⁴⁸² Großbritannien, Frankreich und die BRD waren von Seiten der USA erheblichem Druck ausgesetzt. Diese Staaten signalisierten ihre gegensätzliche Meinung zur USA und sahen die Ausrufung des Kriegsrechts als souveräne und interne polnische Angelegenheit. Ähnlich schätzte damals die österreichische Vertretungsbehörde in Warschau die Lage in Polen ein und sah durch die Sanktionen eine verstärkte Verflechtung der polnischen Wirtschaft mit der Sowjetunion und den weiteren RGW Staaten.⁴⁸³ Die Sanktionen trugen dann tatsächlich zu einer verstärkten Anbindung Polens an den RGW bei. Folglich kam es zu einer Reduktion von rund 43% der westlichen Importe in Polen, welche die Abhängigkeit zur Sowjetunion erneut verstärkte.⁴⁸⁴ Kreisky sah in der Aufrechterhaltung des österreichischen Außenhandels mit Polen, und den anderen kommunistischen Staaten, eine sehr hohe Priorisierung. Diese verfolgte er vehement und verteidigte sein Vorgehen auch gegen den Druck von außen, wie jenen der US-Administration mit den Forderungen nach Einschränkungen hinsichtlich der österreichischer Exporte.⁴⁸⁵ In einer Pressekonferenz Ende Dezember 1982 brachte Kreisky darüber seine Verwunderung zum Ausdruck, welche ebenso von polnischer Seite rezipiert und u.a. in der polnischen Parteizeitung Trybuna Ludu zusammengefasst wurde.⁴⁸⁶

Kreisky betonte in einer Pressekonferenz:

„dass diese Politik, wie sie in Amerika und in England betrieben wird, Polen wirtschaftlich auf die Knie zu zwingen, der helle Wahnsinn ist. Ich sage das ganz offen. Man schafft nur eine Situation, in der man ärgeres provoziert. Unter anderem, dass was in Polen passiert - in allen anderen Ländern“.⁴⁸⁷

Weiters forderte er die Freilassung der Inhaftierten in Polen und die Zulassung der Gewerkschaftsbewegung, merkte aber an, dass es die Solidarność als Bewegung freilich nicht

⁴⁸⁰ Vgl. Domber, Transatlantic Relations, 195.

⁴⁸¹ Ebd., 196.

⁴⁸² Ebd., 197.

⁴⁸³ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1982, GZ. 166.03.00/339-II.3/82, Zl. 6 – Pol/82, Wotava an Pahr. Warschau 2.8.1982.

⁴⁸⁴ Ebd.

⁴⁸⁵ Vgl. Schröck, US-Perzeption, 67.

⁴⁸⁶ Vgl. Ebd., 67f.

⁴⁸⁷ Österreichische Mediathek, Mittagsjournal, 22.7.1982, JM-820722_k02, Kreisky zu US-Politik bezüglich Polen - Scharfe Kritik., <https://www.mediathek.at/atom/09C3EF95-08B-00156-0000093C-09C30153> (17.6.2020).

mehr geben könne.⁴⁸⁸ Kreisky erwartete außerdem eine rasche Ausarbeitung eines wirtschaftlichen Hilfsprogramms, welches von allen Signatarstaaten der KSZE Schlussakte überprüft werden sollte. Als sinnvollen institutionellen Rahmen sah Kreisky die ECE (United Nations Economic Commission for Europe) der Vereinten Nationen in Genf an.⁴⁸⁹ Bei der (Nicht)Beteiligung an Sanktionen orientierte sich Österreich an der bisherigen diplomatischen Gebarung und vertrat diese auch mit seiner grundsätzlichen skeptischen Haltung. Hier berief sich der Ballhausplatz auf die „immerwährende Neutralität“ und die daraus resultierende Verpflichtung zur Unparteilichkeit sowie eine „große Zurückhaltung bei der Anwendung von Sanktionen als Instrument der österreichischen Außenpolitik“.⁴⁹⁰ In dem Runderlass wurden zudem die bisherigen entmutigenden Erfahrungen, hinsichtlich der Erfolgsaussichten von Sanktionen, erörtert. Mit der Enthaltung seiner Stimme für Sanktionen gegen Polen war Österreich mit weiteren neutralen Staaten wie der Schweiz und Schweden im Einklang.⁴⁹¹ Kreiskys allgemeine Einschätzung der Lage und dessen Befürchtung, dass die polnische Krise die Ost-West Beziehungen massiv gefährde, teilte die neutrale Schweiz. Die Schweiz sei gegen jede massive Sanktionspolitik, aber für „konstanten und selektiven“ Druck. Und artikulierte ferner „man möge nicht das polnische Drama zu einer Ost-West Konfrontation machen“. In Bern kamen aber auch andere Signale an, welche signalisierten, dass „aus Kreisen der polnischen Bevölkerung man immer wieder höre, dass Sanktionen gegen die Sowjetunion und Polen wirkungsvoller seien, als man im Westen annehme“.⁴⁹² Kreiskys persönliche und allgemeine Auffassung zum Thema Sanktionen stand dieser Meinung, welche bereits vor der „polnischen Krise“ oftmals verkündet wurde, wohl skeptisch bis ablehnend gegenüber.⁴⁹³ Zwar fand Kreisky, wie die hier gezeigten Quellen belegen, durchaus Fürsprecher für die ökonomische Wiederbelegung Polens. Für die polnische sowie die österreichische Wirtschaft blieben die starken Bemühungen Kreiskys um eine verstärkte internationale Wirtschaftshilfe, auch aufgrund der Sanktionen anderer Staaten, wirkungslos. Seine sichtlich zu ambitionierten

⁴⁸⁸ Ebd.

⁴⁸⁹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1982, GZ. 166.03.00/336-II.3/82, Zl. 6 – Pol/82. Gezeichnet Wotava, Warschau 23.7.1982.

⁴⁹⁰ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/237-II.3/82, Runderlass an alle Berufsvertretungsbehörden im Ausland. Informationen zur Lage in Polen und Information über die Haltung Österreichs zur Sanktionsfrage. Wien 12.3.1982.

⁴⁹¹ Ebd.

⁴⁹² ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, Zl. 350.2/4-RES/82, „Das EDA zur Entwicklung in Polen“. Gezeichnet Sautter. Bern 24.2.1982.

⁴⁹³ Kreisky dazu: „Das gefährlichste wäre, aus der Not der Menschen dort politisches Kapital zu schlagen, wie es manche einmal wollten. Weizenlieferungen an die Sowjetunion zu verweigern hätte nur den Zorn der russischen Massen geweckt. Die Leute hätten gesagt: So sind sie eben, die westlichen Kapitalisten, sie wollen uns verhungern lassen, auch wenn wir für ihren Weizen zahlen. Deshalb war ich immer dafür, Getreide zu liefern.“ Kreisky, Die Zeit, 108f.

Pläne, die „durchaus im eigenen österreichischen Interesse“ standen, gelangten nie über die Planungsphase hinaus und fanden zudem keine Umsetzung innerhalb der Europäischen Wirtschaftskommission.⁴⁹⁴ Kreiskys wirtschaftspolitische Schützenhilfe für Polen lässt sich kritisch betrachtet auch als verkrampter Versuch, die Détente wiederzubeleben, interpretieren.

Nach dem ansteigenden innenpolitischen⁴⁹⁵ Argwohn gegenüber Kreisky schien nun auch seine außenpolitische Strahlkraft, sein Gehör und Gefühl für multilaterale Lösungen zu verblassen. Noch offensichtlicher zeigte sich seine schwächer werdende Zugkraft hinsichtlich der Nord-Süd- Problematik beim Cancún- Entwicklungshilfegipfeltreffen 1981 zwischen den Regierungschefs.⁴⁹⁶ Für Röhrlisch bildete dieses Treffen bereits den Zenit von Kreiskys international bedeutsamen Wirken, in dem sich „ das Ende seiner außenpolitischen Ära bereits überdeutlich zeigte“⁴⁹⁷. Eine Karikatur von „Ironimus“ Zeichner Gustav Peichl aus dem Jahre 1982 illustrierte die Diskrepanz zwischen Kreiskys Vorliebe zur Außenpolitik und seinen anwachsenden Problemen damit.⁴⁹⁸ Vielfach wurde, bereits in Hinblick auf die kommende Kanzlerkandidatur Kreiskys bei den Wahlen 1983, sein zunehmend problematisch werdender Gesundheitszustand thematisiert und medial aufgegriffen. Kreisky unterzog sich noch 1982 einem medizinischen Gutachten, welches ihm die Tauglichkeit für eine weitere hypothetische Kanzlerschaft in der kommenden Legislaturperiode attestierte. Kreisky wünschte sich ein ungeschöntes Gutachten. Die mediale, mitunter polemische, Kritik an Bundeskanzler Kreisky und dessen Stil mochte auch nach dem positiven Bulletin der Mediziner nicht verhallen.⁴⁹⁹

⁴⁹⁴ Vgl. Petritsch, Bruno Kreisky, 305.

⁴⁹⁵ Pars pro Toto: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/278-II.3/82, Entschließungsantrag der Bundesräte Dr Schambeck und Genossen betreffend Entwicklung in Polen. 29.4.1982.

⁴⁹⁶ Vgl. Röhrlisch, Kreiskys Außenpolitik, 332-342.; Vgl. Gehler, Österreichs Außenpolitik, Bd.1, 439 -446.

⁴⁹⁷ Röhrlisch, 342.

⁴⁹⁸ In der Karikatur „Alterssteckenpferd“ aus dem Jahr 1982 galoppiert Kreisky sein Steckenpferd „Außenpolitik“, auf welchem er sitzt und versucht es in Zaum zu halten, über die „österreichische Innenpolitik“ hinweg. Auf den Fahnen finden sich die Namen „Ghadafi“, „Arafat“ und „PLO“ angeheftet. In: Hans Werner Scheidl, Ironimus, Der wahre Kreisky, Wien 2010, 240.

⁴⁹⁹ Der Ärztekammer-Präsident Richard Piaty äußerte sich kritisch über die Art und Weise des Gutachtens und die Unseriösität dieser Gesundheitsprognosen. Siehe: Kreisky-Bulletin, Kühne Prognose. In: Die Furche, Nr.19, Jg.38, 2.5.1982.;

Ebenso wurde Kreiskys Stil, im Rahmen seiner damals selbst initiierte Altersklausel innerhalb der SPÖ, welche er bereits durch vorherige Ausnahmeregelungen umging, kritisiert. In: Hubert Feichtlbauer, Kreisky wird bleiben. Der Stil missfällt. In: Die Furche, Nr. 17, Jg. 38, 28.4.1982.

8.3 Bilaterale Stabilität in Zeiten des Kriegsrechts

Trotz der bereits beschriebenen diplomatischen Turbulenzen mit der VR Polen blieben die Beziehungen weitestgehend stabil, wenn diese auch nicht dieselbe Qualität wie in den 1970er Jahren besaß. Polen bedankte sich „herzlich“ bei Österreich für die Hilfslieferungen, welche in der gegenwärtigen Situation von „ungeheurem Wert seien“.⁵⁰⁰ Der österreichische Missionschef in Warschau merkte hinsichtlich der polnischen Einladungsgesuche an den Bundeskanzler und einem seiner Minister an, dass mit „einem offiziellen Besuch in Polen kaum zu rechnen sei“.⁵⁰¹ Österreich betonte die „innen und außenpolitischen Implikationen“, welche solche Besuche nach sich ziehen würden. Kreisky übermittelte Handelsminister Staribacher die Nachricht, dass er es ausschließe nach Polen zu fahren, solange die Verfassungszustände nicht wiederhergestellt sind und in Polen ein Militärregime regiere. Staribacher protokollierte in seinen Tagebüchern Kreiskys Aussagen mit den Worten: „Wo Arbeiter, Gewerkschafter eingesperrt sind, kann und wird er keinen Besuch machen.“⁵⁰² Zwar zeigte die polnische Seite Verständnis, wünschte sich aber zumindest Besuche auf der Ebene der Vizeaußenminister. Dieses Verständnis hinderte sie allerdings nicht daran, permanent die Wünsche nach gegenseitigen Besuchen kundzutun.⁵⁰³

Im Februar 1982 begaben sich Abgeordnete der SPÖ auf eine „Fact-Finding-Mission“ nach Polen.⁵⁰⁴ Wie dankbar und bereitwillig sich das politisch isolierte Polen über diesen Besuch von österreichischer Seite zeigte, offenbarten die Äußerungen von Vizeausenminister Wiejacz. Dieser schien über das Treffen erfreut und war gerne bereit weitere Zusammenkünfte mit Vizepremier Rakowski oder anderen Vizepremiers zu arrangieren.⁵⁰⁵ Bei allem verständlichen Bemühen um direkte Einblicke in die „polnische Krise“ seitens der Fact-Finding-Mission, bleibt den Quellen nach anzunehmen, dass der Erkenntnisgewinn dieses Vorhabens enden wollend war und die Delegation mitunter ein „Potemkin’sches Dorf“ besichtigte. Die polnische Regierung lehnte Besuche von Solidarność Angehörigen und Internierten ohnehin ab. Da laut

⁵⁰⁰ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, 166.03.00/277.II-3/82, Dank Polens an Österreich für Hilfslieferungen. Gezeichnet Ullmann. Wien 27.3.1982.

⁵⁰¹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/252-II.3/82, Zl. 132-RES/82, Poln. Wunsch nach Herstellung politischer Kontakte mit Österr. Gezeichnet ezeichnet Wotava. Warschau 16.3.1982.

⁵⁰² StBKA, Staribacher-Tagebücher, 17.2.1982.

⁵⁰³ „Wie ein roter Faden zieht sich durch jede Konversation im polnischen Außenministerium der polnische Wunsch nach Wiederaufnahme des politischen Dialogs“. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/258-II.3/82, Zl. 152-RES/82, Polnischer Wunsch nach Aufnahme des politischen Dialogs zwischen Österreich und Polen. Wotava an BMAA.

⁵⁰⁴ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/161-II.3/82, Information für den Herrn Bundesminister. Polen; Fact-Finding-Mission der SPÖ; Pressekonferenz. Gezeichnet Ullmann. Wien 12.2.1982.

⁵⁰⁵ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, 166.03.00/123.II-3/82, Fact-Finding-Mission; Vorgespräche, Warschau 26.1.1982.

Kriegsrecht alle Organisationen aufgelöst wurden, existierten vielmehr keine offiziellen Solidaritätsvertreter.⁵⁰⁶ Polens Bemühungen um eine außenpolitische Normalität in Form von Besuchsdiplomatie betraf auch die Warschauer Pakt Staaten. Bei einem geplanten Besuch Jaruzelskis bei János Kádár in Budapest hatten es die ungarischen Kommunisten bei „der Realisierung dieses Treffens nicht eilig“⁵⁰⁷. Österreichs Missionschef versuchte hingegen abermals die wirtschaftliche Komponente der Beziehungen hervorzuheben und verwies auf die bedeutungsvollen Kompensationsgeschäfte.⁵⁰⁸

Kreisky blieb jedenfalls um Ideen für weitere Lösungen bemüht. Seiner Meinung nach führten die Repressionen in Polen und die darauffolgenden Sanktionen zu einem „unbefriedigenden Stand der Ost-West Beziehungen in Europa.“ Dem vorhandenen Status Quo stellte er den Gedanken einer „neuen Helsinki-Konferenz auf höchster Ebene“ entgegen. Kreisky sah diese „mutige, konstruktive Lösung zwar nicht als „[...] generell befriedigende, so doch als [...] stabilisierende Lösung“.⁵⁰⁹ Kreiskys Umsetzung strebte also erneut nach einer internationalen, multilateralen Lösung. Für die Erreichung einer Stabilisierung nannte Kreisky folgende Punkte:

- I. „Der Status Polens als Mitglied des östlichen Bündnissystems müsste bekräftigt werden“ und „allfälligen diesbezüglichen Besorgnissen der Sowjetunion der Boden entzogen werden“.
- II. Für den innenpolitischen Dialog schätzte Kreisky die Lage realistisch ein und ging davon aus, dass nach der Herstellung neuer Freiräume in Polen „die frühere Solidaritätsgewerkschaft als Dialogpartner nicht mehr zum Tragen kommen würde“.
- III. Als dritten Punkt sah Kreisky den „Wiederaufbau der polnischen Wirtschaft“ und die „langfristige Regelung der polnischen Auslandsschulen“ für unumgänglich.⁵¹⁰

Die Idee einer internationalen Lösung dachte Kreisky auch auf Gewerkschaftsebene an und forderte am SPD-Parteitag im Frühjahr 1982 in München die westlichen Gewerkschaften auf, „sich stärker für eine Wiederherstellung der bürgerlichen und gewerkschaftlichen Rechte in

⁵⁰⁶ Ebd.

⁵⁰⁷ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/269-II.3/82, Ungarn-Polen; ungarische Wirtschaftshilfe und von polnischer Seite erwünschtes baldiges Treffen auf höchster Ebene. Gezeichnet Dengler. Budapest 15.3.1982.

⁵⁰⁸ StBKA VII.1. Länderbox Polen 1, Zl. 133-RES/82, Gespräch mit dem polnischen Vize-Außenminister Olechowski über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Polen. Gezeichnet Wotava. Warschau 16.3.1982

⁵⁰⁹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/257-II.3/82, Polen; Gedanke des Herrn Bundeskanzlers betreffend Abhaltung einer internationalen Konferenz. Gezeichnet Ullmann. Wien 26.3.1982.

⁵¹⁰ Ebd.

Polen einzusetzen“⁵¹¹. Mit seiner auf Polen fokussierten Rede⁵¹² erlangten seine Ideen und Lösungsansätze eine zusätzlich gesteigerte Außenwirkung. Die im U.S. State Department als „sehr interessante Idee“ titulierten Vorschläge zirkulierten dort unter dem Terminus "Kreisky-Plan“⁵¹³. Das vorliegende Archivmaterial zeigt, dass Kreisky wiederkehrend auf höchsten Ebenen die Wichtigkeit einer wirtschaftlichen Lösung postulierte.⁵¹⁴ Auch Polen zeigte Interesse an Kreiskys Überlegungen. Über den Rahmen, in welchem Lösungen gefunden werden sollten, existierten aber divergierende Ansichten. Polen sah einerseits die Lösung bei der ECE als problematisch an, andererseits waren „alle polnischen Anstrengungen darauf gerichtet das Polen - Problem aus dem KSZE-Bereich herauszunehmen“. Viel mehr „hielte man am ehesten einen Weg für gangbar, bei dem unter österreichischem Vorsitz einige direkt interessierte Staaten beteiligt wären“⁵¹⁵.

Bei den 1. Mai Feierlichkeiten der PZPR entschloss sich der neue österreichische Missionschef Richard Wotava nach „intensiven“ Konsultationen innerhalb des Diplomatischen Corps der Einladung Folge zu leisten und den festlichen Parteiveranstaltungen beizuwohnen.⁵¹⁶ Zuvor kam es zu „Erleichterungen von kriegsrechtlichen Maßnahmen, einschließlich die Freilassung von 1000 Internierten“⁵¹⁷. Am 1. und am 3. Mai, dem traditionellen Tag der Verfassung von 1791⁵¹⁸, kam es dennoch in zahlreichen polnischen Städten zu Straßenschlachten und Kundgebungen.⁵¹⁹ Was vordergründig nach einer befremdlichen Optik und kaum mehr „neutralen Praxis“ anmuten mag, zeigte vielmehr die so häufig praktizierte außenpolitische

⁵¹¹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/276-II.3/82, Polen; Gedanke des Herrn Bundeskanzlers betreffend Abhaltung einer internationalen Konferenz, HBK zu Gewerkschaftsfrage (SPD-Parteitag). Gezeichnet Ullmann. Wien 27.3.1982.

⁵¹² Arbeiter-Zeitung, Kreisky bei SPD-Parteitag: Vorrang für Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Wirtschaftsordnung ändern bleibt permanenter Auftrag, 22.4.1982.

⁵¹³ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/312-II.3/82, Zl.427-Res/82 Polen; Gedanke des Herrn Bundeskanzlers betreffend Abhaltung einer internationalen Konferenz, 21.5.1982.

⁵¹⁴ Hier im Rahmen einer Tischrede anlässlich des Besuches des UN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/340-II.3/82, Polenkrise; Gedanken des Herrn Bundeskanzlers zur Lösung. Gezeichnet Ullmann. Wien 12.8.1982.

⁵¹⁵ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/370-II.3/82, Amtsvermerk. Polen, Initiative des Herrn Bundeskanzlers; allfällige Reise Außenminister Olszowskis nach Wien; Vorsprache des polnischen Botschaftsrates Skowronski. Gezeichnet Ullmann. Wien 7.10.1982.

⁵¹⁶ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/295-II.3/82, Zl. 219-RES/82 Warschau – 1.Mai- Feiern. Gezeichnet Wotava. Warschau 3.5.1982.

⁵¹⁷ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00.309/II.3, Zl. 2-Pol/82; Innenpolitik in Polen weiterhin in der Sackgasse. Gezeichnet Wotava 17.5.1982.

⁵¹⁸ Neben dem Jahr 1791 kann das Jahr 1790 durch mehrere konstitutionelle Erneuerungen Ostmitteleuropas als Zäsur in der (ostmitteleuropäischen) Geschichte angesehen werden. Dazu zählen die Landtage der Jahre 1790 und 1791 in Böhmen und Ungarn, welche die aufkeimenden Nationalbewegungen widerspiegeln. Diese führten "in nahezu allen Kronländern zur Formulierung weitreichender Reformprogramme." von Puttkamer, Ostmitteleuropa, 19.

⁵¹⁹ Vgl. Kühn, Jahrzehnt, 308.

Leitlinie des neutralen österreichischen Kleinstaates. Der Ballhausplatz lag im Gegensatz zu den NATO-Staaten erneut auf einer Linie mit anderen neutralen Staaten wie Schweden und der Schweiz.⁵²⁰ Dennoch bleibt die Teilnahme an den Feierlichkeiten wohl ein zweiseitiges Schwert und lässt die Frage, wie neutral ein Besuch dieser Art überhaupt sein kann, zumindest offen. Die kommenden Maitage des Jahres 1982 blieben bewegt. Am 13. Mai gab es in ganz Polen kurze Streiks und öffentliche Kundgebungen.⁵²¹ Einen Tag zuvor besuchte Polens Vizepremier Rakowski Bruno Kreisky in Wien. Aufgrund der mangelnden Überlieferung durch die Akten des Außenamtes bleibt dieser Besuch nebulös. Einzig im Kreisky-Archiv lässt sich eine nur bedingt aussagekräftige Journalmeldung der Botschaft in Warschau, in Form des Hinweises auf eine Berichterstattung der polnischen Presseagentur PAP, nachweisen.⁵²² Bei der Pressekonferenz von Rakowski zeigte sich dieser mit dem Gesprächsergebnis „zufrieden“. Er betonte Kreiskys Rolle als „bedeutenden Entspannungspolitiker“. Die Erläuterungen Kreiskys werde er an die Führung in Polen weiterleiten, welche „die Bemerkungen Kreiskys zu Polen immer sehr aufmerksam verfolge“. An der „Politik der Normalisierung“ werde die polnische Führung weiter festhalten.⁵²³ Für den österreichischen Missionschef Wotava zeigten die „beachtlichen Gewalttätigkeiten [wie] gefährlich und explosiv die Lage in Polen trotz vorübergehender scheinbarer Beruhigung plötzlich werden kann“⁵²⁴. Bei einem Scheitern des Militärregimes Jaruzelskis vermutete er „würde ein noch härteres Regime und eine noch größere Abhängigkeit von der Sowjetunion zur Folge haben“. Demnach sei die innenpolitische Lage „derzeit zweifellos in einer totalen Sackgasse“, welche „nur unerfreuliche Schlüsse“ zulässt und sich bei einer Verschlechterung der Lage „noch mehr mit allen für den Weltfrieden daraus resultierenden großen Gefahren“ ergeben.⁵²⁵ Ende Juni des Jahres 1982 sah Wotava keine entscheidende Verbesserung der innenpolitischen und wirtschaftlichen Krise Polens um „nachträglich für die „derart radikale[n] Maßnahme eine Art Rechtfertigung zu finden“.

⁵²⁰ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/284-II.3/82, 1.Mai- Feierlichkeiten- Teilnahme des Missionschefs. Gezeichnet Wotava. Warschau 29.4.1982.

⁵²¹ Vgl. Kühn, Jahrzehnt, 310.

⁵²² StBKA VII.1. Länderbox Polen 5, Besuch von Vizepremierminister Rakowski bei BK Kreisky in Wien- Papaussendung über Rakowskis Pressekonferenz in Wien. Warschau 13.5.1982.

⁵²³ Freilassung Walesas nicht möglich. In: Arbeiter-Zeitung, 13.5.1982.

⁵²⁴ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00.309/II.3, Zl. 2-Pol/82; Innenpolitik in Polen weiterhin in der Sackgasse. Gezeichnet Wotava Warschau 17.5.1982.

⁵²⁵ Ebd.

„Viel eher ist es dem „Militärregime in keiner Weise gelungen, einen namhaften Bevölkerungsteil oder eine Berufsgruppe auf eine Seite zu ziehen und bei diesen Verständnis für die kriegsrechtlichen Maßnahmen zu finden“⁵²⁶.

In den kommenden Wochen bewegte sich „Polens Innenpolitik in einem anscheinend ausweglosen Kreis“⁵²⁷. Am 31. August 1982, dem zweiten Jahrestag des „Danziger Abkommens“, setzte die Zivilgesellschaft trotz tausender Verhaftungen in Form von illegalen Straßendemonstrationen in 66 Städten ein Zeichen.⁵²⁸ Für den Geschäftsträger der Botschaft schien das besonders harte Vorgehen der Sicherheitskräfte im Vergleich zu den Mai-Zwischenfällen darauf angelegt, die Bevölkerung einzuschüchtern. Die Unruhen tangierten ebenso die diplomatischen Beziehungen. Minister Pahr erteilte die Weisung, „der Herr Sektionsleiter möge beim polnischen Botschafter protestieren.“⁵²⁹ Es ging bereits wie im Vorjahr um die Bestimmungen der Wiener Diplomatenkonvention und die dortigen Rechte hinsichtlich der Bewegungsfreiheit in Dienstausbung. Ein österreichischer Diplomat schilderte seine Eindrücke über die ‚hermetische Abriegelung‘ Warschaus in plastischer Form:

„Bei dem Versuch einer offiziellen Einladung [...] Folge zu leisten wurde der Dienstwagen mit dem Gefertigten [...] von ca. 1 Dutzend Milizsoldaten gestoppt. Der leitende Offizier zeigte mit der Maschinenpistole auf die Reifen des Wagens und forderte den Fahrer auf Polnisch auf sofort zu verschwinden, sonst würde er ‚alle Reifen verlieren‘. Zur Bekräftigung trommelte ein anderer Soldat auf Scheiben und Blech des Wagens. Argumentieren erschien nicht zielführend“⁵³⁰.

Unabhängig von diesem Vorfall zeigte sich Rakowski im Herbst erneut sichtlich dankbar für Österreichs Rolle als diplomatischer „Eisbrecher“ und die Initiative Kreiskys zur polnischen Lage.⁵³¹ In der polnischen Innenpolitik wurden hingegen die Zügel erneut straffer gezogen. Der Sejm beschloss durch ein Gesetz vom 8. Oktober 1982 die bisherige suspendierte Solidaritätsgewerkschaft sowie alle bisherigen Gewerkschaftsorganisationen vollständig

⁵²⁶ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, Konvolut RES- Berichte, Zl. 5-Pol/82, Wotava an BM Pahr. Warschau 25.6.1982.

⁵²⁷ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, Konvolut RES-Berichte, Zl. 7-Pol/82; Polens Innenpolitik bewegt sich in einem anscheinend ausweglosen Kreis. Wotava an BM Pahr. Warschau 16.8.1982.

⁵²⁸ Vgl. Kühn, Jahrzehnt, 314.

⁵²⁹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/352-II.3/82, Polen; Unruhen vom 31.8.1982. Behinderung der Bewegungsfreiheit des österreichischen Geschäftsträgers; Protest. Gezeichnet Daublebsky. Wien 3.9.1982.

⁵³⁰ Ebd.

⁵³¹ „Die poln. Regierung schätze überaus die realistische Einschätzung der innenpolitischen Lage Polens und der internationalen Situation durch den HBK, der auch dafür bekannte sei, dass er nicht nur zum gegebenen Moment Kritik anzubringen, sondern diese auch mit konstruktiven Lösungsvorschlägen zu verbinden wisse“. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/389-II.3/82, stellv. Vizeministerpräsident Rakowski zur bevorstehenden Poleninitiative des HBK.; Gezeichnet Wotava. Warschau 27.10.1982.

aufzulösen.⁵³² Die Reaktionen des Westens auf das Gesetz wurden „insgesamt als eher gemäßigt qualifiziert“. Papst Johannes Paul II. bezeichnete es als „schwerwiegende Verletzung der fundamentalen Rechte des Menschen und der Gerechtigkeit“. Die christlichen Gewerkschaften und der Europäische Gewerkschaftsbund erhoben Protest. Bundeskanzler Kreisky erklärte „das derzeitige Regime sei mit der Schlussakte von Helsinki unvereinbar“ und meinte damit auch das Verbot der „Solidarität.“⁵³³ Die oppositionelle österreichische Volkspartei unter Mock verurteilte die Entwicklungen in Polen und forderte Kreiskys Bundesregierung auf, bei der polnischen Regierung „eindringlich auf die Folgen“ des Verbotes der Solidarność hinzuweisen und gegen die Verletzung der Schlussakte von Helsinki zu protestieren.⁵³⁴ Hinsichtlich der Einhaltung der österreichisch-polnischen Kohleverträge gab es bei diplomatischen Gesprächen erneut die Zusicherung, dass diese eingehalten werden.⁵³⁵ Wotava ahnte hinter Jaruzelskis Entscheidung, mit welcher „vermutlich die letzten Notbrücken zwischen der millionenfach zählenden Opposition und dem Regime niedergerissen wurden“, einen großen sowjetischen Druck auf Polen. Als Zeichen dafür diente ihm die „auffallende Verhärtung des Regimes gegenüber der Opposition nach dem Besuch Jaruzelskis auf der Krim im Sommer dieses Jahres“⁵³⁶. Am 9. Oktober protestierte die TKK (Tymczasowa Komisja Koordynacyjna), die provisorische Koordinierungskommission und Untergrundleitung der Solidarność, vehement dagegen und bezeichnete die Auflösung aller Gewerkschaftsverbände als „einen beispiellosen Akt in der Geschichte zivilisierter Gesellschaften“ und betonte, „dass die Bewegung einzig und allein durch eine Entscheidung aller Mitglieder aufgelöst werden“ kann.⁵³⁷ Die Aufrufe der verbotenen Solidarność zu einem Generalstreik für den 10. November, dem 2. Jahrestag ihrer offiziellen Registrierung, blieben „weitestgehend nichtbefolgt“. Die gravierende Fehlkoordination, so die Meinung der Diplomaten in Warschau, schadete der Bewegung massiv und stellte die Reputation der Gewerkschaftsführer in Frage. Mit der erfolgten Freilassung des seit über 11 Monaten inhaftierten Wałęsas am 14. November wurde der Bevölkerung signalisiert, dass „weiteres Wohlergehen [...] Früchte trägt“⁵³⁸. Bald darauf

⁵³² ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/373-II.3/82, Polen; neues Gewerkschaftsgesetz, Information und Bewertung. Runderlass an alle Berufsvertretungsbehörden gemäß Listen Ost u. West. Gezeichnet Ullmann, Wien 15.10.1982.

⁵³³ Ebd.

⁵³⁴ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/393-II.3/82, Entschließungsantrag im Nationalrat betreffend die Lage in Polen. 21.10.1982.

⁵³⁵ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/390-II.3/82, Zl. 541-Res/82 Gespräch mit dem neuen polnischen Botschafter. Gezeichnet Liedermann, Moskau 21.10.1982.

⁵³⁶ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, Konvolut RES- Berichte, Zl. 8-Pol/82, Die innenpolitische Situation nach dem Verbot der Solidarität. Wotava an BM Pahr. Warschau 18.10.1982.

⁵³⁷ Kühn, Jahrzehnt, 317.

⁵³⁸ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/411-II.3/82, Zl. 9-Pol/82, Wotava an BM Pahr. Warschau 19.11.1982.

wandte sich Jaruzelski in einem Schreiben erneut persönlich an Kreisky. Es blieb bis Ende des Kriegsrechts ein kontinuierliches und rhetorisch kluges Prozedere, ständig zu betonen, dass sich Kreiskys Bemühungen um Entspannung mit der polnischen Regierung decken.⁵³⁹ Polen sah sich laut Jaruzelski jedenfalls nicht als „die Ursache für Komplikationen in der internationalen Situation“. Jaruzelski stellte bereits die vorzeitige Aufhebung des Kriegsrechts in den Raum. Die österreichische Diplomatie zeigte sich zu den Gerüchten um eine mögliche Aufhebung des Kriegsrechts durch den Sejm am 13. Dezember 1982 skeptisch. Diese plausible und richtige zeitgenössische Einschätzung lag darin begründet, dass es dem Regime „in keiner Weise [gelingt] die Bevölkerung zu motivieren, jene Arbeitsleistungen zu erbringen, die für die Überwindung der schweren Wirtschaftskrise des Landes notwendig wären“. Erschwerend kam hinzu, dass die Regierung „kläglich daran gescheitert ist einen neuen, sinnvollen und fruchtbaren Dialog mit der Bevölkerung zu beginnen“.⁵⁴⁰ Die juristische Möglichkeit der Suspendierung des Kriegsrechts wurde in einer Sitzung des Sejms am 18. Dezember und dem Beschluss des Staatsrates vom 19. Dezember 1982 geschaffen. Dies bewirkte ein Nichtwirksamwerden der Mehrzahl der Kriegsrechtsbeschränkungen wie das Verbot von Vereinigungen aller Art und Gewerkschaften, einschließlich der Verfügung von Internierungen, Reisebeschränkungen innerhalb des Landes sowie der Post- und Telefenzensur.⁵⁴¹ Für den österreichischen Botschafter Wotava war dies aber ausschließlich eine „vorwiegend kosmetische Operation“, weil nach der Suspendierung der Kriegsrechtsmaßnahmen mit „neue[n] gesetzlichen Maßnahmen faktisch derselbe Effekt, wie vorher hergestellt sein wird“⁵⁴². Die Entwicklung in den letzten Monaten zeigte die konstant große Kluft zwischen der Bevölkerung und dem Regime. Verstärkt wurden diese durch „entscheidende Schläge gegen die Gesellschaft“⁵⁴³ durch das Verbot der Solidarität, des unabhängigen Bauernverbandes⁵⁴⁴, der autonomen Studentenorganisation, die Auflösung der Journalistenvereinigung⁵⁴⁵ und des

⁵³⁹ StBKA VII.1. Länderbox Polen 1, GZ. 166.03.00/395-II.3/82, Polen-Initiative des Herrn Bundeskanzler; Schreiben von Ministerpräsident Jaruzelski an den Herrn Bundeskanzler. Wien 8.11.1982/. „Ich teile mit Ihnen völlig die Überzeugung, dass man die für Europa und die Welt gefährlichen Tendenzen entschieden bekämpfen soll“. Warschau 19.11.1982.

⁵⁴⁰ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/428-II.3/82, Zl. 10-Pol/82, Suspendierung des Kriegsrechtes – grundlegende Ursachen der innenpolitischen Krise nicht behoben. Wotava an BM Pahr. Warschau 20.12.1982.

⁵⁴¹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/428-II.3/82, Zl. 401.36.45/82, Suspendierung des Kriegszustandes; offizielle Zusammenfassung der Auswirkungen. Wotava an BMAA. Warschau 21.12.1982.

⁵⁴² Ebd.

⁵⁴³ Ebd.

⁵⁴⁴ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/281-II.3/82, Präsident der suspendierten Bauernsolidarität erklärt sich zur Mitarbeit mit poln. Regime bereit. Wotava an Außenamt Wien.

⁵⁴⁵ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/247-II.3/82, Auflösung des unabhängigen und selbstverwalteten Journalistenverbandes und Neugründung eines linientreuen Journalistenverbandes. Wotava an Außenamt Wien. 22.3.1982.

Schauspielerverbandes. Diese Repressionsmaßnahmen führten „zu einer weitgehenden Lähmung und Lethargie eines Großteils der polnischen Bevölkerung, welche auch der ständigen innenpolitischen Unruhen müde geworden ist“. Für Wotava waren gegen Ende des Jahres 1982 demnach „nicht einmal im Ansatz die grundlegenden Ursachen der Krise des Landes behoben“⁵⁴⁶. Die Stellung der Kirche schien unverändert stark, wenngleich die Kirche zunehmend von der Stärkung der Solidaritätsbewegung abrückte und sich laut Glemp in erster Linie auf die religiösen Ziele fokussierte, um nicht mehr als Partei in den tagespolitischen Streit hineingezogen zu werden.⁵⁴⁷ Die von der Kirche bewusst forcierte fehlende mediale-öffentliche Repräsentanz und ihr Stellenwert in der tagespolitischen Auseinandersetzung zeigte letztlich genau jenen Befund, den Kreisky bereits im Jänner 1982 folgerichtig analysiert und polemisch artikuliert hat.

Für Österreichs Wirtschaft und die Regierung konnte die Feststellung, dass Polen „nunmehr wieder seine vertraglichen Verpflichtungen bei den Kohlelieferung nach Österreich“ erfüllt, zumindest einen kleinen Lichtblick darstellen.⁵⁴⁸ Während Österreichs Kontakte zu Polen stabil blieben⁵⁴⁹, zeigte sich, dass z.B. die polnisch-amerikanischen Beziehungen „einen Tiefstand“ erreichten, da „nunmehr auch von polnischer Seite die Kontakte mit den USA z.B. im Kultur- und Informationsbereich eingeschränkt wurden“⁵⁵⁰. Von polnischer Seite wurde erhofft, „dass es 1983 auch wieder zu Besuchen österr. Regierungsmitgliedern in Polen kommen werde, welche 1982 praktisch völlig unterblieben seien“.⁵⁵¹ Erneut appellierte das offizielle Polen an Österreichs Rolle als „diplomatischer Eisbrecher“. Doch Österreich war nicht der einzige Adressat von Wünschen des Jaruzelski-Regimes. Die stets von offizieller Seite wiederholten Forderungen nach der nationalen Aussöhnung mussten unter der permanenten Unterdrückung der Wünsche von Arbeiter*innen und Intellektuellen nach materieller Sicherheit und geistiger Freiheit unweigerlich scheitern. Paradoxerweise forderte das Regime von ihrer Bevölkerung

⁵⁴⁶ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1982, GZ. 166.03.00/428-II.3/82, Zl. 10-Pol/82, Suspendierung des Kriegsrechtes – grundlegende Ursachen der innenpolitischen Krise nicht behoben. Wotava an BM Pahr. Warschau 20.12.1982.

⁵⁴⁷ Ebd.

⁵⁴⁸ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1983, GZ. 166.03.00/5-II.3/83, Runderlass an alle Berufsvertretungsbehörden im Ausland. Polen; Lage nach der Suspendierung des Kriegsrechts. Gezeichnet Ullmann. 10.1.1983.

⁵⁴⁹ Der polnische Botschafter in Wien, Adamkiewicz merkte an, dass sich trotz aller Schwierigkeiten die Beziehungen auch im vergangene Jahr so gut entwickelt hätten „wie mit keinem anderen Land der Welt“. „Herr Adamkiewicz vermied es auf die Frage einzugehen, ob er damit nur einen bestimmten Teil der Welt oder vielleicht wirklich die ganze Welt gemeint habe“. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1983, GZ. 166.03.00/8-II.3/83, Zl. 554-K/82, Polen; Suspendierung des Kriegszustandes; Vorsprache des Botschafters der VR Polen am 27.12.1982. Gezeichnet Jankowitsch. 27.12.1982.

⁵⁵⁰ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1983, GZ. 166.03.00/5-II.3/83, Runderlass an alle Berufsvertretungsbehörden im Ausland. Polen; Lage nach der Suspendierung des Kriegsrechts. Gezeichnet Ullmann. 10.1.1983.

⁵⁵¹ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1983, GZ. 166.03.00/8-II.3/83, Zl. 554-K/82, Polen; Suspendierung des Kriegszustandes; Vorsprache des Botschafters der VR Polen am 27.12.1982. Gezeichnet Jankowitsch. 27.12.1982.

vielmehr „die Ärmel hochzukrempeln und durch erhöhten Arbeitseinsatz die Wirtschaftskrise beseitigen zu helfen“⁵⁵². Im April bezeichnet der österreichische Botschafter die Solidarność zwar als „weitgehend zerschlagen“. Dennoch schienen die Ideen der Solidarität in der Bevölkerung weiterzuleben und die „Symbolkraft Wałęsas“ für eine seinerzeit noch Millionen zählende Bewegung schier „ungebrochen“. Die politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes hingegen wurden seit der Einführung des Kriegsrechts „nicht einmal im Ansatz gelöst“. Wotava bilanzierte im April 1983:

„Die polnische Krise ist auch tiefer und schwerwiegender als alle anderen bisherigen Krisen im Ostblock und in Polen lehnen alle gesellschaftlichen Schichten die kommunistische Herrschaft ab. In keinem anderen Staat des Ostblocks hat das kommunistische System derart Schiffbruch erlitten wie in Polen“⁵⁵³.

Diametral zu der real existierenden Wirtschaftslage, meinte Jaruzelski in gewohnt kommunistischer Diktion, „dass es gelungen sei unheilvolle Wirtschaftstendenzen aufzufangen und umzukehren. Die fortschreitende Wirtschaftsstabilisierung sei eine Tatsache [...] und es bestünden gute Aussichten für eine Planübererfüllung“⁵⁵⁴. Von Jaruzelskis artikulierter Planübererfüllung machte sich in der österreichischen Handelsbilanz kaum etwas bemerkbar. Das chronisch leere Füllhorn Polens übergoss Österreich nicht mit den ausstehenden Krediten. Graf und Ruggenthaler betonen, dass „an der Bruttoverschuldung Polens in konvertierbaren Devisen in der Höhe von ca. 40 Milliarden US-Dollar [...] Österreich einen Anteil von mehr als 30 Milliarden österreichischen Schilling, die staatlich garantiert“ waren, hatte.⁵⁵⁵ Weiters konstatierte Wotava im April 1983, „dass der Einfluss der Militärs auf die staatliche Verwaltung nicht etwa im Abnehmen, sondern im Gegenteil im Zunehmen begriffen ist“. Die österreichische Botschaft vermutete bereits seit längerer Zeit, dass „auch bei nomineller Aufhebung des Kriegsrechts sich an der Substanz des Militärregimes nicht allzu viel ändern wird“.⁵⁵⁶

⁵⁵² ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1983, GZ. 166.03.00/43-II.3/83, Zl. 4-Pol/83, Zur innenpolitischen Lage in Polen – ohne Motivation der polnischen Bevölkerung ist eine Überwindung der Krise in Polen nicht möglich. Wotava an Pahr. Warschau 11.4.1983.

⁵⁵³ Ebd.

⁵⁵⁴ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1983, Zl. 166.100.00/5-A/83 Rede von MP General Jaruzelski vor dem Sejm am 22.7. anlässlich der Aufhebung des Kriegszustandes. Gezeichnet Wotava. Warschau 26.7.1983.

⁵⁵⁵ Graf, Ruggenthaler, Polnisch-österreichische Beziehungen im Kalten Krieg, 58.

⁵⁵⁶ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1983, GZ. 166.03.00/43-II.3/83, Zl. 4-Pol/83, Zur innenpolitischen Lage in Polen – ohne Motivation der polnischen Bevölkerung ist eine Überwindung der Krise in Polen nicht möglich. Wotava an Pahr. Warschau 11.4.1983.

Am 21. Juli beschloss der Staatsrat mit der Wirkung vom 22. Juli 1983 die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen, welches bereits mit der Wirkung vom 31. Dezember 1982 suspendiert wurde. An dem Umstand, dass die polnische Bevölkerung jedoch weiterhin von einem Militärregime regiert wurde, änderte sich wenig. Der österreichische Missionschef berichtete dem neuen Außenminister Erwin Lanc, dass „die Freude sehr getrübt sei [und] durch die gleichzeitige Verabschiedung einer Reihe von Sondermaßnahmen“ durch den Sejm, „die die Aufhebung des Kriegsrechtes fast zu einem unbedeutenden Akt werden lassen“⁵⁵⁷. Zu diesen zahlreichen autoritären und nach der Helsinki Schlussakte mehr als bedenklichen Sondermaßnahmen zählten z.B. „schwerwiegende Eingriffe auf dem arbeitsrechtlichen Sektor“ (Arbeitszeitverlängerung, Änderung der Kündigungsbedingungen) und die Anordnung der Arbeitspflicht für „arbeitsscheue Elemente“. Auf dem Sektor der Hochschulautonomie existierten detaillierte Aufzählungen für „Disziplinierungsmaßnahmen für Studierende und Professoren“. Zusätzlich wurden neue „zahlreiche strafrechtliche Tatbestände geschaffen, darunter fällt die Mitgliedschaft zu verbotenen Organisationen wie die der Solidarność, welche mit „drakonischen Freiheitsstrafen“ belegt werden konnten.“⁵⁵⁸ All diese Maßnahmen offenbarten auch nach dem formaljuristischen Ende des Kriegsrechts die etwas nuancenreichere Fortsetzung repressiver Maßnahmen. Diese standen symptomatisch für den scheinbar unüberbrückbaren Graben, welcher zwischen der Bevölkerung und der Regierung bestand. Dies zeigte sich in der Unmöglichkeit eines Dialogs zwischen Regierenden und Regierten. In den 19 Monaten des Kriegsrechts blieben die gravierendsten Probleme bestehen. Zwar konnte die Energieversorgung einigermaßen gesichert werden, hinsichtlich des Lebensstandards der polnischen Bevölkerung ist anzumerken, dass dieser jedoch „drastisch“ abgesunken sei. Aber nicht nur die Verbesserung der Lebensumstände misslang dem Regime. Auch der Widerstand der Opposition konnte von der Regierung nie gänzlich „gebrochen“ werden, weshalb die Ideen der Solidarität weiterlebten.

In der sich wiederkehrenden Debatte um den Spielraum Jaruzelskis gegenüber Moskau vertrat Wotava die Ansicht, dass der innenpolitische Handlungsrahmen Jaruzelskis stark eingeschränkt war, wobei ein außenpolitischer Freiraum durch den Warschauer Pakt ohnehin nicht vorhanden war. Er stellte aber ebenso fest, dass bei einer stärkeren Betonung der Eigenheiten Polens und einem vehementeren Kurs gegenüber Moskau die polnische Regierung im Stande gewesen wäre, sich mehr Freiraum zu erspielen. Dies sei aber bei der „visionslosen ängstlichen, auf die

⁵⁵⁷ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1983, GZ. 166.03.00/89-II.3/83, Zl. 7-Pol/83, Polen nach der Aufhebung des Kriegsrechtes. Wotava an BM Lanc. Warschau 26.7.1983.

⁵⁵⁸ Ebd.

Erhaltung der Macht und die mühsame Aufrechterhaltung der Ruhe im Inneren“ fokussierten Politik von Jaruzelski dessen „politischer Horizont“ nicht weiter reiche, nicht möglich gewesen.⁵⁵⁹ Diese verschiedensten Faktoren erlaubten die logische zeitgenössische Einschätzung⁵⁶⁰, wonach Demokratisierungstendenzen, Liberalisierungsfortschritte und freie Gewerkschaften demnächst nicht realisierbar wären. Durch die Außenwirkung des Papstbesuches 1983 und der Aufhebung des Kriegsrechts erhoffte sich das Regime erneut salonfähig zu werden, um anschließend wieder in den Genuss ökonomischer Zuwendungen des Westens in Form von Krediten zu bekommen. Während die österreichische Diplomatie langsam ihre Geduld bei der Zurückzahlung der polnischen Kredite verlor, zeigte die polnische Regierung keinerlei Absichten Österreich im Vergleich zu anderen Gläubigern eine Priorisierung einzuräumen.⁵⁶¹ In Ermangelung einer „Umschuldungsvereinbarung“ im Rahmen des Pariser Clubs waren Österreich jedoch die Hände gebunden, weshalb enorme monetäre Einbußen zur Disposition standen.⁵⁶² Zu dieser deutlichen Problematik schreibt Graf:

„Die Verknüpfung der Leistung von Zinszahlungen mit der Forderung nach neuen Krediten wurde von Botschafter Wotava als ‚Zumutung‘ empfunden und er konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass ‚Österreich offenbar die Rolle einer unerschöpflichen Melkkuh zgedacht‘ sei“⁵⁶³.

Auf der Ebene der Besuchsdiplomatie kam es bereits wieder zu Besuchen von zwei polnischen Ministern in Wien. Der außenpolitische Bericht von 1983 vermerkte, dass die „bilateralen Beziehungen und Kontakte in gewissen Bereichen aus österreichischer Sicht weiterhin ‚beeinträchtigt [blieben], während sie von polnischer Seite als ‚gut‘ und deren Entwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet als ‚normal‘ bezeichnet werden“⁵⁶⁴. Hinsichtlich der Kulturaußenpolitik erwähnte der Bericht: „Die bilateralen kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen standen zu einem erheblichen Teil im Zeichen des 300. Jahrestages der zweiten Türkenbelagerung [...] Ein österreichischer und ein polnischer Verlag brachten ein gemeinsames Schulbuch zum Thema Türkenbelagerung heraus“. Durch die Begehung des Jubiläumsjahres 1983 wird Polen damit seiner Funktion als „positive Projektionsfläche“ im österreichisch historischen Gedächtnis durch seine Unterstützung zur Beendigung der Türkenbelagerung gedacht.⁵⁶⁵ Das Österreichische Kulturinstitut Warschau

⁵⁵⁹ Ebd.

⁵⁶⁰ Ebd.

⁵⁶¹ Vgl. Graf, Österreich und die „polnische Krise“ im Kontext 1980–1983, 20.

⁵⁶² Vgl. Ebd.

⁵⁶³ Ebd.

⁵⁶⁴ Außenpolitischer Bericht 1983, 452.

⁵⁶⁵ Burka, Was blieb vom Fenster in den Westen?, 234.

nahm den Anlass wahr, indem sie an einem Symposium der Polnischen Akademie der Wissenschaften über "Europa zur Zeit der Türkenbelagerung" mitwirkten. Dieser Kontrast zwischen den einerseits zumindest beeinträchtigten bilateralen politischen Kontakten und der andererseits scheinbar harmonischen Kulturaußenpolitik steht paradigmatisch für die vorhandenen Paradoxien der österreichisch-polnischen Außenpolitik in den Jahren 1981 – 1983.

9 Resümee und Ausblick

Die empirisch untersuchten Jahre 1980 bis 1983 illustrieren zahlreiche Paradoxien der österreichischen Außenpolitik in der „polnischen Krise“. Diese umfassten zahlreiche Bereiche der Innen- und Außenpolitik wie jene der Migrations- und Asylpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Kulturaußenpolitik, der Besuchsdiplomatie sowie die Haltung zu den Arbeiter*innen und Vertreter*innen der Solidarność. Für die Beantwortung der zentralen Forschungsfrage wurden während dieser Arbeit anhand zahlreicher Akteur*innen die österreichischen Reaktionen auf die Entstehung der Solidarność und die Ausrufung des Kriegsrechts untersucht. Mittels eines breit gestreuten Quellenkorpus wurde auch die transnationale Geschichte eingebettet und zudem ein Beitrag für die österreichische Diplomatie- und Außenpolitikgeschichte erarbeitet. Mit der vorliegenden Arbeit zu den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der VR Polen während der „polnischen Krise“ konnte zudem ein Forschungsdesiderat behandelt werden.⁵⁶⁶ In der „polnischen Krise“ offenbarte sich Österreichs Solidarität sowie dessen Skepsis in unterschiedlichen Nuancen. Beides variierte in seiner Ausprägung je nach Themenlage und Perspektive der Betrachter*innen und stellte dadurch reizvolle Herausforderungen im historischen Arbeitsprozess dar.

Die anfängliche Solidarität mit der Gewerkschaftsbewegung wich einer zunehmend stärker werdenden Skepsis. Ein Aspekt dieser Ambivalenz im Lager der österreichischen Sozialdemokratie war zudem der ambivalenten und heterogenen geistigen Provenienz der Solidarność geschuldet. Hier zeigte sich, dass die christliche-konservative Fraktion ihre Sympathien mit der Solidaritätsbewegung offenkundiger zur Schau stellten, wenngleich keine dieser Akteur*innen Regierungsverantwortungen innehatte und so fernab von diplomatischen Usancen agieren konnte. Dies demonstrierte paradigmatisch die medienwirksame Geldübergabe des christlichen Gewerkschafters Engelmayer an Wałęsa. Österreichs Außenamt in Warschau warnte im Laufe der Entwicklungen mehrmals und über einen längeren Zeitraum hinweg, dass die Beschlüsse der Solidarność zu einem Programm führten, das „über jenes einer Gewerkschaft im herkömmlichen Sinne zweifellos hinausgeht“.⁵⁶⁷ Ein wichtiger Aspekt in Kreiskys Außenpolitik war dessen berechtigte Sorge um ein steigendes Wettrüsten der beiden Supermächte. Durch die Entwicklungen ab dem Sommer 1980 einhergehend mit einer turbulenteren polnischen Innenpolitik, sah Kreisky die bereits seit dem Afghanistaneinmarsch

⁵⁶⁶ Vgl. Graf, Kreisky und Polen, 692.; Vgl. Graf, Ruggenthaler, Entspannung trotz Krisen?, 2.

⁵⁶⁷ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1981, GZ. 166.03.00/327-II.1/81, Zur polnischen Krise. Situation nach dem 1. Nationalkongress der Solidarität. Gezeichnet Ullmann. Wien 15.10.1981.

der UdSSR vorhandene latente Gefahr für seine forcierte Entspannungspolitik zwischen den Blöcken gefährdet. Das Ende der Détente veränderte die internationale, politische Stimmungslage und erschwerte Österreichs „aktive Neutralitätspolitik“ zwischen Ost und West. Österreichs Funktion als „diplomatischer Briefkasten“ rückte in den Vordergrund. Österreichs Außenpolitik verlor in den Jahren 1981 - 1983 jene Progressivität der 1970er- Jahre und zunehmende innenpolitische Kontroversen waren das Resultat der Kritik an Kreiskys Außenpolitik.⁵⁶⁸

Der Beginn der „polnischen Krise“ im Sommer 1980 trübte die bis dato problemfreien bilateralen Beziehungen, welche sich besonders in den Handelsbeziehungen manifestierte. Aus polnischer Sicht wurde kontinuierlich der Wunsch nach hochrangigen Besuchen artikuliert. Trotz dieser ausbleibenden Besuche zeigte sich die polnische Regierung für Österreichs Bemühungen, die internationale Isolation Polens zu reduzieren, sehr dankbar. Die polnischen (Kohle)Arbeiter*innen und Vertreter*innen der Solidarność, welche sich vom offiziellen Österreich eine lautstarke und konsequente Solidaritätsbekundung gewünscht hatten, wurden enttäuscht. Eine offenkundige Unterstützung Kreiskys, hinausgehend über die in dieser Arbeit genannten Bekundungen für die Solidarność, blieb aus. Der Blick auf die besuchtsdiplomatischen Beziehungen verdeutlicht jedoch, dass die Regierung Kreiskys sehr wohl ihre Konsequenzen aus den Repressionen gegen die polnische Bevölkerung und dem ihnen oktroyierten Kriegsrecht zog. Bilaterale Treffen auf der Ebene der Fachministerien und hochrangige Besuche entfielen in den Jahren des Kriegsrechts und ließen das Verhältnis merklich abkühlen. Die Sorge Polens um die ausbleibenden Besuche österreichischer Funktionsträger*innen legt die Bedeutung der Besuchtsdiplomatie und Österreichs Rolle als „Türöffner“ im internationalen Staatensystem dar.

Kreiskys weitreichende Nachbarschaftspolitik firmierte unter dem wohlwollend spannungsbefreit klingenden Begriff des Donauraums und inkludierte sogar darüber hinausgehende Staaten, welche den Akteur*innen einen Rückgriff auf eine gemeinsame Historie erlaubte. Die in dieser Arbeit skizzierte österreichische Neutralitätskonzeption schuf den außenpolitischen Rahmen und demonstrierte, dass Österreich bei heiklen Themen wie jenen der Wirtschaftssanktionen im Fahrwasser der Neutralität segelte. Österreich trug die von zahlreichen westlichen Staaten getragenen Sanktionen nicht mit. Die von Kreisky vehement betriebene Forderung nach internationaler Wirtschaftshilfe für Polen fand in der polnischen

⁵⁶⁸ Vgl. Höll, *The Foreign Policy of the Kreisky Era*, 35.

Diplomatie wohlwollende Anerkennung. Österreichs Rolle als „helfende Hand“ für Polen war aber auch dem Umstand geschuldet, sich im Kreise der größten Gläubigerstaaten Polens wiederzufinden. Kreisky beschrieb in seinen Memoiren, dass er die „Desorganisation der polnischen Wirtschaft“ unterschätzt habe und sich über die wirtschaftliche Zusammenarbeit Polens mit Österreich „vielleicht allzu große Hoffnungen“ gemacht habe.⁵⁶⁹ Zeitgenössische, warnende Hinweise aus den Ministerien sowie seinem Umfeld schlug Kreisky aus und vertraute im Falle eines möglichen Zahlungsausfalles Polens auf die Zahlungsfähigkeit und vermeintliche Bürgschaft der Sowjetunion. Während Kreisky bei ökonomischen Themen stets bereit war, für Polen eine Lanze zu brechen und sich nicht an den Sanktionen gegen das Militärregime beteiligte, kamen bei den Themenstellungen hinsichtlich der Verletzung der Menschenrechte und dem Bemühen um Durchsetzung humanitärer Anliegen keine Zweifel über die humanistische Grundhaltung des Ballhausplatzes auf. Besonders die flüchtlingspolitischen Kontroversen verwiesen auf das von Gehler artikuliert widersprüchliche Bild der österreichischen Europapolitik.⁵⁷⁰ Innenpolitische Sachzwänge in Form einer anwachsenden kritischen öffentlichen Meinung hinsichtlich der polnischen Flüchtlingsbewegungen beeinflussten neben der Innen- auch die Außenpolitik. Bei den polnischen Fluchtbewegungen wurde der innenpolitische und mediale Gegenwind für Kreisky kontinuierlich stärker und trug zu einem vermehrt ambivalenten Kurs der Regierung bei. Die vorliegenden Quellen zeigen die starken Bestrebungen der politischen und diplomatischen Vertreter*innen Österreichs, die polnischen Flüchtlinge weltweit zu „verteilen“. Ein Grund dieser Bemühungen war den hohen budgetären Belastungen durch die benötigten Ressourcen für die Flüchtlingsunterkünfte geschuldet. Ein weiterer erheblicher Faktor war die bereits seit Beginn der 1980er Jahre einsetzende Fluchtbewegung aufgrund der desaströsen ökonomischen Rahmenbedingungen in Polen, welche unter dem Terminus „Wirtschaftsflüchtling“ zu einer massiven Aufnahmeskepsis in der österreichischen Bevölkerung führte. Österreich war bei den polnischen Fluchtbewegungen erstmals mit einer hohen Anzahl an flüchtenden Menschen aus einem nicht direkt angrenzenden Nachbarland konfrontiert.⁵⁷¹ Kreisky reagierte und setzte wenige Tage vor Ausrufung des Kriegsrechts die seit 1972 existierende Visafreiheit mit Polen außer Kraft. Dieser Schritt erschwerte die denkbaren Optionen der polnischen Bevölkerung, da

⁵⁶⁹ Vgl. Kreisky, Im Strom, 221.

⁵⁷⁰ Vgl. Gehler, Der lange Weg, 605.

⁵⁷¹ Vgl. Graf, Fluchtbewegungen, 127.

Polen als einziger „Ostblockstaat ohnehin keine direkte Grenze zum Westen oder zu Jugoslawien hatte“⁵⁷²

Zum Zeitpunkt der formalen Aufhebung des Kriegsrechts waren die beiden wichtigen Akteure Willbald Pahr und Bruno Kreisky schon zurückgetreten. Die SPÖ verlor bei den Nationalratswahlen im April 1983 die absolute Mehrheit und die Ära Kreisky als Kanzler endete. Die wirtschaftlichen Probleme Polens und damit auch Österreichs in seiner Rolle als Gläubiger blieben auch Jahre nach dem Ende des Kriegsrechts ungelöst. Die im Titel dieser Arbeit gestellte Frage nach „Solidarität oder Skepsis?“ lässt sich insofern beantworten, als dass beide Reaktionen bejaht werden können und sich dieses Resultat ebenso in dem vorgelegten empirischen Teil widerspiegelt. Bei dem Versuch dieser historischen Arbeit bereits vorhandene Leerstellen zu schließen, ergaben sich weitere vertiefende Fragestellungen, welche für künftige Arbeiten ein ergiebiges Terrain darstellen könnten. Offen bleibt die Frage nach den langfristigen ökonomischen Auswirkungen der „polnischen Krise“ für die österreichische Handelsbilanz und die Banken⁵⁷³. Zudem erscheint der facettenreiche bilaterale Schaden, welcher durch die „polnische Krise“ verursacht wurde, nahezu prädestiniert für eine intensive Beschäftigung mit den österreichisch-polnischen Beziehungen in den folgenden Jahren. Ein Blick auf die gegenwärtigen Kommentare zur damaligen polnischen Solidaritätsbewegung offenbart spannende Meinungen und Ansichten. So bezeichnete der Historiker Timothy Snyder am 31. August 2020 die „Entstehung der Solidarność [...] gegen Ende des 20. Jahrhunderts“ als „eines der wichtigsten Ereignisse in Polen, aber auch in der ganzen Welt. Sie war der Moment, der das Wesen des leninistischen Systems veränderte“⁵⁷⁴. In einer Ausgabe der österreichischen Monatszeitschrift „Datum“ erinnerte sich eine junge Österreicherin mit polnischer Familiengeschichte an die Ereignisse in Polen von 1981 bis 1983 und beschrieb damit einen „Lockdown“ der etwas anderen Art.⁵⁷⁵ Die kompakte Auswahl der nachfolgenden öffentlichkeitswirksamen Huldigungen bzw. Wertschätzungen der Solidarność zeigen, dass diese auch im deutschsprachigen Raum nicht vollständig in Vergessenheit geriet und verdeutlichen die Relevanz des Themas. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte

⁵⁷² Ther, Außenseiter, 262.

⁵⁷³ Vgl. Graf, Österreich und die „polnische Krise“ im Kontext 1980–1983, 21.

⁵⁷⁴ Timothy Snyder, Die Kraft der Solidarität. In: Der Standard, 31.8.2020.

⁵⁷⁵ „Ich selbst weiß, so wird mir klar, so gut wie nichts über dieses Kapitel polnischer Geschichte, obwohl dessen Folgen mein Leben geprägt haben. Dass meine Mutter 1991 mit mir als Säugling bei erster Gelegenheit das Land verlässt und nach Wien geht, ist ihre biografische Konsequenz aus den politischen Ereignissen, die 1981 ihren Anfang nahmen. [...] Mir fällt nur ein, dass meine Mutter, seit ich denken kann, jedesmal fast manisch ›Kriegsrecht!‹ ruft, wenn sie das Geburtsjahr meiner älteren Halbschwester, 1981, erwähnt“. Julia Vitouch, Lockdown anno '81. In: „Datum“, 5 (2020).

sich Ende August 2020 ebenso über die Bedeutung der Bewegung: „Wenn Deutschland in diesem Jahr den 30. Jahrestag der Deutschen Einheit feiere, gehöre die Erinnerung an die protestierenden Danziger unbedingt dazu. Die Frauen und Männer der Solidarność sind europäische Freiheitshelden, die auch mich geprägt haben“⁵⁷⁶. Damit hebt die Bundeskanzlerin mit ostdeutscher Herkunft und Sozialisation zudem die Bedeutung der Solidarność hinsichtlich vorhandener Freiheitsutopien der DDR-Bürger*innen hervor. Zur gleichen Zeit wurde auf den Ringturm in Wien, ein markantes Hochhaus im Besitz einer großen Versicherung, in Kooperation mit dem Unternehmen und dem Wiener Landtag der Schriftzug der Solidarność projiziert und auf das 40 Jahr Jubiläum der Bewegung verwiesen.⁵⁷⁷

Dennoch sollen die hier genannten Beispiele nicht das oftmals mäßige Interesse an diesem Kapitel des Kalten Krieges kaschieren. Während andere Zeitabschnitte des Kalten Krieges, wie z.B. 1956, 1968, 1989, mittlerweile als Jahre der Zäsuren und Transformationen im öffentlichen Diskurs kanonisiert wurden und ihren festen Platz in den Gedenktagen und Jubiläen erhalten haben, stellen die Ereignisse in Polen noch zu häufig einen verschwommenen Part in der gesellschaftlichen Erinnerung und kulturellen Umsetzung außerhalb⁵⁷⁸ Polens dar. Zur selben Ansicht gelangt u.a. Idesbald Goddeeris, welcher diese Einschätzung um die Auslandsaktivitäten des NSZZ Coordinating Office erweitert.⁵⁷⁹ Umso mehr hofft diese Arbeit 40 Jahre nach dem Entstehen der Solidarność seinen Beitrag für eine erhöhte Sichtbarkeit jener Jahre in Polen beitragen zu dürfen.

⁵⁷⁶ "Europäische Freiheitshelden": Kanzlerin Merkel erinnert an 40 Jahre Solidarność“, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Nr. 299, Berlin 29. August 2020.

⁵⁷⁷ Vienna Insurance Group (Hg.) Presseaussendung: OTS0045 5 WI 0526 VIG0001 CI, Wien 27.8.2020. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200827_OTSS0045/ringturm-strahlt-im-zeichen-von-40-jahre-solidarno-bewegung-in-polen-bild (4.9.2020).

⁵⁷⁸ Eine seltene Ausnahme im deutschsprachigen Kulturraum stellt der Film „Strajk – Die Heldin von Danzig“ von Volker Schlöndorff (2006) dar.

⁵⁷⁹ Vgl. Idesbald Goddeeris, Lobbying allies? The NSZZ Solidarność Coordinating Office Abroad, 1982-1989. In: *Journal of Cold War Studies*, Vol. 13 (2011) 3, 83-125,124.; Diese Thematik wurde ebenso in einem spannenden Gespräch mit Oliver Rathkolb, im Rahmen eines Seminars im November 2019 an der Universität Wien, erörtert.

10 Quellen- und Literaturverzeichnis

10.1 Archivquellen

Österreichisches Staatsarchiv, Wien

Archiv der Republik, Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Sektion II- Pol. Polen 1980 – 1983

Österreichische Mediathek, Wien

Mittagsjournal des Österreichischen Rundfunks, 1981-1982

ORF- Multimediales Archiv, Externe Recherchestation des ORF-Archivs am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, 1980; 1982

Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Wien

Bestand VII.1. Länderboxen Polen

Bestand Staribacher-Tagebücher

10.2 Monographien & Sammelbände

Klaus Bachmann, Poland and Austria. In: Arnold Suppan, Wolfgang Mueller (Hg.), *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989*, Wien 2009, 363–392.

Csaba Békés, Cold War, détente and the Soviet bloc. The evolution of intra-bloc foreign policy coordination, 1953-1975. In: Mark Kramer, Vít Smetana (Hg.), *Imposing, maintaining, and tearing open the Iron Curtain. The Cold War and East-Central Europe 1945-1989* (The Harvard Cold War studies book series), Lanham 2014, 247-276.

Erich Bielka, Österreich und seine volksdemokratischen Nachbarn. In: Erich Bielka, Peter Jankowitsch, Hans Thalberg (Hg.), *Die Ära Kreisky*, Wien 1983, 195-232.

Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019.

Michael Borchard, Stefan Karner, Hanns Jürgen Küsters (Hg.), Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE, Graz/Wien 2020.

Włodzimierz Borodziej, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010.

Gerhard Botz, Der „Christliche Ständestaat“: Weder System noch Faschismus, sondern berufsständisch verbrämte „halb-faschistisch“-autoritäre Diktatur im Wandel, In: Lucile Dreidemy, Richard Hufschmied, Agnes Meisinger et al. (Hg.), Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert, Wien 2015, 202-218.

Andrea Brait, „die große Trennungslinie, die an unserer Haustür vorbeiführt, überbauen“. Zur Vermittlerfunktion der österreichischen Kulturaußenpolitik zwischen Ost und West. In: Maximilian Graf, Agnes Meisinger (Hg.), Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext (Zeitgeschichte im Kontext 11), Göttingen 2016, 259–296.

Alexander Burka, Was blieb vom Fenster in den Westen? Zur Auslandskulturpolitik Österreichs in Ostmitteleuropa seit 1945 am Beispiel Polens und der Tschechoslowakei/Tschechiens. (Politik und Demokratie Bd. 23), Frankfurt am Main 2012.

Eckart Conze, Ulrich Lappenküper, Guido Müller, Einführung. In: Eckart Conze, Ulrich Lappenküper, Guido Müller (Hg.), Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin, Köln 2004, 1-14.

Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael, Thomas Schlemmer (Hg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016.

Gregory F. Domber, Transatlantic Relations, Human Rights, and Power Politics. In: Poul Villaume, Odd Arne Westad (Hg.), Perforating the Iron Curtain. European détente, transatlantic relations and the Cold War. 1965-1985, Kopenhagen 2010, 195 – 214.

Liselotte Douschan, Anton Benya. Österreichischer Gewerkschafts- und Nationalratspräsident, Wien/ Köln 2011.

Jost Dülffer, Europa im Ost-West-Konflikt. 1945 – 1991, München 2014.

José M. Faraldo, Europavorstellungen im Ostblock. Zwischen Aneignung und Ablehnung, In: José M. Faraldo, Paulina Gulińska-Jurgiel, Christian Domnitz (Hg.), Europa im Ostblock.

Vorstellungen und Diskurse- 1945- 1991. Europe in the Eastern Bloc. Imaginations and Discourses. 1945 – 1991 (Zeithistorische Studien 44), Köln/Weimar 2008, 11-21.

José M. Faraldo, Paulina Gulińska-Jurgiel, Christian Domnitz, Europas Platz im sozialistischen Polen. In: Claudia Kraft, Katrin Steffen (Hg.), Europas Platz in Polen. Polnische Europa-Konzeptionen vom Mittelalter bis zum EU- Beitritt, Osnabrück 2007,197-224.

Thomas Fischer, Neutral Power in the CSCE. The N+N States and the Making of the Helsinki Accords 1975, Baden-Baden 2009.

Piotr Franaszek, Die Handelsbeziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und Österreich in der Zeit von 1945–1989. In: Gertrude Enderle-Burcel, Dieter Stiefel, Alice Teichova (Hg.), Zarte Bande. Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder, Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs Sonderband 9, Innsbruck 2006, 185-196.

Ute Frevert, Eurovisionen. Ansichten guter Europäer im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2003.

Erich Fröschl, Helge Zoitl (Hg.), Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen. Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts abgehalten vom 13. bis 15. Februar 1984 in Wien, Wien 1984.

Hans Rudolf Fuhrer, Neutral zwischen den Blöcken: Österreich und die Schweiz. In: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich, Wien/Köln 2010, 193-252.

Joanna Gajdek, Der mittelbare Nachbar. Österreichvorstellungen in Polen 1970 – 1995. In: Oliver Rathkolb, Otto M. Maschke, Stefan August Lütgenau (Hg.), Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955 – 1990. Bd.2, Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Wien 2002, 647 – 676.

Rita Garstenauer, Börries Kuzmany, Nichts neues in Österreich. Wandel und Konstanten in der Bewältigung von Flüchtlingskrisen in den letzten dreihundert Jahren. In: Börries Kuzmany, Rita Garstenauer (Hg.), Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert, Wien 2017, 7- 41.

Michael Gehler, Der lange Weg nach Europa: Darstellung: Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU, Bd. 1. Darstellung, Innsbruck/Wien 2002.

Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, 2 Bd. Innsbruck/Wien, 2005.

Benjamin Gilde, Österreich im KSZE-Prozess 1969-1983. Neutraler Vermittler in humanitärer Mission, München 2013.

Maximilian Graf, Kreisky und Polen. Schlaglichter auf einen vernachlässigten Aspekt der österreichischen „Ostpolitik“. In: Lucile Dreidemy, Richard Hufschmied, Agnes Meisinger u.a. (Hg.), Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert, Wien 2015, 692–706.

Maximilian Graf, Österreich und die DDR 1949 – 1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung, Wien 2016.

Maximilian Graf, Peter Ruggenthaler, Polnisch-österreichische Beziehungen im Kalten Krieg. In: Agnieszka Kisztełińska-Węgrzyńska (Hg.), Austria w polskim dyskursie publicznym po 1945 roku. Österreich im polnischen öffentlichen Diskurs nach 1945, Kraków 2016, 31–66.

Maximilian Graf, Österreichs „Ostpolitik“ im Kalten Krieg. Eine doppeldeutsche Sicht. In: Maximilian Graf, Agnes Meisinger (Hg.), Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext (Zeitgeschichte im Kontext 11), Göttingen 2016, 145–173.

Maximilian Graf, Sarah Knoll, Das Ende eines Mythos? Österreich und die Kommunismusflüchtlinge. In: Börries Kuzmany, Rita Garstenauer (Hg.), Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert, Wien 2017, 206 – 229.

Maximilian Graf, Sarah Knoll, In Transit or Asylum Seekers? In: Günter Bischof, Dirk Rupnow (Hg.), Migration in Austria (Contemporary Austrian Studies Vol. 26), New Orleans 2017, 91-112.

Maximilian Graf, Fluchtbewegungen nach Österreich im Zuge „der polnischen Krise“ 1980 - 1982. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx (Hg.), Migration. Flucht-Vertreibung-Integration. (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung) Bd. 31, Graz/Wien 2019, 123-136.

Maximilian Graf, European Détente and the CSCE. Austria and the East-Central European Theatre in the 1970s and 1980s. In: Nicolas Badalassi, Sarah B. Snyder (Hg.), The CSZE And

The End of The Cold War. Diplomacy, Societies and Human Rights, 1972 – 1990, New York/Oxford 2019, 249-274.

Maximilian Graf, Österreich und die „polnische Krise“ im Kontext 1980–1983. In: Peter Ruggenthaler, Wanda Jarzabek (Hg.), Österreich – Polen. Stationen gemeinsamer Geschichte im 20. Jahrhundert, Graz 2020, im Druck.

Maximilian Graf, Peter Ruggenthaler, Entspannung trotz Krisen? Zu den Beziehungen zwischen Österreich und Polen vom Staatsvertrag bis zum Ende des Kalten Kriegs 1955–1990. In: Peter Ruggenthaler, Wanda Jarzabek (Hg.), Österreich – Polen. Stationen gemeinsamer Geschichte im 20. Jahrhundert, Graz 2020, im Druck.

Sonja Grossmann, Dealing with “Friends”. Soviet Friendship Societies in Western Europe as a Challenge for Western Diplomacy. In: Simo Mikkonen, Pia Koivunen (Hg.), Beyond the Divide. Entangled Histories of Cold War Europe, New York 2015, 196-217.

Oskar Halecki, Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte, Darmstadt 1957.

Ernst Hanisch, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des "Austrofaschismus". In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.) Austrofaschismus. Politik - Ökonomie - Kultur 1933 – 1938, Wien 2014, 67-85.

Gernot Heiss, Oliver Rathkolb, Vorwort. In: Gernot Heiss, Oliver Rathkolb (Hg.) Asyl und wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien 1995, 7 -15.

Madeleine Herren, Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung, Darmstadt 2009.

Madeleine Herren (Hg.), Networking the International System. Global histories of International Organizations, Heidelberg 2014.

Jürgen Heyde, Geschichte Polens, München 2011.

Manfred Hildermeier, Osteuropa als Gegenstand vergleichender Geschichte. In: Gunilla Budde, Sebastian Conrad, Oliver Janz (Hg.), Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2010, 117- 136.

Andreas Hilger, Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals (Hg.), Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945-1955, Göttingen 2006.

Eric Hobsbawm, Age of extremes. The short twentieth century 1914 – 1991, London 1994.

Otmar Höll, The Foreign Policy of the Kreisky Era. In: Günter Bischof, Anton Pelinka (Hg.) The Kreisky Era in Austria (Contemporary Austrian Studies Vol.2) New Brunswick/London, 32-77.

Peter Huemer, Karin Moser (Hg.), Die Ära Kreisky, Historische Filmdokumente und Zeitzeugeninterviews, Wien 2011.

Peter Jankowitsch, Das Problem der Äquidistanz. Die Suche der zweiten Republik nach außenpolitischen Leitlinien. In: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich, Wien/Köln 2010, 451 – 496.

Alexander Jehn, Nachbarschaftspolitik im Donauraum. Die besonderen Beziehungen Österreichs zur Tschechoslowakei, zu Ungarn und Jugoslawien in der Ära Kreisky 1970–1983, Dissertation, Würzburg 1996.

Christian Jenny, Konsensformel oder Vorbild? Die Entstehung der österreichischen Neutralität und ihr Schweizer Muster, Bern 1995.

Stefan Jordan, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, Paderborn 2018.

Jacob Katz Cogan, Ian Hurd, Ian Johnstone (Hg.), The Oxford Handbook of International Organizations, 2016 Oxford.

Robert O. Keohane, Joseph S. Nye. Power and Interdependence, New York 2001.

Basil Kerski, Andrzej Kotula, Kazimierz Wóycicki (Hg.), Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949 – 1990, Osnabrück 2003.

Agnieszka Kisztelińska-Węgrzyńska (Hg.), Austria w polskim dyskursie publicznym po 1945 roku. Österreich im polnischen öffentlichen Diskurs nach 1945, Kraków 2016.

Agnieszka Kisztelińska-Węgrzyńska, Bruno Kreisky. Polityka zagraniczna i dyplomacja wobec PRL (1959-1983), Łódź 2018.

Detlef Kleinert, Willibald Pahr. Außenminister unter Kreisky. Analysen zum Zeitgeschehen, Wien 2010.

Claudia Kraft, Katrin Steffen, Europas Platz in Polen. In: Claudia Kraft, Katrin Steffen (Hg.), Europas Platz in Polen. Polnische Europa- Konzeptionen vom Mittelalter bis zum EU- Beitritt, Osnabrück 2007, 7-30.

Bruno Kreisky, „Für Zusammenarbeiten mit dem Osten“. In: Manuel Lucbert (Hg.), Die Zeit, in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik. Wien 1978, 107 – 128.

Bruno Kreisky, Reden. Bd.1, Wien 1981.

Bruno Kreisky, Reden. Bd.2, Wien 1981.

Bruno Kreisky, Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil, Berlin 1988.

Bruno Kreisky, Ost-West Symposium. Referat anlässlich eines vom ORF veranstalteten Symposiums. 28/29-10.1981. In: Johannes Kunz (Hg.), Ausgew., bearb., u. mit Zwischentexten vers. von Gerald Hutterer, Bruno Kreisky. Ansichten des sozialdemokratischen Staatsmannes, Wien 1993, 232-241.

Bruno Kreisky, Globale Koexistenz. Illusion oder reale Chance Festvortrag in Wiesbaden, 23.10.1974. In: Johannes Kunz (Hg.), Ausgew., bearb., u. mit Zwischentexten vers. von Gerald Hutterer, Bruno Kreisky, Ansichten des sozialdemokratischen Staatsmannes, Wien 1993, 206-216.

Michael Kubina, Manfred Wilke (Hg.), "Hart und kompromißlos durchgreifen". Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995.

Hartmut Kühn, Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980- 1990, Berlin 1999.

Wilfried Loth, The Cold War. What it was about? In: Poul Villaume, Odd Arne Westad (Hg.), Perforating the Iron Curtain. European détente, transatlantic relations and the Cold War. 1965-1985, Kopenhagen 2010, 19-34.

Jonathan Luxmoore, Jolanta Babiuch, The Vatican and the red flag. The struggle for the soul of Eastern Europe, London 1999.

Agnes Meisinger, Die österreichische Haltung zum Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980 unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Bruno Kreiskys. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien 2012.

Agnes Meisinger, Die österreichische Haltung zum Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980. In: Maximilian Graf, Agnes Meisinger (Hg.), Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext (Zeitgeschichte im Kontext 11), Göttingen 2016, 175–207.

Simo Mikkonen, Pia Koivunen, Beyond the Divide. In: Simo Mikkonen, Pia Koivunen (Hg.), Beyond the Divide, Entangled Histories of Cold War Europe, New York 2015, 1-22.

Berthold Molden, Die Ost-West Drehscheibe. Österreichs Medien im Kalten Krieg. In: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich, Wien 2010, 687-774.

Hans J. Morgenthau, Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace. New York 1948.

Wolfgang Mueller, Osteuropa vom Zweiten Weltkrieg zur Jahrtausendwende. In: Wolfgang Mueller, Michael Portmann (Hg.), Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende, Wien 2007, 9-36.

Wolfgang Mueller, Peaceful Coexistence, Neutrality and Bilateral Relations across the Iron Curtain. Introduction. In: Arnold Suppan, Wolfgang Mueller (Hg.), Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989, Wien 2009, 7–29.

Wolfgang Mueller, A good example of peaceful coexistence? The Soviet Union, Austria and Neutrality 1955 – 1991, Wien 2011.

Wolfgang Mueller, Der Kreml, Kreisky, Waldheim und Vietnam. Zur Rolle neutraler Kleinstaaten als internationaler Vermittler. In: Lucile Dreidemy, Richard Hufschmied, Agnes Meisinger et al. (Hg.), Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert, Wien 2015, 707-717.

Gottfried Niedhart, East-West Conflict. Short Cold War and Long Détente. An Essay on Terminology and Periodization. In: Oliver Bange, Poul Villaume (Hg.), The Long Détente.

Changing Concepts of Security and Cooperation in Europe, 1950s-1980s, Budapest 2017, 19-30.

Jürgen Osterhammel, Raumbeziehungen. Internationale Geschichte, Geopolitik und historische Geographie. In: Wilfried Loth, Jürgen Osterhammel (Hg.), Internationale Geschichte. Themen - Ergebnisse – Aussichten, München 2000, 287-308.

Matthew J. Ouimet., The rise and fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet foreign policy, Chapel Hill, 2003.

Andrzej Paczkowski, Malcom Byrne, The Polish Crisis. Internal and International Dimensions. In: Andrzej Paczkowski, Malcom Byrne, Gregory F. Domber (Hg.), From Solidarity to Martial Law. The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History, Budapest/New York 2007, 1-44.

Willibald Pahr, Österreich in der Welt. In: Oliver Rathkolb, Otto M. Maschke, Stefan August Lütgenau (Hg.), Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955 – 1990. Bd. 2, Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Wien 2002, 1-16.

Robert O. Paxton, Anatomie des Faschismus, München 2004.

Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. St. Pölten, 2010.

Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2018.

Oliver Rathkolb, Internationalisierung Österreichs seit 1945, Innsbruck/Wien 2006.

Oliver Rathkolb, Austria. An Ambivalent Attitude of Trade Unions and Political Parties. In: Idesbald Goddeeris (Hg.), Solidarity with Solidarity. Western European trade unions and the Polish crisis, 1980 – 1982 (The Harvard Cold War studies book series) Lanham 2010, 269-288.

Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015, Wien 2015.

Oliver Rathkolb, A New Historiography of Bruno Kreisky. In: Günter Bischof, Ferdinand Karlhofer (Hg.), Austrian Studies Today (Contemporary Austrian Studies Vol. 25), New Orleans 2016, 37 – 43.

Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2000.

Magdalena Reitbauer, *Von Angesicht zu Angesicht im Kalten Krieg. Österreichs besuchtsdiplomatische Interaktionen zwischen Ost und West 1960 bis 1983*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Wien 2012.

Magdalena Reitbauer, *Von Angesicht zu Angesicht im Kalten Krieg. Österreichs besuchtsdiplomatische Interaktionen zwischen Ost und West 1960 bis 1983*. In: Maximilian Graf, Agnes Meisinger (Hg.), *Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext (Zeitgeschichte im Kontext 11)*, Göttingen 2016, 121-144.

Rüdiger Ritter, *Solidarität mit Schwierigkeiten. Das Bremer Koordinationsbüro der polnischen Gewerkschaft Solidarność und das Engagement Bremens für Polen in den 1980er Jahren*, Rotenburg 2020.

Peter Ruggenthaler, *The Concept of Neutrality in Stalin's Foreign Policy, 1945–53* (Harvard Cold War studies book series), Lanham 2015.

Hans Werner Scheidl, *Ironimus, Der wahre Kreisky*, Wien 2010.

Wolfgang Schmale, In: José M. Faraldo, Paulina Gulińska-Jurgiel, Christian Domnitz (Hg.), *Europa im Ostblock. Vorstellungen und Diskurse- 1945- 1991. Europe in the Eastern Bloc. Imaginations and Discourses. 1945 – 1991 (Zeithistorische Studien 44)* Köln/Weimar 2008, 23-36.

Erwin A. Schmidl (Hg.), *Die Ungarnkrise 1956 und Österreich*, Wien 2003.

Julia Schreiner, *Neutralität nach "Schweizer Muster"? Österreichische Völkerrechtslehre zur immerwährenden Neutralität 1955-1989 (Studien zur Geschichte des Völkerrechts 37)*, Baden-Baden 2018.

Alexander Schröck, *Die US-Perzeption Österreichs in der Détente- und Post- Détente-Ära*. In: Oliver Rathkolb, Otto M. Maschke, Stefan August Lütgenau (Hg.), *Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955 – 1990. Bd 2. Österreichische Nationalgeschichte nach 1945*, Wien 2002, 35-86.

Helene Sjursen, *The United States, Western Europe and the Polish crisis. International relations in the Second Cold War*, Basingstoke 2003.

Hubert Speckner, *Fluchtbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Auswirkungen auf das österreichische Bundesheer*. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx (Hg.), *Migration. Flucht-Vertreibung- Integration*. (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung) Bd. 31. Graz/Wien 2019, 193–224.

Rolf Steininger, *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947-1969*. Bd. 1-3, Bozen 1999.

Rolf Steininger, *Der Staatsvertrag: Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938–1955*, Innsbruck 2005.

Rolf Steininger (Hg.), *Akten zur Südtirol-Politik 1959-1969*, bisher 7 Bd. Innsbruck 2005 ff.

Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947 – 1991*, München 2007.

Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945 – 1955*. 4. völlig überarbeitete und wesentlich erweiterte Auflage, (Studien zu Politik und Verwaltung) Bd. 62, Christian Brünner, Wolfgang Mantl, Manfred Welan (Hg.), Wien 1998.

Andreas Suttner, *Das schwarze Wien. Bautätigkeit im Ständestaat 1934–1938*, Wien/Köln 2017.

Sylwia Syndoman, *Polsko – austriackie stosunki dyplomatyczne i kontakty polityczne w latach*. In: Agnieszka Kisztelińska-Węgrzyńska, Krzysztof A. Kuczyński (Hg.), *Austria i relacje polsko-austriackie w XX i XXI wieku. Polityka, kultura, gospodarka*, Łódź 2014, 103-116.

Jenő Szücs, *Die drei historischen Regionen Europas*. Frankfurt am Main 1994.

Emmerich Tálos unter der Mitarbeit von Florian Wenninger, *Das austrofaschistische Österreich 1933-1938*, Wien 2017.

Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2016.

Philipp Ther, Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa, Berlin 2017.

Philipp Ther, Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation, Berlin 2019.

Maria Todorova, Imagining the Balkans, New York/Oxford 1997.

Stephan Verosta, Die österreichische Sozialdemokratie und die Außenpolitik. In: Erich Bielka, Peter Jankowitsch, Hans Thalberg (Hg.), Die Ära Kreisky, Wien 1983, 15-60.

Joachim von Puttkamer, Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010.

Poul Villaume, Odd Arne Westad (Hg.), Perforating the Iron Curtain. European détente, transatlantic relations and the Cold War 1965-1985, Kopenhagen 2010.

Florian Wenniger, Andreas Schmoller: Februarerinnerung. Der österreichische Bürgerkrieg im historischen Gedächtnis der Zweiten Republik. In: Klaus Kienesberger et al. (Hg.) UnSichtbar [sic].Widerständiges im Salzkammergut, Wien 2008, 68-81.

Odd Arne Westad, The Cold War. A World History, London 2017.

Rüdiger Wischenbart, Traiskirchen von innen. Flüchtlingspolitik zu Beginn der 80er Jahre. In: Gernot Heiss, Oliver Rathkolb (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien 1995, 195 – 209.

10.3 Artikel in Periodika, Lexika & Fachjournalen

Stefan Berger, Solidarność, Western Solidarity and Détente. A Transnational Approach. In: European Review Vol.16 (2008) 1, 75–84.

Andrea Brait, Kultur als Grenzöffner? Motive und Schwerpunkte der österreichischen Kulturaußenpolitik im Verhältnis zu seinen östlichen Nachbarstaaten in den Jahren 1989–1991. In: Zeitgeschichte Vol.41 (2014) 3, 166-183.

Kathy Burrell, Poland, migration 19th century to present. In: Immanuel Ness (Hg.), The Encyclopedia of global human migration, Vol. 4. Ind – Rem., St. Albans 2013, 2419.

Herbert Dittgen, Außenpolitik. In: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller (Hg.), Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart 2009. 25-28.

Thomas Fischer, Juhana Aunesluoma. Aryo Makko, Neutrality and Nonalignment in World Politics. In: Journal of Cold War Studies, Vol. 18 (2016) 4, 4-11.

Idesbald Goddeeris, Lobbying allies? The NSZZ Solidarność Coordinating Office Abroad, 1982-1989. In: Journal of Cold War Studies, Vol. 13 (2011) 3, 83-125.

Natalia Grincheva, U.S. Arts and Cultural Diplomacy. Post-Cold War Decline and the Twenty-First Century Debate. In: Journal of Arts Management, Law & Society Vol. 40 (2010) 3, 169–183.

Jussi M. Hanhimäki, The first line of defence or a springboard for disintegration? European neutrals in American foreign and security policy, 1945–61. In: Diplomacy & Statecraft Vol. 7 (1996) 2, 378 – 403.

Jerzy Holzer, Drohte Polen 1980/81 eine sowjetische Intervention? Zur Verkündung des Kriegsrechts in Polen am 13.12.1981. In: Forum für osteuropäische Ideen -und Zeitgeschichte, Vol. 1 (1997) 1, 197–230.

Valerie M. Hudson, Foreign Policy Analysis. Actor-Specific Theory and the Ground of International Relations. In: Foreign Policy Analysis, Vol. 1 (2005) 1, 1-30.

Robert O. Keohane, Joseph S. Nye, Power and Interdependence in the Information Age. In: Foreign Affairs Vol. 77 (1998) 5, 81-94.

Helmut Kramer, Außenpolitik. In: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien 2006, 807-837.

Börries Kuzmany, Changes and Continuities in Austria's Coping with Refugee Crises over Three Centuries. In: Journal of Austrian-American History, Vol.2 (2018) 2, 116-141.

Gottfried Niedhart, Der Ost-West-Konflikt. Konfrontation im Kalten Krieg und Stufen der Deeskalation. In: Archiv für Sozialgeschichte, 50 (2018), 557-594.

Mikael Nilsson, The United States and neutral Countries in Europe, 1945–199. In: Journal of Cold War Studies, Vol. 21 (2019) 4, 208-230.

Jürgen Osterhammel, Europamodelle und imperiale Kontexte. In: Journal of Modern European History, Vol. 2 (2004) 2, 157 – 182.

Erwin A. Schmidl, Lukewarm Neutrality in a Cold War? The Case of Austria. In: Journal of Cold War Studies, Vol.18 (2016) 4, 36-50.

Joachim Scholtyseck, Thomas Freiberger, Diplomatie. In: Ludger Kühnhardt, Tilman Mayer (Hg.), Bonner Enzyklopädie der Globalität, Wiesbaden 2017, 1101-1115, 1101.

Martin Schulze Wessel, Konvergenzen und Divergenzen in der europäischen Geschichte vom Prager Frühling bis heute. In: Geschichte und Gesellschaft Vol. 43 (2017) 1, 92 – 109.

J. M. Stowasser, Neuter. In: Lateinisch-deutsches Schulwörterbuch, 2., verb. u. mit Nachtr. vers. Aufl., fotomechan. Nachdr. d. Ausg. 1900. Wien 1969, 692.

Maria Todorova, Wo liegt Europa? In: Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Vol.33 (2005) 3, 47-62.

"United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA)." Britannica Academic, Encyclopædia Britannica, 20 Jul. 1998.

10.4 Online-Ressourcen

Historischer Währungsrechner der Österreichischen Nationalbank,
<https://www.eurologisch.at/docroot/waehrungsrechner> (abgerufen am 28.2.2020)

Eva Reder, Audiomaterial als wissenschaftliche Quelle. Die Ö1 Mittagsjournale der 1990er. Perspektiven, Probleme, Editionsöglichkeiten,
<https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/audiomaterial-als-wissenschaftliche-quelle/> (abgerufen am 24.7.2020)

„100 Women of the Year Project“, <https://time.com/5793658/anna-walentynowicz-100-women-of-the-year/> (abgerufen am 7.9.2020).

UN General Assembly, New York Declaration for Refugees and Migrants. Resolution / adopted by the General Assembly, 3 October 2016, A/RES/71/1,
<https://www.refworld.org/docid/57ceb74a4.html> (abgerufen am 4.7.2020)

Vienna Insurance Group (Hg.), Presseaussendung: OTS0045 5 WI 0526 VIG0001 CI, Wien 27.8.2020, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200827_OTS0045/ringturm-strahlt-im-zeichen-von-40-jahre-solidarno-bewegung-in-polen-bild) (abgerufen am 4.9.2020)

Andreas Wirsching, „Zukunft kann sich ganz plötzlich vollständig ändern“. 22.7. 2018 https://www.deutschlandfunk.de/historiker-zu-geschichtsvergleichen-zukunft-kann-sich-ganz.694.de.html?dram:article_id=423510 (abgerufen am 21.11.2020)

10.5 Publierte Dokumente

Außenpolitischer Bericht 1983, Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten. Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (Hg.), Wien 1983.

Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs. Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, 57. Stück/1955 (4 November 1955), Nummer 211, S.1151.

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich (BGBl.), Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, 51. Stück, 6. Oktober 1955. Jahrgang 1955, 1087-1091.

"Europäische Freiheitshelden": Kanzlerin Merkel erinnert an 40 Jahre Solidarność“, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Nr. 299, Berlin 29. August 2020.

Nationalrat XV. GP, Stenographisches Protokoll, 94. Sitzung, 3. Dezember 1981, 9337.

Nationalrat XV. GP, Stenographisches Protokoll, 101. Sitzung, 20. Jänner 1982, 10208.

Nationalrat XV. GP, Stenographisches Protokoll, 105. Sitzung, 18. Feber 1982, 10538 – 10540.

Nationalrat XV. GP, Stenographisches Protokoll, 133. Sitzung, 1. Dezember 1981, 13517.

UNHCR, Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, Kapitel 1, Artikel 1, §A, (2). (In Kraft getreten am 22. April 1954).

10.6 Zeitschriften und Tageszeitungen

Josef Achleitner, Mit dem Polen-Aufstand hatten Kreisky und Benya keine Freude. In: Oberösterreichische Nachrichten, 17.8.2020.

Arbeiter-Zeitung, Steyr- Arbeitsplätze gesichert, 12.9.1975.

Arbeiter-Zeitung, Kreisky: Keine Einmischung in Polen, 22.9.1980.

Arbeiter-Zeitung, Kreisky erinnert polnische Arbeiter an Kohleverträge, 19.9.1981.

Arbeiter-Zeitung, BM Pahr: Niemand wird zurückgeschickt. 28.11.1981.

Arbeiter-Zeitung, 14.12.1981.

Arbeiter-Zeitung, Kreisky: VP nutzt Polenflüchtlinge für Polemik, 23/24.1.1982.

Arbeiter-Zeitung, Kreisky bei SPD-Parteitag: Vorrang für Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Wirtschaftsordnung ändern bleibt permanenter Auftrag, 22.4.1982.

Arbeiter-Zeitung, Freilassung Walesas nicht möglich, 13.5.1982.

Arbeiter-Zeitung, Herbert Lackner, Lanc weist US-Kritik an Österreich zurück, 10.9.1982.

Arbeiter-Zeitung, ‚Von Offenheit der Gespräche beeindruckt‘. Gratz traf in Polen Jaruzelski und Glemp, 18.10.1984.

Peter Danek, Versöhnung mit Seitenhieben. In: Kurier, 12.2.2014.

Günther Engelmayer, Warum schweigt die ÖGB-Führung? In: Die Furche, Nr.4., Jg. 38., 27.1.1982.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.1.1982.

Hubert Feichtlbauer, Kreisky wird bleiben. Der Stil missfällt. In: Die Furche, Nr. 17, Jg. 38, 28.4.1982.

Die Furche, Österreichs Solidarität als internationales Vorbild.,10.9.1980.

Die Furche, Nr. 38, Jg. 37, 23.9.1981.

Die Furche, Kreisky-Bulletin, Kühne Prognose, Nr.19, Jg.38, 2.5.1982.

Hedwig Kainberger, Engelbert Dollfuß kommt nach St. Pölten. In: Salzburger Nachrichten, 8.9.2017.

George F. Kennan, Jaruzelski's Course. In: The New York Times, 5.1.1982.

Bruno Kreisky, Die österreichische Alternative. In: Forvm. Österreichische Monatsblätter für kulturelle Freiheit. Vol. 2 (1955) 17, 166-167, 167.

Kreisky-Appell an Militärregime: Laßt Gefangene frei- Kritik an US- Heuchelei. Es war der Protest gegen die Ausbeutung. In: Arbeiter Zeitung, 15.1.1982.

Flora Lewis, Foreign Affairs a Fateful. In: New York Times, 26.8.1980.

„Man kann Geschichte nicht verleugnen“. In: Profil, 6 (2014).

Liselotte Palme, Josef Votzi, „Ayathollah Kreisky. US-Geiseln im Iran.“ In: Profil, (1981) Heft 3, 19-21, 19.

Hans Rauscher, Als Kreisky auf die Solidarność böse war. In: Der Standard, 6.9.2014.

Hannes Schopf, Nicht herausreißen, sondern mitreißen! In: Die Furche, 10.9.1980.

Hannes Schopf, Der Kanzler versteht Polen nicht. In: Die Furche, Nr. 3, Jg.38., 20.1.1982.

Timothy Snyder, Die Kraft der Solidarität. In: Der Standard, 31.8.2020.

Julia Vitouch, Lockdown anno '81. In: „Datum“, 5 (2020).

10.7 Vortrag

Sarah Knoll, Panel „Auf dem Weg zu einer internationalen Geschichte Österreichs im Kalten Krieg“. Vortrag am 25. Österreichischen Zeitgeschichtetag 2018, Wien, am 7. April 2018.

11 Abkürzungsverzeichnis

AdR	Archiv der Republik
APA	Austria Presse Agentur
BMAA	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ECE	(United Nations) Economic Commission for Europe
EG	Europäische Gemeinschaft
FCG	Fraktion Christlicher Gewerkschafter
FNLA	Frente Nacional de Libertação de Angola, dt. Nationale Front zur Befreiung Angolas
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FSG	Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter
IAEA	International Atomic Energy Agency
IRO	International Refugee Organization, November 1943 gegründet
KOR	Komitet Obrony Robotników – Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, 1976 von Intellektuellen gegründet
KPDsU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, ab 1.Jänner 1995 in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) umgewandelt
MKS	Międzyzakładowy Komitet Strajkowy, dt. Überbetriebliches Streikkomitee

MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola, dt. Volksbewegung zur Befreiung Angolas
NGO	Non-Governmental Organization
NSZZ	Niezależny Samorządny Związek Zawodowy – dt. unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft
ÖAAB	Österreichische Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund (Arbeitnehmer*innen Organisation der Österreichischen Volkspartei)
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PAP	Polska Agencja Prasowa, dt. Polnische Presseagentur
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, dt. PVAP: Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, 1948-1990 Einheitspartei aus Kommunisten und Sozialdemokraten
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SDAP	Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs (1945 – 1991) danach Sozialdemokratische Partei Österreichs
StBKA	Stiftung Bruno Kreisky Archiv
UdSSR	Sowjetunion (Amtliche Bezeichnung: UdSSR „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees 1950 gegründet
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization

UNOG	United Nations Office at Geneva
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
USA	United States of America, dt.Vereinigte Staaten von Amerika
VIC	Vienna International Centre
VÖEST	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG
WEOG	Western European and Other States
WRON	Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego, Militärischer Rat der Nationalen Rettung
ZK	poln.: KC; Zentralkomitee der PZPR

12 Abstract

Mittels einer Primärquellen gestützten Forschung untersucht diese Arbeit die außenpolitische Rolle Österreichs während der Entstehung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* und der folgenden „polnischen Krise“ 1980 – 1983. Obwohl bereits aufschlussreiche Beiträge zu Österreichs Umgang mit der „polnischen Krise“ vorliegen, stellt eine monographische Arbeit bisher ein Desiderat der Forschungslandschaft dar. Anhand der zentralen Forschungsfrage nach den Reaktionen der österreichischen Innen- und Außenpolitik sowie zahlreicher Akteur*innen werden transnationale Zusammenhänge und Paradoxien im Umgang mit der „polnischen Krise“ sichtbar. Österreichs Neutralitätskonzeption und das konsequente Bemühen um eine Fortsetzung der *Détente* bildeten die bi- und multilateralen Leitlinien für das außenpolitische Handeln der Regierung und der Diplomatie. Einen wichtigen Part der Arbeit nimmt die themenbedingte Beschäftigung mit Bundeskanzler Kreiskys Rolle als Taktgeber der österreichischen Außenpolitik und seine international zumeist geschätzte Funktion als Mediator und Vermittler ein. Die anfängliche sozialdemokratische Solidarität mit der *Solidarność* wich einer zunehmenden Skepsis. Dessen Heterogenität, die Nähe zur katholischen Kirche sowie die zunehmend politisch gewagten Forderungen der Solidaritätsbewegung führten zu ebenjener Skepsis und verstärkten seine Sorge um das politische Gleichgewicht im Kalten Krieg. Dabei sorgten einige Äußerungen Kreiskys in Zusammenhang mit der „polnischen Krise“ für Verwunderung und innenpolitische Kontroversen. In Österreichs Innenpolitik regte sich zunehmend Kritik an Kreiskys Migrations- und Asylpolitik sowie dessen Position als Erstaufnahmeland ohne direkte Grenze zu Polen. Ebenso wurde die Stellung als einer der größten weltweiten Kreditgeber Polens beleuchtet und kritisiert. Die Regierung Österreich beteiligte sich zudem nicht an den westlichen Sanktionsmaßnahmen gegen die Volksrepublik Polen. Damit agierte die österreichische Außenpolitik im Rahmen ihrer „aktiven Neutralitätspolitik“ und befand sich mit ihrem Umgang innerhalb der Usancen anderer neutraler Staaten wieder. Die hochrangigen besuchtsdiplomatischen Kontakte waren durch das 1981 ausgerufene Kriegsrecht gleichwohl stark beeinträchtigt und unterblieben während den Jahren des Kriegsrechts. Österreich fungierte für das Militärregime Jaruzelskis dennoch als „diplomatischer Briefkasten“ und Vermittler zwischen den beiden Blöcken. Trotz der eingeschränkten Besuchskontakte blieben die bilateralen Beziehungen weitestgehend stabil, wenngleich sie auch aufgrund ökonomischer Differenzen in den Folgejahren nicht das Niveau vor der Ausrufung des Kriegsrechts erreichten.

12.1 Abstract – English Version

By research based on primary sources this work examines Austria's role in foreign policy during the emergence of the independent trade union movement Solidarność and the subsequent "Polish crisis" from 1980 to 1983. Although there already exist informative contributions to Austria's management with the "Polish crisis", a monographic work has remained a desired object in the research landscape. The primary focus of this research work is on the reactions of Austrian domestic and foreign policy and of numerous parties which demonstrate transnational relationships and paradoxes in the management of the "Polish crisis". Austria's conception of neutrality and consistent efforts to continue détente shaped the bilateral and multilateral guidelines for foreign policy actions of the Government and of diplomacy. Due to its topic, an important part of this work deals with the role of Federal Chancellor Kreisky as conductor of Austrian foreign policy and his function as a mediator, for the most part appreciated on the international level. The initial solidarity of Social Democrats with Solidarność gave way to increasing scepticism. Its heterogeneity, the closeness to the Catholic Church as well as the increasingly daring demands of the solidarity movement led to that scepticism and increased his worry for the political balance in the Cold War. Some of Kreisky's statements in the context of the "Polish crisis" caused amazement and domestic policy controversies. Austria's domestic policy was characterized by increasing criticism on Kreisky's migration and asylum policies as well as Austria's position as the first country of reception without direct borders with Poland. Furthermore, Austria's position as one of Poland's biggest creditors worldwide was analysed and criticized. Moreover, Austria's Government did not participate in the measures of sanctions of the West against the People's Republic of Poland. In this way Austrian foreign policy acted within its framework of "active neutrality policy" and thus followed the conventions of other neutral States. The high-ranking diplomatic visit contacts were largely affected due to the martial law proclaimed in 1981 and did not take place during the years of marital law. Austria nevertheless acted for Poland as a "diplomatic mailbox" and as a mediator between the two blocs. Despite the restricted visit contacts the diplomatic relations remained to a large extent stable, even though due to economic differences in subsequent years they did not reach the same level as before the proclamation of martial law.